Rosa Luxemburg Stiftung JAHRESBERICHT 2007 | 2008

Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg ist neben Karl Liebknecht die wichtigste Repräsentantin linkssozialistischer, antimilitaristischer und internationalistischer Positionen in der SPD vor 1918. Leidenschaftlich und überzeugend kritisierte sie den Kapitalismus – und ebenso die antidemokratisch-diktatorischen Bestrebungen der Bolschewiki. Der bezwingenden Logik ökonomischer Gesetze und politischer Strategien setzte sie die Utopie einer neuen Welt entgegen, die es zu schaffen gilt wider die Verzweiflung, die Entrechtung, die Feigheit und die Korruption der Macht.

Rosa Luxemburg, geboren am 5. März 1871, polnische Jüdin und Teilnehmerin der russischen Revolution von 1905, war Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen.

Rosa Luxemburg war eine führende Theoretikerin des linken Flügels der SPD. Während des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution in Deutschland 1918 war sie entscheidend an der Gründung des Spartakusbundes, der USPD und der KPD beteiligt. Ihr Schicksal ist untrennbar mit der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und den zum Teil unversöhnlichen und folgenschweren Konfrontationen ihrer verschiedenen Strömungen verbunden.

Rosa Luxemburg wurde am 15. Januar 1919 von Männern der »Freikorps« ermordet – Leuten, die später offen für die Machtergreifung der Nationalsozialisten wirkten.

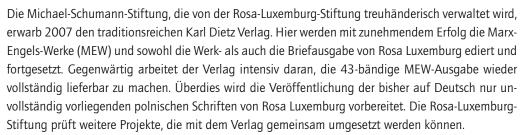
Rosa Luxemburg verband in beeindruckender Weise politisches Engagement, wissenschaftliche Analyse und Streben nach Selbstverwirklichung als Frau miteinander. Sie begriff sich im Konflikt, kämpfte auf wissenschaftlicher und politischer Ebene, und ihr Alltag war ihr jeden Moment wesentlich. In allem, was sie tat, waren Zartsinn und Zärtlichkeit.

Der Radikalität, mit der diese »politische Dichterin« (Else Lasker-Schüler) auf der Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit bestand, fühlt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet.

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Jahresbericht 2007/2008

Die Stiftung stellt sich neuen Aufgaben

Die Gesellschaft ist in den letzten Jahren offener geworden für linkes alternatives Denken und sozialistische Politik. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrer umfangreichen vielfältigen Bildungsarbeit, ihrer wissenschaftlichen Arbeit und Publikationstätigkeit, der anspruchsvollen ideellen Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten, der Auslandsarbeit ist das eine große Chance und motivierende Herausforderung. Damit einhergehend haben sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Stiftung deutlich verbessert; die Aufmerksamkeit für unsere Arbeit ist spürbar gewachsen und ebenso die Erwartungen an sie. Die Fortschritte, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Jahren 2007 und 2008 auf dem Weg zu einer national und international zunehmend anerkannten politischen Stiftung verzeichnen kann, sind auf gravierende inhaltliche und strukturelle Entwicklungen zurückzuführen. Die Stiftung konnte ihr demokratisch-sozialistisches Profil mit anspruchsvollen eigenen Bildungsangeboten und wissenschaftlich-konzeptionellen Arbeiten auf ausgewählten Themenfeldern schärfen. Zu ihren Stärken gehört ihr Engagement bei der Vernetzung von linken Akteuren und der Aufbau stabiler Kooperationsbeziehungen zu wichtigen politischen und sozialen Organisationen. Erhebliche Anstrengungen wurden unternommen, um die bundesweite Arbeit entscheidend voranzubringen. 2008 gibt es nun in allen westdeutschen Bundesländern Büros der RLS, und die Präsenz in den ostdeutschen Bundesländern wurde vor allem in Thüringen und Sachsen-Anhalt ausgebaut. Das Gewicht der bundesweiten Arbeit wurde auch durch die Aufnahme des Gremiums Rat der Landesstiftungen in die Satzung der RLS erhöht. Am 1. Januar 2008 nahm unsere Kommunalakademie ihre Arbeit auf und bietet jetzt bereits ca. 80 Seminare vorwiegend in den westdeutschen Bundesländern an. Zu den Neugründungen gehört auch das Kulturforum der RLS, das ebenfalls ohne Zeitverzug mit Veranstaltungen und Projekten in Erscheinung tritt. Das Kulturforum betreut die Max-Lingner-Stiftung und die Hermann-Henselmann-Stiftung bei ihren Vorhaben. Auch im Ausland expandierte die RLS kräftig. Neben den schon existierenden Büros in Moskau, Warschau, Johannesburg und Sao Paulo wurden die Büros in Mexiko City und Ramallah eröffnet. Kurz vor der Eröffnung stehen weitere Büros in Peking, Hanoi, Tel Aviv und Brüssel.



Ein derart starkes Wachstum, wie das der Stiftung in den vergangenen Monaten, ist natürlich nur mit Hilfe weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich gewesen. Deshalb wurden seit Anfang 2007 insgesamt 30 Kolleginnen und Kollegen eingestellt, so dass die Gesamtzahl der Beschäftigten



Dr. Evelin Wittich Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung

nun bei 110 im In- und Ausland liegt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubinden, zu motivieren und rasch zu hohen Leistungen zu befähigen, erforderte und erfordert eine hohe Integrationsleistung der gesamten Stiftung.

All diese Veränderungen und Erweiterungen werden sich zum Jahresende 2008 auch in einem neuen Corporate Design präsentieren. Ein neues Farb- und Gestaltungskonzept soll dafür sorgen, dass die Stiftung bundesweit noch einheitlicher erscheint und sich deutlicher von anderen abhebt.

Nach einer Phase starken Wachstums wird sich die Stiftung im kommenden Jahr und insbesondere im wichtigen Wahl- und Geschichtsjahr 2009 darauf konzentrieren, die bestimmenden gesellschaftlichen Diskussionen aktuell und perspektivisch aufzuspüren, zu bearbeiten und als Angebote von links in der öffentlichen Diskussion zu platzieren. Die Ergebnisse und die Erfahrungen aus der Arbeit 2007/2008 sind außerordentlich bedeutsam für die weitere Entwicklung der Stiftung. Wir setzen dabei auf die kreative und kritische Mitwirkung aller an der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Interessierten, die neuen Strukturen zu konsolidieren, während gleichzeitig die Ansprüche an die Qualität der Stiftungsarbeit kontinuierlich weiter wachsen.

Evelin Wittich

ENR'L WIA.R

Inhaltsverzeichnis

Auf einen Blick	/	
Theoretische Grundlagen zur Kapitalismuskritik	9	
Stiftungsgremien	10	
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als linker Think-Tank der Parteienforschung	11	
Politische Bildung im Aufbruch	17	
Ansprechpartner in Ost und West	34	
Partner auf internationaler Ebene	38	
Studien- und Promotionsförderung der RLS – Gerechtigkeit statt Elite	52	
Projektförderung: Anhaltendes Wachstum	58	
Archiv und Bibliothek	64	
Rosa-Luxemburg-Gesprächskreise	65	
Organigramm	67	
Publikationen	68	
Kontakte	72	
VertrauensdozentInnen	76	
Stiftungshaushalt	78	
Treuhandstiftungen	87	
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützen		

Auf einen Blick

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ...

gehört zu den großen Trägern politischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist als parteinahe Stiftung der Partei DIE LINKE anerkannt und bundesweit tätig. Hervorgegangen aus dem 1990 gegründeten Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.« arbeitet sie in <u>einem Stiftungsverbund m</u>it auf Landesebene organisierten Stiftungen und Bildungsvereinen in allen Bundesländern zusammen.

Als eingetragener Verein ...

verfolgt die RLS gemeinnützige Zwecke der Förderung von politischer Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit. Ihr höchstes Organ ist die Mitgliederversammlung, welche die Grundentscheidungen zur Arbeit der Stiftung trifft und den Vorstand wählt. Ein Beirat berät die Stiftung, die Abstimmung im Verbund mit den Landesstiftungen und Landesvereinen erfolgt im Rat der Landesstiftungen.

Die Stiftung gliedert sich...

in die Bereiche Politische Bildung, Politikanalyse, Ausland, Studienwerk, Archiv und Bibliothek, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Bereiche Verwaltung und Finanzen/Controlling. Die Stiftung beschäftigt derzeit 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Bereiche sind Ansprechpartner für die Entwicklung und Durchführung von Veranstaltungen im In- und Ausland, in Fragen der Studienförderung, bei wissenschaftsnahen Projekten und Publikationen oder für die Recherche nach Material zum demokratischen Sozialismus.

Das Studienwerk ...

förderte im Jahr 2007 525 StipendiatInnen, darunter 360 Studierende und 111 DoktorandInnen aus BMBF-Mitteln, 48 Studierende und 6 DoktorandInnen aus insgesamt 28 Staaten wurden mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert. Die ausländischen StipendiatInnen kamen vor allem aus den Palästinensischen Autonomiegebieten, der Türkei, aus Brasilien, China und Jordanien.

Öffentliche Mittel...

standen der Stiftung im Jahre 2006 in Höhe von 13,926 Millionen Euro zur Verfügung. Das Budget für das Jahr 2007 belief sich auf 17,323 Millionen Euro. Davon sind 4,192 Millionen Euro Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern. 3,142 Millionen Euro Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung flossen zweckgebunden in die Studienförderung. Für die Auslandsarbeit erhielt die Stiftung Zuwendungen in Höhe von 8,517 Millionen Euro aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie 771.474 Euro aus dem Auswärtigen Amt für Projekte und Stipendien. Für die Erschließung zeitgeschichtlicher Archivalien aus der Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE. konnte die Stiftung 243.247 Euro von der Verwaltung des Deutschen Bundestages einsetzen. Für die Betreuung internationaler Parlamentsstipendiaten erhielt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Zuwendungen in Höhe von 28.840 Euro vom Deutschen Bundestag.

Veranstaltungen der politischen Bildung...

sind ein Kernstück der Stiftungsarbeit. In ihrem monatlich erscheinenden bundesweiten Bildungsprogramm informiert die Stiftung über die im Stiftungsverbund organisierten jährlich fast 2.000 Konferenzen, Vorträge, Foren und Workshops, die in der Summe etwa 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer anziehen.

Mehr als 650 Anträge ...

auf Förderung wurden 2007 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingereicht. 95 dieser Anträge wurden mit einer Fördersumme von rund 208.000 Euro bewilligt. Allein zu dem Themenkreis »Migration – Interkulturalität – Antirassismus« wurden 201 Anträge eingereicht. Die Projektförderung wächst stetig und dieses Wachstum wird auch 2008 weiter anhalten, denn es werden mit rund 240.000 Euro wieder deutlich mehr Mittel für die Projektförderung eingesetzt.

Ein politisches Gedächtnis...

ist das Archiv Demokratischer Sozialismus der Stiftung, das bisher rund 580 lfm Archivgut der Linkspartei.PDS (Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Nachlässe und Sammlungen) für die Nutzung erschließt. Die angegliederte Bibliothek sammelt vor allem Arbeiten von und über Rosa Luxemburg, die Linkspartei.PDS betreffende Literatur und Materialien zum demokratischen Sozialismus.

Theoretische Grundlagen zur Kapitalismuskritik

Politischem Denken und Handeln liegen immer Vorstellungen über die Gesellschaft zugrunde, wie brüchig oder unausgearbeitet auch immer. Interessen, Motive, Ideen, Ziele und moralische Grundsätze sind damit verknüpft. Kritisch-politisch geleitete Forschung und Bildung über den gegenwärtigen Kapitalismus bewegt sich daher immer in diesem weiten Feld und geht daher über Wirtschaftsanalyse weit hinaus. Kritisch heißt: die Brüchigkeit der Ordnungen und Potenziale der Veränderung ausfindig zu machen. Kritische Gesellschaftsanalyse ist daher immer zugleich Transformationsforschung, die nach den Bedingungen und Subjekten von Veränderung fragt. Beides erfordert, die Basisstrukturen und -prozesse des Kapitalismus ins Zentrum zu rücken (also insbesondere die lange ignorierte Vielfalt der Eigentumsverhältnisse und ihre Ungleichheitseffekte) und die Formen und Momente der Krisenhaftigkeit, die ihnen eigentümlich sind. Einen krisenfreien Kapitalismus wird es nie geben, auch wenn die gut dotierten »Klopffechter« (Marx) natürlich ungebrochen an der Verbreitung dieser großen Illusion arbeiten und der Kapitalismus selbst solche ständig neu hervorbringt. Die Entwicklung und Unterstützung einer kritischen Kapitalismusanalyse ist daher von Beginn an ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewesen.







Zum Foto: v.l.n.r.: Thomas Flierl, Bosilika Schedlich, Dieter Klein, Stefanie Ehmsen, Heinz Vietze, Claudia Gohde, Thomas Händel und Gesine Lötzsch (nicht abgebildet sind Evelin Wittich, Sabine Reiner und Alex Demirovič)

Stiftungsgremien

Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins »Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.«. Sie tagt einmal jährlich. Ihr obliegen die Wahlen zum Vorstand sowie die Aufnahme und gegebenenfalls der Ausschluss von Vereinsmitgliedern. Die Mitgliederversammlung diskutiert die Schwerpunkte der Vereinsarbeit und nimmt die Tätigkeitsberichte des Vorstands entgegen. Sie trifft die Feststellung des Jahresabschlusses und nimmt die Entlastung des Vorstandes vor. Außerdem beschließt sie über Anträge von Vereinsmitgliedern, Satzungsänderungen oder die Auflösung des Vereins.

Der Vorstand

Der Vorstand wird alle zwei Jahre gewählt. Mitglieder des Vorstands sind gegenwärtig: Heinz Vietze, MdL, Vorsitzender des Vorstandes; Claudia Gohde, stellvertretende Vorsitzende; Thomas Händel, stellvertretender Vorsitzender; Dr. Evelin Wittich, geschäftsführendes Vorstandsmitglied; Alex Demirovič; Stefanie Ehmsen; Dr. Thomas Flierl, Mitglied des Abgeordnetenhauses; Prof. Dr. Dieter Klein; Dr. Gesine Lötzsch, Mitglied des Bundestages; Dr. Sabine Reiner und Bosiljka Schedlich.

Der wissenschaftliche Beirat

Mit der Satzungsänderung vom Dezember 2007 wurde beschlossen, als neues Gremium der Stiftung den wissenschaftlichen Beirat, bestehend aus mindestens sechs und höchstens sechzehn Mitgliedern, einzuberufen. Die Mitglieder des Beirates werden durch die Mitgliederversammlung für vier Kalenderjahre gewählt. Aufgabe des Beirats ist die Beratung des Vorstands zu wissenschaftlich-strategischen Fragen.

Der Rat der Landesstiftungen

Auch die Wahl eines Rates der Landesstiftungen wurde mit der Satzungsänderung vom 1. Dezember 2007 beschlossen. Dieser besteht aus je einem Vertreter bzw. einer Vertreterin der im Stiftungsverbund zusammengeschlossenen Landesstiftungen. Der Sprecher bzw. die Sprecherin oder ihr Stellvertreter ist ständiger Gast bei den Beratungen des Vorstands. Der Rat der Landesstiftungen berät den Vorstand in Fragen der bundesweiten Präsenz und vertritt die Interessen der Landesstiftungen gegenüber dem Verein.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als linker Think-Tank der Parteienforschung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat das Privileg, offene Räume zu schaffen, in denen linkes politisches und theoretisches Denken sich entfalten können. Indem sie zwischen linken Akteuren aus Parteien und Bewegungen und kritischen Intellektuellen Arbeitszusammenhänge schafft und auf neue Art Wissen produziert, erweist sie sich als linker Think-Tank. Auf diese Weise vermittelt sie sowohl strategische Orientierungs- und Zukunftskompetenz als auch Diskurs- und Netzwerkkompetenz.

Die Stiftung beschäftigte sich von Anfang an mit der PDS und anderen linken Parteien, darunter auch mit der SPD und den Grünen. Von 1995 bis 2007 wurden acht Bücher in Deutsch und Englisch zu diesen Themen publiziert. Es fanden über zwei Dutzend Workshops in Deutschland, Europa sowie Lateinamerika, Afrika und Asien statt. Dabei stand stets die Frage im Mittelpunkt: Welche Rolle können linke Parteien und soziale Bewegungen bei einer sozialen, demokratischen und friedensorientierten Überwindung des Neoliberalismus leisten?

Der Wahlerfolg der Linkspartei.PDS und die Bildung der Partei DIE LINKE wirkten sich natürlich auch auf die Parteienforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus. Die Partei DIE LINKE strebt einen wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Richtungswechsel in Deutschland an. Wie realistisch ist dieses Ziel?

Dazu hat die Stiftung in den letzten Jahren eine Reihe von Forschungsprojekten realisiert. Vier Probleme standen im Mittelpunkt:

- 1) Können gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Richtungswechsel hergestellt werden?
- 2) Kann das dafür notwendige Bündnis gesellschaftlicher Kräfte und politischer Parteien entstehen?
- 3) Wie entwickelt sich die Partei DIE LINKE programmatisch, strukturell und personell?
- 4) Wie verändern sich SPD und die Partei Die Grünen?

Die nicht zuletzt auch durch die RLS durchgeführten Projekte empirischer Meinungsforschung beweisen eindeutig: Die Richtung, in die sich die Bundesrepublik entwickelt, wird von der Mehrheit der Bevölkerung als ungerecht, unsozial und undemokratisch angesehen. Und doch gewinnen mit überwältigender Mehrheit Parteien die Wahlen, die genau diese Politik eines neoliberal geprägten Umbaus des Landes fortsetzen.

In dem Buch »Die LINKE. Wie verändert sie die Republik?« (Karl Dietz Verlag Berlin 2007), das AutorInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung schrieben, wurde dies vor allem auf zwei Ursachen zurückgeführt: Erstens gehen Mehrheiten der Bevölkerung zwar davon aus, dass neoliberale Politik die soziale Gerechtigkeit mindert, sie sehen aber zu dieser Politik keine wirtschaftlich sinnvollen Alternativen. Der Glaube an Sachzwänge, die durch die Globalisierung hervorgerufen werden und in Richtung von Sozialabbau, Privatisierung, Deregulierung und Entdemokratisierung wirken, ist weit verbreitet.

Zweitens wird oft übersehen, dass ein und dieselben Einstellungen der gesellschaftlichen Klassen und soziokulturellen Milieus unterschiedliche, ja gegensätzliche Mehrheiten ermöglichen. Dies liegt daran, dass die »Bessergestellten« dieser Gesellschaft in ihrer Einstellung zum Sozialstaat und auch

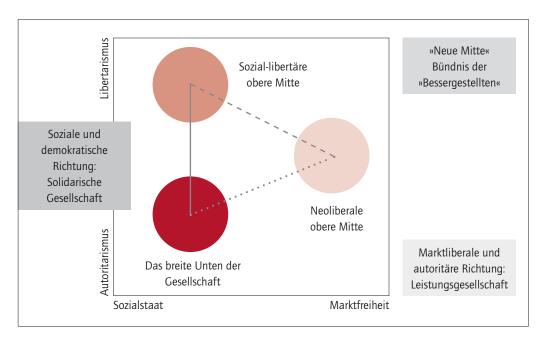
Politischer Wechsel in Sicht?

Gespaltene Gesellschaft zur Demokratie deutlich gespalten sind. Es gibt große, hoch qualifizierte Gruppen, die vor allem im Bereich öffentlicher Dienstleistungen und sozialer, kultureller Berufe beschäftigt sind, die eine Umverteilung von oben nach unten, einen aktiven und ausgebauten Sozialstaat, stärkere demokratische Partizipation befürworten (sozial-libertäre obere Mitte). Sie wählen vor allem die Partei Die Grünen, teilweise die SPD und die Partei DIE LINKE.

Ein anderer Teil hoch qualifizierter Gruppen hat gehobene oder hohe Positionen primär im privatwirtschaftlichen Sektor inne, ist stark marktwirtschaftlich orientiert und autoritären Lösungen von »Experten« gegenüber offen (neoliberale obere Mitte). Sie wählen vor allem FDP, CDU und teilweise auch SPD. Anders als jede andere Partei rekrutiert die SPD ihre Wähler in der oberen Mitte aus beiden Lagern und ist auch deshalb unentschieden.

Während die obere Mitte der Gesellschaft also – durchaus sozial bedingt – in ihren Einstellungen und Lösungsansätzen gespalten ist, sind die Gruppen der unteren Mitte (vor allem die Facharbeiterschaft) und des sozialen Unten bis hin zu den subproletarischen Gruppen weitgehend einig in ihrer dezidiert sozialstaatlichen Orientierung und ihrer Forderung nach einem demokratischen Populismus: Die Regierung habe endlich, und durchaus auch autoritär, die Interessen des Volkes zu vertreten. Es ist das Unten der Gesellschaft, das von einer Partei zur anderen wandert, die Wahlstimme nutzt als Strafzettel, die von ihm eigentlich bevorzugten Parteien gegebenenfalls durch Wahlabstinenz bestraft und so deren Gegnern den Wahlsieg schenkt.

Grafik 1: Drei mögliche Mehrheiten



Die europäischen und internationalen Erfahrungen zeigen: Vor dem Hintergrund einer derart sozial, politisch und kulturell gespaltenen Bevölkerung sind drei Mehrheiten möglich: Ein neoliberales Bündnis der Bessergestellten, wie es Kanzler Schröder anstrebte, ein neoliberal-populistisches Bündnis, wie es in Italien Silvio Berlusconi oder in Frankreich Nicolas Sarkozy zu realisieren suchen, oder ein sozial-libertäres Bündnis, wie es einer linken Regierung zugrunde liegen würde. Die Visionen einer neuen Mitte, einer Leistungsgesellschaft und einer solidarischen Gesellschaft stehen sich gegenüber. Für jede dieser Visionen können auf Basis ein und derselben sozialen und kulturellen Struktur der Gesellschaft Mehrheiten geschaffen werden (Grafik 1).

Mehrere Mehrheiten möglich

Eine der wichtigsten Fragen der Parteien- und Akteursforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung war die Frage nach sozialen und politischen Bündnissen für einen Richtungswechsel der Politik. Die Friedensdemonstrationen im Februar 2003, die Anti-Hartz-Demonstrationen im Sommer und Herbst 2004, Bewegungen gegen den G8-Gipfel in Rostock 2007, die erwachende Streikbereitschaft, Formen der Organisierung der Prekarisierten, von Menschen ohne Pässe, gegen Rechtsradikalismus und Faschismus zeigen: Es gibt aktive Minderheiten, die einer Elitenherrschaft und der Zerstörung der elementaren zivilen Standards den Kampf ansagen. Aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und NGOs formieren sich Elemente eines Bündnisses für einen Richtungswechsel der Politik. Die Eskalation der staatlichen wie der zivilgesellschaftlichen Gewalt während der Demonstrationen in Rostock im Juni 2007 gab Anlass zu einer umfangreichen Diskussion, in die sich die Stiftung mit ihren Forschungspositionen einbrachte.

Bündnisse für eine solidarische Politik

Die politischen Kräfteverhältnisse stehen einem Bündnis des politischen Richtungswechsels jedoch deutlich entgegen. Dies zwingt viele zivilgesellschaftliche Kräfte, aber auch die Partei DIE LINKE selbst häufig, eine »Politik des kleineren Übels« zu betreiben. Partiellen Erfolgen steht nicht selten ein Verlust an Glaubwürdigkeit und Mobilisierungsfähigkeit gegenüber. Die Arbeit in der Zivilgesellschaft einerseits und die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse – nicht zuletzt durch die Stärkung der Partei DIE LINKE – andererseits sind die Schlüsselbedingungen für die Entstehung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für solidarische Politik.

> Mitgliederzuwachs im Westen

2007 wurde ein empirisches Forschungsprojekt durchgeführt mit der Frage: Wie entwickelt sich die Partei DIE LINKE programmatisch, strukturell und personell?

Dabei ist der Mitgliederzuwachs im Westen besonders bemerkenswert. Der Anteil der Mitglieder in den ostdeutschen Bundesländern an der Gesamtmitgliedschaft ging innerhalb von 2006 von 76 Prozent auf 66 Prozent in 2008 zurück, während der in den westdeutschen Ländern von 21 Prozent auf knapp 31 Prozent stieg. Dies war mit einem Zuwachs von ca. 10.000 Mitgliedern im Westen und einem Verlust von knapp 3.500 Mitgliedern in Ostdeutschland (vor allem durch Tod) verbunden.

Die deutsche Partei DIE LINKE ist eine plurale Partei und muss es auch bleiben. Bei der Gründung der Quellpartei PDS gab es vier Gruppen, die sie maßgeblich prägten:

- a) Personen, die zur Gründergeneration der DDR gehörten wie Hans Modrow und die Mehrzahl der älteren Parteimitglieder,
- b) Personen aus dem Umkreis der SED-Reformintellektuellen wie Bisky und Gysi, die heute noch die Partei DIE LINKE maßgeblich auch in politischen Führungspositionen prägen,
- c) die reformorientierten Pragmatiker, die heute inzwischen die Amts- und Mandatsträger der Linken in den ostdeutschen Landesverbänden darstellen und deren Großteil sich im »Forum demokratischer Sozialismus« organisiert und
- d) die orthodoxen Sozialistinnen und Sozialisten, die sich in der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum organisierten. Letztere haben in der neuen Partei mit der Herausbildung der »Antikapitalistischen Linken« (AKL) eine Aufwertung erfahren.

Neu herausgebildet haben sich mit der neuen Partei die »Sozialistische Linke« – eine stark gewerkschaftlich geprägte Strömung – sowie die »Emanzipatorische Linke« mit Traditionen in der Neuen Linken und den autonomen Bewegungen. Alle diese Strömungen sind inzwischen ost-west-geprägt. Die damit verbundene Pluralität ist gegenwärtig noch stark auf innerparteiliche Auseinandersetzungen ausgerichtet.

Höchster Frauenanteil

DIE LINKE hat gegenwärtig ca. 74.200 Mitglieder. Ihr Frauenanteil beträgt 38,4 Prozent. Damit hat DIE LINKE im Vergleich zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien den höchsten Frauenanteil. Bedenklich ist, dass bei Neueintritten dieser Anteil nur bei 24,9 Prozent liegt. Ca. 30 Prozent der MitgliederInnen sind ArbeiterInnen oder Angestellte im Öffentlichen Dienst, ca. 62 Prozent Rentner, ca. 7 Prozent StudentInnen und SchülerInnen, bei den Neumitgliedern liegt dieser Anteil bei 13 Prozent. Bemerkenswert hoch ist bei den Neumitgliedern der Anteil von ArbeiterInnen und Angestellten mit 37 Prozent. Der Anteil von Menschen, die arbeitslos sind, beträgt 20 Prozent. Damit spiegelt die Mitgliedschaft zunehmend ihre Wählerschaft. Bei den Bundes- und Landtagswahlen 2007/2008 wurde DIE LINKE überdurchschnittlich von ArbeiterInnen und Arbeitslosen gewählt.

Die Altersstruktur der Linkspartei stellt sich 2006 wie folgt dar: Der Anteil der unter 30jährigen liegt bei 4 Prozent, der Anteil der Mitglieder zwischen 31 und 60 Jahren liegt bei 28 Prozent und der Anteil der über 60jährigen bei 68 Prozent.

Eckpunkte als Grundkonsens

Immer wieder wird der Partei DIE LINKE vorgeworfen, sie habe kein Programm, es sei also unklar, warum man diese Partei wählen solle. Dabei werden die »Programmatischen Eckpunkte«, die bei der Gründung der Partei 2007 beschlossen wurden, oft übersehen. Sie sind, dies bewies eine Befraqunq von Akteuren der Linkspartei, weitgehender Grundkonsens. Zu wenig beachtet wird auch die Tatsache, dass die Forderungen der Partei DIE LINKE, eben weil sie Forderungen der Mehrheit der Menschen in Deutschland sind, – etwa zum Mindestlohn, zum längeren gemeinsamen Lernen und zur Abschaffung von Studiengebühren – von anderen Parteien übernommen wurden und längst Teil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses sind. Auch die vier zentralen Forderungen der Linken – weg mit Hartz IV, weg mit der Rente ab 67, keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und Abzug der Truppen aus Afghanistan – werden nicht mehr nur unter Linken diskutiert.

Dass es zur Durchsetzung dieser Ziele eines Richtungswechsels der Politik unterschiedliche Sichten und Lösungsvorschläge gibt, gehört zur Normalität auch linker pluraler Parteien. Es gehört zu ihren Aufgaben, unterschiedliche Positionen zu diskutieren im Streit, der die Vielfalt der Meinungen und Erfahrungen als Reichtum kulturell aufgreift. Es ist ein Unterschied, über Armut oder Prekarität zu schreiben oder unter ihren Bedingungen zu leben, Gewerkschaftskämpfe zu bewerten oder sie zu führen, über die Aufgaben von Parlamenten zu diskutieren oder unter ihren konkreten Bedingungen Politik zu gestalten. Die Partei besitzt Potenzial für diesen positiven Umgang mit Pluralität. Dies beweisen die Ergebnisse des Forschungsprojekts in »Analysen zur politischen Meinungsbildung«, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert hat.

Debatten über Rot-Rot-Grün auf Bundes- oder Landesebene füllen nicht nur das Sommerloch, sondern sind seit dem Einzug der neuen Partei DIE LINKE in die Parlamente westdeutscher Flächenländer ein Dauerbrenner in den Medien. Welche Unterschiede, aber auch welche Gemeinsamkeiten prägen die politischen Positionen der drei Parteien?

Der »Gesprächskreis Parteienforschung« der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich wiederholt dieser Frage und den innerparteilichen Veränderungen in SPD und Grünen gewidmet. Die SPD befindet sich heute in einer tiefen Krise. Ihre Umfragewerte liegen nur bei rund 25 Prozent der Stimmen bei der Sonntagsfrage (Stand Ende Oktober 2008). Trotz des neuen Führungsduos Steinmeier/Müntefering ist nicht davon auszugehen, dass die SPD den großen Abstand zur CDU noch bis zu den Bundestagswahlen 2009 aufholen kann. Demgegenüber halten sich Die Grünen mit ca. zehn Prozent Wählerstimmen (etwa zwei Prozent mehr als bei der Bundestagswahl 2005) relativ stabil im Parteiensystem.

In seiner Analyse der Entwicklung der Grünen seit der Bundestagswahl 2005¹ konstatiert Jochen Weichold, die Grünen hätten nur schwer in ihre Oppositionsrolle gefunden. Erst auf dem Kölner Parteitag im Dezember 2006, als sich die Parteilinke wieder stärker zu Wort meldete, begann nach einer Schamfrist eine deutlichere Abgrenzung von der Großen Koalition. Mit dem Sonderparteitag in Göttingen Mitte September 2007 wurde aber das Ende der von Joschka Fischer geprägten außen- und sicherheitspolitischen Linie der Öko-Partei markiert, und mit ihrem Nürnberger Parteitag und den dort gefassten Beschlüssen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik sind Die Grünen nun in der Opposition angekommen.

Bei einem Vergleich der neuen Parteiprogramme von CDU und SPD² arbeitete Horst Dietzel heraus, dass die SPD in der gegenwärtigen Gesellschaft deutlich mehr Defizite als die CDU sieht und deshalb

Gemeinsamkeiten mit SPD und Grünen?

¹ Vgl. Jochen Weichold: Quo vadis, Grüne? 7 Thesen zur Entwicklung der Grünen. In: UTOPIE kreativ, Berlin, Nr. 208 (Februar 2008), S. 158-167.

² Vql. Horst Dietzel: Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD - ein Vergleich, rls standpunkte, Berlin, 3/2008.

für einen demokratischen Sozialismus als dauernde Aufgabe eintritt. Die CDU erblickt hingegen in der sozialen Marktwirtschaft schon den End- und Höhepunkt der Entwicklung der Menschheit. Beim Grundwert »Freiheit« betont die SPD stärker die Bedeutung der materiellen Grundlagen, um frei zu sein. Im Unterschied zur CDU thematisiert die SPD beim Wert Gerechtigkeit die Verteilungsfrage.

Aus den programmatischen Unterschieden zwischen CDU und SPD lassen sich unterschiedliche Strategien für gesellschaftliche Modernisierungen ableiten, die zu mehr oder zu weniger Gerechtigkeit und Solidarität führen können. Diese Unterschiede werden in der Großen Koalition zum Teil verdeckt. Programmatisch sind mehr Gemeinsamkeiten der SPD mit der LINKEN zu finden, als gegenwärtig in der praktischen Politik sichtbar sind. Ob diese Gemeinsamkeiten Realität werden können, hängt nicht nur von der SPD ab, sondern auch davon, wie sich die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse entwickeln werden und welchen Weg DIE LINKE weiter gehen wird.

Ausgewählte Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Akteursund Parteienforschung 2007/2008

- Rainer Rilling (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Karl Dietz Verlag Berlin 2008
- Michael Brie; Cornelia Hildebrandt: DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Karl Dietz Verlag Berlin 2007
- Fausto Bertinotti. Gespräche mit dem italienischen Reformkommunisten. Herausgegeben von Germana Alberti v. Hofe. Mit einem Vorwort von Lothar Bisky. Karl Dietz Verlag Berlin 2008
- Sylka Scholz: »Kann die das?« Angela Merkels Kampf um die Macht. Geschlechterbilder und Geschlechterpolitiken im Bundestagswahlkampf 2005. Karl Dietz Verlag Berlin 2007
- Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen? Standpunkte 11/2007
- Ulrich Schachtschneider: Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei. Eine Analyse zum Stand der Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Forderungen. Standpunkte 2/2008
- Horst Dietzel: Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD ein Vergleich. Standpunkte 3/2008
- Martin Fochler: Die CSU das Modell einer »regierenden Partei«. Standpunkte 5/2008
- Jochen Weichold: Quo vadis, Grüne? 7 Thesen zur Entwicklung der Grünen. In: Utopie kreativ, Heft 2/2008

Politische Bildung im Aufbruch

Eine wichtige Entscheidung, die die weitere Entwicklung der Stiftung prägen sollte, wurde 2007 getroffen: Nachdem in den vergangenen Jahren die bundesweite Arbeit meist durch andere Träger, vor allem durch die Landesstiftungen, realisiert wurde, eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2007 eigene Regionalbüros in fast allen Bundesländern. Damit reagierte sie auf die veränderte Gewichtung in der demokratisch-sozialistischen Grundströmung, die sich in der Präsenz der LINKEN in vier westdeutschen Landesparlamenten und einer stabilen Akzeptanz auf hohem Niveau in den ostdeutschen Bundesländern zeigt.

Bildungsangebote der Rosa-Luxemburg-Stiftung erreichen eine breite Zielgruppe

In den westdeutschen Bundesländern führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2007/2008 mehr Veranstaltungen durch als zuvor. Mit rund 500 Veranstaltungen wurden 2007 etwa 14.000 Teilnehmende in 60 Städten angesprochen, wesentlich mehr als 2006, als 400 Veranstaltungen angeboten wurden. Die Situation unterscheidet sich je nach Bundesland. In Hamburg, Bremen und NRW stagnierte bereits 2007 die Zahl der Veranstaltungen auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Hervorzuheben ist hier die große Bedeutung der dezentralen Rosa-Luxemburg-Clubs. Im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW etwa agieren bereits 17 solcher Clubs, die ehrenamtlich Projekte durchführen.

Ausweitung im Westen

Quantitative Schwerpunkte bilden die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, in denen zusammen knapp ein Fünftel der Veranstaltungen stattfand. Anders dagegen z.B. Hessen, wo bislang eine Konzentration auf Frankfurt vorlag.

In den großen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ist ein weiterer Ausbau sinnvoll. Auch in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wird 2008/2009 eine Ausweitung angestrebt.

Bisher wurden hauptsächlich Abendveranstaltungen angeboten, denn dies erleichtert Interessierten den Zugang und entspricht den Möglichkeiten ehrenamtlich Aktiver. 2008 werden zusätzlich auch verstärkt (Tages-)Seminare durchgeführt, auch in Kooperation mit Landesstiftungen oder Regionalbüros, der Kommunalakademie und z.T. weiteren Trägern. Insgesamt könnten 2008 etwa 80 bis 100 Kommunalseminare unter Beteiligung der Rosa-Luxemburg-Stiftung stattfinden, eine weitere Ausweitung 2009 erscheint geboten.

> Hohes Niveau im Osten

In den ostdeutschen Bundesländern wurde die Arbeit auf hohem Niveau fortgeführt. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden die Landesstiftungen nun von Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Dies sichert nicht nur die Kontinuität der Arbeit, sondern ermöglicht auch, einen breiteren Themenkreis anzubieten.

Wie bisher stießen die Aktivitäten in den ostdeutschen Bundesländern auf großes Interesse. Für diese Bundesländer einschließlich Berlin kann von mehr als 34.000 Teilnehmenden im Jahr 2007 ausgegangen werden.

Auch hier zeigt sich, dass Abendveranstaltungen nach wie vor dominieren, die Ansprüche an diesen Veranstaltungstyp wachsen jedoch. So wurden etwa in Sachsen-Anhalt mit »Gegen Rechts«, »Gerechtigkeit« und »Revolutionen« ganze Veranstaltungsreihen angeboten. In Thüringen wurde mit der Vorlesungsreihe »Zur Aktualität Marxschen Denkens« in sieben Folge-Veranstaltungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Diskussion angestoßen.

Die Landesstiftungen spielen eine wichtige Rolle in der Publikationstätigkeit. Sie haben in den letzten Jahren z.T. umfangreiche Schriftenreihen entwickelt und sind an zentralen Publikationsvorhaben beteiligt.

Politik systematisch erlernen

Abendveranstaltungen genügen vielen Menschen, die sich für demokratischen Sozialismus interessieren, nicht. Die Nachfrage nach systematisch aufeinander aufbauenden Bildungsangeboten wächst. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelte deshalb einen 18-monatigen Ausbildungsgang »Politikmanagement«, eine Qualifizierungswoche für Teilnehmende in Mentoringprogrammen und einen sechsmonatigen Qualifizierungskurs »Politikmanagement und kommunalpolitisches Grundwissen fürs Ehrenamt«.

Bildungsarbeit sollte jedoch nicht einfach den gerade angesagten Moden folgen. Um das Bildungsverständnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung kritisch zu reflektieren, es in historischer Kontinuität zu entwickeln und auf diese Weise linke politische Bildungsansätze zu stärken, wurde der »Gesprächskreis Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung« gegründet. Gemeinsam mit dem akademischen Umfeld der Stiftung, dem Jugendbildungswerk und PraktikerInnen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wurden hier erste Debatten geführt.

Ökonomische Alphabetisierung

Bildungsarbeit bietet auch immer Anknüpfungspunkte zur Zusammenarbeit mit anderen politisch aktiven Menschen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung konzipierte in Kooperation mit der globalisierungskritischen Bewegung Attac die sogenannte Attacademie »ökonomische Alphabetisierung« als Weiterbildungsprogramm für Aktive aus sozialen Bewegungen. Das Angebot richtet sich an Aktive, die in Attac-Strukturen eingebunden sind und »Motor für emanzipatorische Bewegung« werden sollen. Die Attacademie dient nicht allein der Aneignung thematischen Wissens, sondern leitet auch zur Umsetzung in die politische Praxis an.

Gleich die erste Akademie war so erfolgreich, dass sie als feste Institution eingerichtet wurde. Aus der Attacademie II ging dann das Projekt »Speakerstour« hervor. Ein Bus tourt durch etwa zehn deutsche Städte und informiert über »Economic Partnership Agreements« (EPAs), also über die Handelsverträge, die die Europäische Union mit Entwicklungsländern abschließen will. Außerdem bot die Attacademie II eine Einführung in ökonomietheoretische Grundlagen, einschließlich der Freihandelstheorien, die Theorie zur ursprünglichen Akkumulation etc.

Mit dem Kurskonzept kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch der immer wieder erhobenen Forderung entgegen, Fragen der Ökonomie bewusster und intensiver in die politische Bildung einzubinden.

Proteste gegen G8

Eines der großen Projekte der Rosa-Luxemburg-Stifung im Jahr 2007 war die Beteiligung an den Protesten gegen das G8-Treffen in Heiligendamm. Im Zentrum stand dabei das Anliegen, die sich formierende Protestbewegung mit Angeboten bürgernaher politischer Bildung zu begleiten. Eine Website und eine Multimedia-DVD mit umfangreichen Informationen zum Treffen wandten sich an ein breites Publikum.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Unterstützung einer Info-Tour, die für Veranstaltungen im Vorfeld des Gipfels in der Region selbst konzipiert wurde. Den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wurde ein Forum geboten, sich mit dem Thema Globalisierung auseinanderzusetzen.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel trugen wesentlich zur Entwicklung eines linken Selbstbewusstseins bei. Auf dem »Alternativ-Gipfel« im Juni 2007 war die Stiftung mit zahlreichen Veranstaltungen vertreten. Die abschließende Diskussion zum Verhältnis von Widerstand und Gewalt führte aber auch zu einer kritischen Reflexion der Geschehnisse auf dem Alternativen Gipfel und in seinem Umfeld.

Wie andere Akteure – etwa Attac – distanzierte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung dabei deutlich von Gewalt als Protestform und war deshalb erheblicher Kritik ausgesetzt. Die für die Linke stets schwierige Gewaltdebatte wurde kurz nach der Protestwoche in einer gut besuchten Veranstaltung aufgegriffen, aus der 2008 das Buch »Eine Frage der Gewalt« hervorging.

Der Klimawandel und die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen gehören zu den zentralen politischen Herausforderungen dieses Jahrhunderts, denen sich gerade auch linke Politik stellen muss. Wird nicht umgesteuert, werden viele Millionen Menschen in den Entwicklungsländern, aber auch GeringverdienerInnen in Industriestaaten darunter leiden. Nicht nur die Verpflichtung zum Schutz der natürlichen Umwelt, sondern auch das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität zwingt daher zum ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Deshalb hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihren Veranstaltungen zur Politischen Bildung einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema »Nachhaltige Entwicklung« gelegt. So fand im Mai 2007 unter dem Motto »Wie grün muss die Linke sein?« eine Konferenz in Berlin statt. Auf der gemeinsamen Veranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Bundestagsfraktion DIE LINKE. wurden Defizite der bisherigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit kritisch angemerkt und ein neues Herangehen an linke Wirtschafts-, Friedens- und Finanzpolitik angeregt. Bei einem dreitägigen Workshop über den Klimawandel in Wietow ging es im Juni um internationale Strategien, regionale Folgen und lokale Auswege. Im Dezember folgte ein Workshop ebenfalls zum Klimawandel in Berlin, der in Kooperation mit der AG »Globale soziale Rechte«/Attac Berlin durchgeführt wurde.

Auch das BUKO-Wochenendseminar zum Thema »Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen« im Februar 2008 fand mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Hier wurde der Zusammenhang zwischen linker Politik und ökologischen Fragen herausgestellt. Die Ökologische Fragen und die Linke

etwa 40 Teilnehmenden diskutierten kontrovers und produktiv. Es wurden drei Arbeitsgruppen gebildet, die sich langfristig den Themen widmen wollen. Die Ergebnisse sollen in Form einer Broschüre veröffentlicht werden.

Wasser ist für alle da

Das Thema »Wasser« ist bereits seit einiger Zeit Gegenstand intensiver politischer Debatten. Besonders kontrovers werden dabei Fragen der Privatisierung von öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen diskutiert. Daran knüpfte die internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung über »Wasser: Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes« an, die im Oktober 2006 in Berlin stattfand. Ihre Ergebnisse wurden 2007 in einem Sammelband publiziert, der auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr 2008 vorgestellt wurde.

Der Band schildert die Konflikte, die sich aus den verschiedenen Formen der Kommerzialisierung von Wasser ergeben. Er stellt gescheiterte Privatisierungsprozesse wie etwa in Cochabamba, Hamburg oder Dessau dar. Anhand verschiedener Beispiele wird gezeigt, wie erfolgreiche Gegenstrategien aussehen können.

Neuer Gesprächskreis: Frauen und Politik

Angesichts der Neuformierung linker Bewegungen stellen sich für die Stiftung neue gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen politischer Bildung, Politik und Wissenschaft. Auch als Antwort darauf wurde die seit 2004 bestehende Arbeitsgruppe »Frauen und Politik« im Jahr 2005 zu einem öffentlich zugänglichen Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgebaut. So soll die geschlechterpolitische Dimension der Bildungsarbeit in der Stiftung gestärkt werden.

Die bereits 2006 begonnene Diskussion über das geschlechterpolitische Profil einer neuen Linken und die Ansprüche an eine emanzipatorische Geschlechterpolitik standen im Zentrum der Beschäftigung mit dem Thema Geschlechterverhältnisse. Ausgehend von der Erkenntnis, dass mit der Neugruppierung linker Kräfte in der Bundesrepublik auch programmatische Vorstellungen linker Bewegungen, linker Politik und linker Theorie hinterfragt werden, wurde diskutiert, wie die Linke einen oft ignoranten Umgang mit der Geschlechterfrage überwinden kann.

Der Gesprächskreis »Frauen und Politik« führte drei Gesellschaftspolitischen Foren und eine Frauenwerkstatt zu diesen Fragen durch. Zur Netzwerkbildung trug das traditionelle »Fest der Frauen. Literarisch – Politisch – Widerständig« bei. Hier treffen sich Frauen unabhängig von ihrer politischen Bindung bei einem künstlerisch anspruchsvollen Programm. Ausgehend von den Diskussionen und Veranstaltungen wurden in der Reihe »Standpunkte« mehrere Materialien publiziert. Außerdem wurde ein Konzept für einen Internetauftritt entwickelt, das 2008 umgesetzt werden soll.

Gelebte Geschichte

Die historisch-politische Jugendbildung und die Kooperation mit Schulen bzw. LehrerInnen konzentrierte sich wie bisher auf eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei setzt die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf das biografisch-historische Lernen. ZeitzeugInnen und AkteurInnen des antifaschistischen Widerstandes berichten aus ihrem Leben und geben so ihre Erfahrungen an SchülerInnen weiter. Bildungsprojekte im Bereich der Gedenkstättenpädagogik wurden fortgeführt.

Aufgrund des fortschreitenden Alters der Generation der ZeitzeugInnen ist das Ende dieser Erinnerungs- und Lernform absehbar. Die Aktiven der politischen Bildung aus dem linken Umfeld diskutierten diesen Umstand ausführlich. So beteiligte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrem Themenfeld »Biografisch-historisches Lernen« u.a. an der Tagung des »Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945«, die im März 2007 unter dem Titel »Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Perspektiven der Vermittlung. In memoriam Peter Gingold« in Frankfurt/Main stattfand.

Die »AG Geschichte für die Zukunft« hat die 2006 begonnene Serie von Workshops »Menschenrechtserziehung in KZ-Gedenkstätten« im Februar 2007 fortgesetzt. Es wurde didaktisches Material für LehrerInnen erarbeitet, das bei schulischen Projekttagen in KZ-Gedenkstätten genutzt werden kann.

Die Zusammenarbeit mit und die Förderung von Bildungsprojekten des VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.), die sich derzeit insbesondere mit der »Aktion Reinhard« in Galizien auseinandersetzen, wurde fortgesetzt. Ein Teil der »AG Geschichte für die Zukunft« untersucht weiter den nach wie vor wenig bekannten »Deutschen und internationalen Widerstand in Schlesien 1933-1945«. In enger Zusammenarbeit mit dem Zeitzeugen Adolf Burger aus Prag, Überlebender des KZ Sachsenhausen, realisierte die »AG Geschichte für die Zukunft« im Oktober 2007 erstmals eine einwöchige Bildungsreise für MultiplikatorInnen nach Prag und Theresienstadt.

Fortgeführt wurde auch die Kooperation mit Organisationen aus dem Umfeld der VVN/BdA. Zum 15. Jahrestag der DRAFD (»Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition und in der Bewegung >Freies Deutschland e.V.«) hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Mai 2007 eine Festveranstaltung ausgerichtet. Die Zusammenarbeit mit KFSR (»Freunde und Kämpfer der Spanischen Republik e. V.«) wird kontinuierlich weitergeführt.

Neues hat sich die »AG Geschichte für die Zukunft« vorgenommen. Sie wird in Zukunft Jugendgeschichtsprojekte nicht nur fördern, finanzieren und pädagogisch beraten, sondern auch selbst Projekte anregen. So schrieb sie das Projekt »Comicwerkstatt zum KZ Moringen« in Kooperation mit dem Bereich »Didaktik der Geschichte« der Universität Göttingen und der Gedenkstätte KZ Moringen aus. Drei umfangreiche Wochenendworkshops mit SchülerInnen wurden im Mai, Juli und September 2007 in Moringen und Göttingen durchgeführt.

Im April und Dezember 2007 ging Zeitzeuge Adolf Burger auf Lesereise. Der gelernte Setzer war im KZ Sachsenhausen von der SS gezwungen worden, in einer eigens eingerichteten Fälscherwerkstatt ausländische Geldscheine, Pässe und Dokumente zu kopieren. Die Nachfrage von Landesstiftungen und Schulen nach einer Lesung mit ihm waren sehr zahlreich. Auch eine Lesereise mit Sally Perel aus Israel im September 2007 wurde gemeinsam mit Landesstiftungen und Schulen organisiert. Sally

Focus, 3. Juli 2007: »Der Stiftungs-Vorsitzende Rainer Eppelmann ist alles andere als erfreut über den Gegenwind. Zwar sehe auch er die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ›kritisch‹. Sie habe noch zu keinem klaren Verhältnis zur Geschichte der SED-Diktatur und der deutschen Teilung gefunden. Aber andererseits würde man im Falle eines Ausgrenzens gerade den Anhängern der Linken beweisen, dass die Aufforderung, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, nicht gesamtgesellschaftlich gemeint sei.«

Perel hatte einst den Faschismus nur überlebt, weil er seine jüdische Herkunft erfolgreich verschleiern konnte.

Zunehmend sind es aber auch ZeitgenossInnen von ZeitzeugInnen, die uns unterstützen, der gro-Ben Nachfrage nach Bildungsprojekten zu Biografien während der NS-Zeit gerecht zu werden. Vertieft wurde u.a. die Zusammenarbeit mit Erika Rosenberg, Journalistin und Professorin der Katholischen Universität Buenos Aires, die sich umfangreich mit dem Vermächtnis von Oskar und Emilie Schindler beschäftigt. In Kooperation mit der Inselgalerie Berlin gab es eine viel beachtete Lesung anlässlich des 100. Geburtstages von Emilie Schindler. Sie zählte zu einer Reihe der Inselgalerie zum Thema »Frauenalltag und Widerstand im 20. Jahrhundert«. Fortgesetzt wurde auch die gemeinsame Reihe »Widerständiges in der DDR-Nachkriegsliteratur«, die auf wachsendes Interesse stößt.

Bildung für AusbilderInnen

Die Jugendbildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung basiert auf drei Säulen: Einer jährlichen Projektausschreibung, einer Förderung von Initiativen sowie einem eigenständigen Netzwerk. Begleitend bot die Rosa-Luxemburg-Stiftung Qualifizierungsveranstaltungen für AusbilderInnen im Jugendbereich an. Damit erreicht die Stiftung Zielgruppen, die direkt nicht oder nur schwer angesprochen werden können. Durch die enge Kooperation mit den AusbilderInnen werden die Maßstäbe der Rosa-Luxemburg-Stiftung an politische Bildung in den geförderten Projekten verwirklicht. Insgesamt hat die Stiftung mit etwa 100 Veranstaltungen 3.000 Jugendliche erreicht.

Aktiv gegen Rechts

Den Auftakt der Aktivitäten gegen Rechts machte im Jahr 2007 die Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Januar, deren Ergebnisse im April 2008 in einem Sammelband im Karl Dietz Verlag Berlin veröffentlicht wurden.

Neu gegründet wurde 2007 der Gesprächskreis »Rechtsextremismus und soziale Frage(n)«. Noch im gleichen Jahr organisierte er drei Veranstaltungen und ließ sich von WissenschaftlerInnen beraten. Im Mai fand in Berlin der Workshop »Großsiedlung und Rechtsextremismus« statt, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Alice-Salomon-Fachhochschule und der Stiftung SPI/POLIS (Sozialpädagogisches Institut »Walter May«/Soziale Räume und Projekte) veranstaltete. Dabei wurden Strategien zur Bekämpfung der Rechten in Großsiedlungen wie etwa Marzahn-Hellersdorf diskutiert. Unter den über 80 Teilnehmenden waren auch KommunalpolitikerInnen und MitarbeiterInnen des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf sowie VertreterInnen des für Marzahn-Hellersdorf zuständigen Polizeireviers. 2008 wurde die Zusammenarbeit mit Verantwortlichen in Marzahn-Hellersdorf zu diesem Thema fortgesetzt.

Um die Gefahr einer Neuformierung der politischen Rechten in Europa ging es bei einer Veranstaltung im September 2007 in Hamburg. Im Anschluss an die Tagung wurde eine Vernetzung linker WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, angeregt.

Im März feierte die Europäische Union ihren 50. Geburtstag, Spätestens mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Deutschland spielen Europathemen eine größere Rolle in der öffentlichen Debatte. Bleibt Europa ein Projekt der Eliten oder wird es zum Europa aller Menschen?

Baustelle Europa

Die »Baustelle Europa« sollte Hintergründe und Zusammenhänge beleuchten. Das Besondere an dieser Veranstaltungsform ist der sehr persönliche Dialog. Nur wenige Tage nach den offiziellen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Diskussion über das Thema »Europa wird 50: sozial verfasst oder global vermarktet?« eingeladen. Bei dieser Veranstaltung der Reihe »Baustelle Europa« diskutierten zwei Politikerinnen, die entscheidenden Anteil an der Entstehung einer Verfassung hatten: Blanca Nieves Portocarrero, Botschafterin der Bolivarischen Republik Venezuela, und die Europa-Abgeordnete der LINKEN Sylvia-Yvonne Kaufmann. Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL.

Im Rahmen der gleichen Diskussionsreihe diskutierten Meglena Ivanova Plugtschieva-Alexandrova, Botschafterin Bulgariens, und Gerlinde Stobrawa, Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg sowie Europapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.PDS, über die Perspektiven, die eine EU-Mitgliedschaft Bulgarien bietet.

Die Zukunftskommission bereitete 2007 eine neue eigenständige Publikationsreihe vor, die den ursprünglich vorgesehenen 2. Zukunftsbericht ersetzen soll. Die Idee ist, dass Veröffentlichungen mit etwa 80 bis 150 Seiten in einer solchen Reihe leichter zu lesen sind als ein umfassender Bericht. Die Zukunftskommission wertete eine Klausurtagung des Bereiches Politikanalyse aus und legte die Themenfelder für die geplante Reihe fest. Es wurden bereits AutorInnen aus den Reihen der Zukunftskommission und weiterer Partner gewonnen. Die einzelnen Hefte der Reihe sollen als Grundlage für Bildungsangebote genutzt werden.

Neue Publikationsreihe: »einundzwanzig«

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung überprüfte im Oktober 2007 die Qualität und Attraktivität ihrer Angebote, indem sie Teilnehmende von Bildungsveranstaltungen bat, einen Fragebogen auszufüllen. Es wurden 583 Fragebögen aus dem ganzen Bundesgebiet ausgewertet.

Wie wird die politische Bildung der Stiftung bewertet?

Demnach nehmen die meisten TeilnehmerInnen an Veranstaltungen linker politischer Bildung solche Angebote häufig wahr. Ein großer Teil der Befragten unterscheidet nicht zwischen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und den Landesstiftungen, diese werden als ein Träger wahrgenommen. Das kann für das Erscheinungsbild der Stiftung von Bedeutung sein. Dabei beteiligen sich in etwa genauso viele Frauen wie Männer an der politischen Bildung der Stiftung. Die ältere Generation stellt immer noch einen großen Anteil der BesucherInnen, aber die jüngeren bis mittleren Altersgruppen ziehen deutlich nach.

Linke politische Bildung findet vorwiegend in Städten statt, weniger auf dem Land. Sie ist nach wie vor eine Angelegenheit für die oberen Bildungsgruppen. RentnerInnen bilden nach wie vor einen großen Anteil des Umfelds der Stiftung, aber eine deutliche Mehrheit von knapp zwei Dritteln der Teilnehmenden an Veranstaltungen der politischen Bildung stehen im Erwerbsleben. Die meisten sind Angestellte, Studierende oder Freiberufler, es folgen Arbeitslose. Nach wie vor werden die Veranstaltungen der Stiftung weniger von ArbeiterInnen wahrgenommen.

Tagesspiegel, 17. April 2008:

»Der Mann scheut sich nicht, die eigenen Genossen zu pieken. Gregor Gysi, der mit Oskar Lafontaine die Linksfraktion führt, hat jetzt in einer Rede bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu 160 Jahre Israel bemerkenswerte Einsichten verkündet – auch mit der Absicht, Defizite der Linkspartei anzuprangern. Der immer noch virulente Antizionismus, oft antisemitisch eingefärbt, kann laut Gysi für die Linke keine vertretbare Position sein. Er verteidigt das Existenzrecht Israels und kritisiert die einseitige, proarabische Haltung der DDR-Führung und deren Leugnung einer Mitverantwortung für das Schicksal der Jüdinnen und Juden, die den Holocaust überlebten.«

Gegen sexuelle Gewalt

Projekte

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, widmete sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit Fraueninitiativen dem Thema »sexuelle Gewalt«, das nach wie vor gesellschaftlich tabuisiert wird, vor allem, wenn sexuelle Gewalt auch von staatlicher Seite ausgeübt wird. Der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Dokumentarfilm »Wer bist du, dass du sprichst?« zeigt fünf Frauen – darunter eine transsexuelle Person – aus der Türkei, die über ihre Foltererfahrung sprechen. Nicht alle 200 Frauen, die den Film sehen und der Podiumsdiskussion folgen wollten, fanden im Berliner Kino fsk Platz. Der Film zeigte den Zusammenhang von staatlicher und sexueller Gewalt, gesellschaftlichen Wertevorstellungen und Geschlechterverhältnissen.

Aktivitäten zum 8. März



Die EU hat die Einhaltung der Menschenrechte zum Standard für ihre Beitrittsländer erhoben. Doch welches Gewicht der Schutz der Menschenrechte im eigenen Land tatsächlich besitzt, zeigt sich auch in der Frage der Gewährung von Asyl. In der Diskussion mit den Filmemacherinnen Maria Binder und Verena Franke, mit Hülya Dasdemi, einer Protagonistin des Filmes, Jutta Hermanns (FrauenRechtsBüro Berlin), Sibylle Rothkegel (Xenion, Beratungsstelle für politisch Verfolgte) und Esra Erdem (TIO Beratungsstelle für Migrantinnen) standen die Widersprüche und Anforderungen der täglichen Unterstützungsarbeit im Vordergrund. Welche Formen von Asyl und Zuflucht bietet Deutschland für Frauen und transsexuelle Menschen, die von Folter, Gewalt oder geschlechtsspezifischer Verfolgung in ihren Herkunftsländern betroffen sind? Welche Bedeutung haben Migration und Flucht für die Verarbeitung von Gewalterfahrungen und Traumata? Welche Forderungen ergeben sich daraus? Dies wurde kontrovers diskutiert.

Friede braucht Gerechtigkeit

Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Evangelischen Kirchentag in Köln



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligte sich aktiv am Evangelischen Kirchentag vom 6. bis 10. Juni 2007 in Köln. Für die Stiftung bot sich dort die Chance, linke Optionen zu präsentieren sowie jene anzusprechen, die ihre Fragen an Gesellschafts- und Lebenssinn mehrheitlich nicht mit linken Positionen verbinden. Immerhin besuchten 1,1 Millionen Menschen den Kirchentag. Das Durchschnittsalter war mit 35 Jahren recht jung.

Seit sechs Jahrzehnten steht in der Kirchentagsbewegung die Friedensfrage an erster Stelle. 2007 ging es um die biblische Forderung: »Friede ist Frucht von Gerechtigkeit«, was den Kirchentag inhaltlich in die Nähe der Proteste gegen den zeitgleich stattfindenden G8-Gipfel in Heiligendamm rückte. Mehr als 40.000 Menschen versammelten sich am 6. Juli in Köln zu einer Demonstration unter dem Motto »Globalisierung neu denken«.

Auf dem »Markt der Möglichkeiten« des Kirchentags präsentierte sich die Stiftung unter dem Motto: »Friede braucht Gerechtigkeit – für eine solidarische Gesellschaft« und untersetzte dies mit Veranstaltungen wie »Neue Arbeit - Neue Kultur« mit dem Philosophen und Ökonomen Frithjof Bergmann/USA und der Buchpräsentation »Solidarisch Mensch werden« mit dem Befreiungstheologen Ulrich Duchrow/Heidelberg.

Darüber hinaus gab es reichlich Gespräche am Stand zu Themen wie »Elementare Fragen der Linken neu bedenken«, »Die RLS im Prozess der Weltsozialforen« oder »Gläubig und Genosse« mit Bodo Ramelow. Die Vorstellung des Projektes: »Besser Leben – Sozialdiakonische Jugendarbeit Berlin-Lichtenberg e.V.« durch Kurt Hövelmans zeigte beispielhaft, wie sich Vertreter der Stiftung auch in anderen Zusammenhängen engagieren.

Alles zum Wohl des Kindes?

Nach den tragischen Fällen von Kindesvernachlässigung und -misshandlungen ist einiges in Bewegung geraten. Dazu gehören die vorgezogenen Gesetzesänderungen, die es erleichtern sollen, familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls umzusetzen. Darum und um die »Große Familienrechtsreform« 2009 ging es beim Seminar »Kindeswohl und Kinderrechte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Mai 2008 in Berlin. Was ändert sich? Wird durch die Änderungen das Kindeswohl gestärkt?

Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert Seminar zu Kindeswohl und Kinderrechten

Was unter »Kindeswohl« zu verstehen ist, erläuterte Harry Dettenborn vom Institut »Gericht und Familie Berlin-Brandenburg«, Kindeswohl steht im Spannungsfeld zwischen Elternrecht und staatlichem Wächteramt. Wann aber ist staatliches Handeln erforderlich? Lotte Knoller vom Kinderschutzzentrum Neukölln wies darauf hin, dass hierfür die Kooperation verschiedener sozialer Dienste und Ämter notwendig sei. In Berlin wurde deshalb das »Netzwerk Kinderschutz« gegründet, in dem Ärzte, Gesundheitsdienste, Jugendämter u. a. zusammenarbeiten. Dieser Ansatz der Vernetzung und beschleunigte Verfahren sollen helfen, ab 2009 per Gesetz das Kindeswohl sicherzustellen.

Jörn Wunderlich, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, beschrieb die Zwiespältigkeit der angestrebten Beschleunigung. Die Änderung des Familiengesetzes bedeutet u. a. auch mehr Arbeit für Familiengerichte und Jugendämter – und da sehe er ein Grundproblem, denn eine bessere personelle Ausstattung der sozialen Dienste und Ämter sei derzeit nicht durchsetzbar, Dieses Problem sieht. auch Familienrichter Harald Vogel. Entwicklungspsychologe Rainer Balloff, FU Berlin, unterstützte die Forderungen der Linken, dem Kind endlich eigenständige Rechte in der Verfassung zuzubilligen und eine Kindergrundsicherung zu gewähren.



Hilfe für Flüchtlinge

Bedrückend anschaulich schilderte Bosilika Schedlich im November 2007 in der Reihe »Baustelle Europa« der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Traumata von Kriegsflüchtlingen. Die Geschäftsführerin des Vereins »Südost Europa Kultur e.V.« berichtete über dessen Beratung und psychosoziale Arbeit. In Einzel- und Gruppentherapien lernen dort Flüchtlinge, mit ihren seelischen Verletzungen umzugehen.

Die Begegnungszentren des Vereins bieten Kriegsflüchtlingen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo Möglichkeiten, im Austausch mit anderen für sich und ihre Familien neue Perspektiven zu entwickeln.

Roma aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien sind auch in ihren Herkunftsländern nach wie vor Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt. Dennoch finden weiterhin sogenannte »Rückführungen« von Roma aus Deutschland nach Ex-Jugoslawien statt, wo sie nach ihrer Ankunft meist unter unwürdigen Bedingungen in Slums leben müssen, wie Schedlich kritisierte.

In Europa leben mehr als 200 Millionen Menschen mit Migrations-Hintergrund. Wenn von Integration die Rede ist, unterstrich Feleknas Uca, müssten diese Menschen so akzeptiert werden, wie sie sind. Die Europa-Parlamentarierin, die zur Delegation der Linken in der »Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke« (GUE/NGL) gehört, betonte andererseits, Immigranten müssten sich in die bestehende Gesellschaft einfügen, ohne jedoch ihre eigene Kultur aufzugeben. Integration könne nicht mit Assimilation übersetzt werden.

Zur Integration gehöre auch das Erlernen der Landessprache. Feleknas Uca forderte, den Migranten müssten dazu Angebote, etwa kostenfreie Sprachkurse, gemacht werden. Einbürgerungstests lehnte sie ab. Weder Zwang noch Sanktionen seien geeignet, Integration zu fördern. Für die Integration von Immigranten seien verstärkte – auch finanzielle – Anstrengungen der europäischen Staaten erforderlich.

»Wenn wir in der Integration nicht vorankommen«, stimmte ihr Bosiljka Schedlich zu, »werden die Folgekosten in Form von Sozialhilfe, Kriminalität usw. ein Vielfaches dessen betragen, was bereits heute ausgegeben wird.«

»Wenn wir in der Integration nicht vorankommen, werden die Folgekosten in Form von Sozialhilfe, Kriminalität usw. ein Vielfaches dessen betragen, was bereits heute ausgegeben wird.«

Bosiljka Schedlich





Gemeinsam gegen den G8-Gipfel

Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm standen im Zentrum der Aktionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2007. Dazu gehörte vor allem die Präsenz auf dem G8-Alternativgipfel in Rostock vom 5. bis 7. Juni. Es wurde versucht, die sich formierende Protestbewegung mit Angeboten politischer Bildung zu begleiten. So lieferte die Rosa-Luxemburg-Stiftung etwa Hintergrundwissen über die G8 und über Formen des Protestes.

Die Stiftung beteiligte sich beim Gegengipfel am Podium: »Prekäre Arbeit und wachsende Armut in einer reichen Gesellschaft?« und bot eigene Workshops an. Auf besonderes Interesse stießen Diskussionen über den Zusammenhang von politischem Lernen, politischer Bildung, Identität, Widerstand und Gewalt. Kann man politischen Widerstand lernen und welche Kompetenzen werden dazu benötigt? Es wurden drei Antworten auf diese Fragen gefunden:

- 1. Gewinnen kann man nur mit-, aber nicht gegeneinander.
- 2. Diese Erkenntnis reicht für politische Konflikte mit Gewaltpotenzial nicht aus.
- 3. Es bedarf intensiver Zusammenarbeit zwischen Konfliktparteien, um ein gemeinsames Ziel zu entwickeln.

Die Gewaltfrage, die bei der Linken stets umstritten war, wurde kurz nach der Protestwoche in einer gut besuchten Diskussionsveranstaltung aufgegriffen. Die Ergebnisse werden 2008 in einer Publikation unter dem Titel »Eine Frage der Gewalt« veröffentlicht.



Naomi Klein über den »Katastrophen-Kapitalismus«

Zu einer Buchvorstellung mit der kanadischen Globalisierungskritikerin Naomi Klein kamen Ende Oktober 2007 über 350 Interessierte in Berlin zusammen. In ihrem Buch »Die Schock-Strategie« stellt Klein die These auf, dass die Regierenden den Zustand menschlicher Konfusion, wie er nach Terroranschlägen wie am 11. September 2001, nach Naturkatastrophen wie dem Tsunami 2004 oder durch Kriege entsteht, als Herrschaftstechnik nutzen. Die Katastrophen würden zum Anlass genommen, um eigene politische und ökonomische Projekte durchzusetzen, »kollektive Erzählungen« umzuschreiben und soziale Errungenschaften rückgängig zu machen. Zu der Diskussion in Berlin hatten die Gruppe »Für eine linke Strömung« (FelS) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen.

Naomi Klein beschrieb verschiedene Strategien der Mächtigen, wobei sie konsequent die Sicht des Südens einnahm und ihre Thesen mit Erfahrungen illustrierte, die sie während ihres Aufenthalts in Argentinien 2000/2001 gemacht hatte.

In der Diskussion ging es um die Frage, mit welchen politischen Strategien diesen Methoden der Herrschenden begegnet werden könne. Naomi Klein plädierte dafür, sowohl historische als auch aktuelle Formen von »Mischökonomien« zu studieren und emanzipatorische Ansätze nicht deshalb zu verurteilen, weil sie keine »reine« Form kommunistischer Vergesellschaftung darstellten. »Wir müssen dem Desaster-Kapitalismus einen Desaster-Kollektivismus entgegensetzen«, forderte sie.



Hannah-Arendt-Konferenz in Frankfurt (Main) im Jahr 2007

Neulich diskutierte ich in einer Talkshow über die Finanzmarktkrise mit einem Wirtschaftsjournalisten. Bisher holten Wirtschaftslobbyisten wie er immer zum großen Plädoyer gegen die Staatsgläubigkeit der Linken aus, wenn wir nur etwas Regulierung wie Mindestlohn oder etwas mehr Geld für die Ärmsten forderten. Doch im Angesicht der drohenden Krise redete er nur noch davon, wie notwendig die Regulierung des Finanzmarktes durch den Staat sei. Und plötzlich musste ich an eine Feststellung von Hannah Arendt denken: »Inkonsequenz – das war schon immer die Achillesferse liberalen Denkens.«

Dass mir in solchen Momenten Hannah Arendt einfällt, verdanke ich auch einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Frankfurt

am Main. Das Konzept der Veranstaltung sah vor, dass zwei Wissenschaftlerinnen, die sich mit ihren Texten auseinandergesetzt hatten, ihren Blick auf sie präsentierten. Anschließend sollten durch mich emanzipatorische Denkanstöße, die ich gemeinsam mit Caren Lay und Julia Bonk unter dem Titel »Freiheit und Sozialismus – let's make it real« verfasst hatte, vorgestellt werden. Hinter dieser Kombination von jungen Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen stand wohl die starke Bezugnahme auf Freiheit.

Dabei geht der Freiheitsbegriff von Arendt weiter als die Vorstellung von Freiheit, die mit abstrakter Meinungsfreiheit erfasst ist. Für Hannah Arendt realisiert sich Freiheit vielmehr im Vorgang des Verkehrs mit anderen. Arendt zufolge stellen das öffentliche Sprechen und Handeln die bedeutsamen Tätigkeiten des Bürgers bzw. der Bürgerin dar. Sprechen und Handeln – diesen Formen des Tätigwerdens hat Hannah Arendt in ihrem Werk »Vita activa« ein Denkmal gesetzt. Sprechen im Sinne der Willensbildung und Handeln¹ – das sind die Tätigkeiten der Mitglieder der *polis*, der politischen Gemeinschaft. Aus dem Miteinandersprechen und Miteinanderhandeln ergibt sich – nach Arendt – die demokratische Organisationsstruktur der Bevölkerung.² Für mich als Sozialpolitikerin heißt das, wenn zunehmend mehr Menschen aufs Abstellgleis geraten und damit aus dem Bereich des Handelns und Sprechens ausgeschlossen werden, wird dies für die Demokratie zum Problem.

Schon allein wegen dieser Erkenntnis bin ich Jörg Prelle, dem Organisator der Konferenz, dankbar, dass er mich als Referentin einlud, was mich dazu veranlasste, mich tiefer mit dem Werk dieser Philosophin zu beschäftigen.



² Vgl. dazu: Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München 1981. Piper Verlag. S. 250.



Kurzbericht von Katja Kipping

Ansprechpartner in Ost und West

Präsenz in sechzehn Bundesländern

2007 und 2008 konnten weitere Schritte in der bundesweiten Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung gegangen werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg und die »Helle Panke« in Berlin haben bereits seit längerer Zeit eigene Hauptamtliche und Büros. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock) und in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt eigene Standorte geschaffen. Inzwischen konnten Regionalbüros der RLS in allen westdeutschen Bundesländern eingerichtet werden. Zwar arbeiten die Beschäftigten dort zunächst nur auf Teilzeitstellen, aber mit den neuen Büros in Hamburg (April 2008), Mainz (Juni 2008), Kiel (Oktober 2008) und Hannover (November 2008) wurden Zeichen gesetzt. Nachdem sich DIE LINKE bundesweit erfolgreich konstituiert hat, ist auch die ihr nahe stehende Stiftung nun in allen sechzehn Bundesländern präsent. Damit wurden die Grundlagen geschaffen, um gemeinsam mit den Landesstiftungen die politische Bildungsarbeit auch weiterhin anregend gestalten zu können.

Es ist wichtig, in den Bundesländern Ansprechpartner einer pluralen Linken – auch über die Partei hinaus - zu sein. Regionalbüros und Landesstiftungen kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften, anderen Bildungsträgern und KommunalpolitikerInnen, um das Netzwerk von Akteuren und Institutionen linker Bildungsarbeit zu stärken. Dabei geht es auch darum, das ehrenamtliche Engagement vieler Aktiver zu unterstützen, ohne die eine Bildungsarbeit vor Ort selten möglich wäre. Ausdruck dieses Engagements sind nicht zuletzt zahlreiche Rosa-Luxemburg-Clubs, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die in enger Kooperation mit den Landesstiftungen Veranstaltungen organisieren.

Diese Veranstaltungstätigkeit stand auch 2007 und 2008 im Zentrum der Bildungsarbeit. Zu den Abendveranstaltungen, Seminaren, Tagungen und Konferenzen, die der RLS-Stiftungsverbund gemeinsam 2007 in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin anboten, kamen rund 34.000 Besucherinnen und Besucher. Gab es in den westdeutschen Ländern im Jahre 2000 gerade einmal 100 RLS-Veranstaltungen, so waren es 2007 fast 500, die von rund 14.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Neben interessanten Veranstaltungen gewinnen in der Arbeit der Landesstiftungen und Regionalbüros auch andere Formen politischer Bildung an Gewicht: Es geht z.B. um die Etablierung von thematischen Gesprächszusammenhängen, um die Erarbeitung von Texten zu aktuellen politischen Entwicklungen, die Erstellung von Print- oder Internetpublikationen.

Die 68er in Ost und West

Projekte



Die »langen 68er Jahre in Ost und West« – dies war das Kernthema der geschichtspolitischen Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in 2008. In vielen Bundesländern fanden Abendveranstaltungen, Seminare und Filmvorführungen zu dem Thema statt. Eine Ausgabe der Zeitschrift RosaLux schilderte prägnante Aspekte von »1968« in West- und Osteuropa. Die Aktivitäten wurden von Informationen auf der Website »Geschichte« begleitet, die seit April 2008 zum Online-Angebot der Stiftung gehört.

Zugang zu »1968« boten auch zwei Tagungen mit jeweils knapp 100 TeilnehmerInnen. Im Februar fand in Bremen die Tagung »Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas« statt. Ende April folgte »Alte Linke – Neue Linke? Die Protestbewegungen der 1968er Jahre in Westdeutschland und Europa« in Hamburg. Hier reichte der thematische Bogen von Mexiko 1968 bis zu den Alternativbewegungen der 1970er Jahre in Deutschland, von den Konzepten kritischer Medienarbeit bis zur Rolle der LohnarbeiterInnen in den sozialen Kämpfen iener Zeit. Über beide Tagungen wurden Bücher veröffentlicht. Auch die Tagungsreihe der Hellen Panke (Berlin), das Begleitprogramm zur Filmwoche »Paris – Mai 68. Von der Brüchigkeit der Ordnungen« des Berliner Kinos Babylon und die Linkssozialismus-Tagung in Sachsen im Oktober über »Leo Kofler und Wolfgang Abendroth. Die sozialistische Linke und 1968« widmeten sich dem Thema.

Bemerkenswert, dass das gegenseitige Interesse an Ereignissen in Ost und West gestiegen ist. Es ist gelungen, die wechselseitige Kenntnisnahme der Ereignisse in Ost und West weiter zu vertiefen. So gab es zum Beispiel Veranstaltungen zum »Prager Frühling« in Frankfurt am Main, zur »Frage der politischen Gewalt seit 1968« in Thüringen und zu »68 und die türkische Linke« in Nordrhein-Westfalen. Auf diesem Kenntnisstand wird die geschichtspolitische Arbeit der Stiftung in Zukunft aufbauen können.

Der globale Aufbruch in Ost und West 1968 löste einen Wechsel in der linken Agenda hin zu Themen wie Fortschrittskritik, Minderheitenrechte und eines erneuerten Internationalismus aus und hat Folgen bis heute.

Die 68er Jahre im Fokus der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Zur Publikationstätigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Die RLS Sachsen versteht seit ihrer Gründung im März 1991 die Publikation wissenschaftlicher und aktuell-politischer Texte neben der Veranstaltungstätigkeit als gleichrangigen Bereich ihrer politischen Bildungsarbeit. Mit ca. 250 Publikationen erreichte sie etwa 50.000 Erstleser. Angesichts der Aufnahme der Titel in den Bestand zahlreicher deutscher und ausländischer Bibliotheken und der Mehrfachnutzung kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Leserschaft wesentlich höher liegt.

Die Publikationstätigkeit der Stiftung hat sich 2008 stabil entwickelt. Mit voraussichtlich 21 Publikationen werden wir leicht über dem langjährigen Durchschnitt liegen. Von den vorliegenden Titeln sind besonders der Protokollband der VII. Rosa-Luxemburg-Konferenz »Militarismus und Antimilitarismus. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift« und die Bände VI bis IX der »Roten Reihe«, hervorzuheben. Mit dem zehnten Band des Jahrbuches »Osteuropa in Tradition und Wandel« ist es gelungen, ein wichtiges Periodikum fest einzuführen.

Thematisch wird das Jahresprogramm wieder ausgeglichen sein. Etwa die Hälfte der Titel wird politikwissenschaftlichen, ökonomischen und philosophischen Fragen gewidmet sein. Die andere Hälfte wendet sich aktuellen geschichtspolitischen Themen zu.

Mit der Gesamtdarstellung des deutschen Parteikommunismus von 1919 bis 1946 können die vier Bände geschichtspolitisch anlässlich der Jahrestage der Novemberrevolution und der Gründung der KPD sowie der sich jährenden Jubiläen von 1949 und 1989 genutzt werden.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht werden wir eine Publikation herausgeben, die drei deutschen Dichterinnen jüdischen Schicksals - Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar und Nelly Sachs – gewidmet ist. Diese Edition wird in würdiger Form vorgestellt werden.

Titel wie »Wirtschaft und Moral« – zu den sozialethischen Grundlagen einer linken Gesellschaftspolitik« und ein Bildband von Alex Bär ergänzen neben anderen Titeln das Programm.

Publikationen 2008

- Uli Schöler. Die DDR und Wolfgang Abendroth Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne. Hrsg. gemeinsam mit Offizin Hannover.
- Werte und Wertkritik. Ökonomische und philosophische Dimensionen. (Rohrbacher Manuskripte.
- Nachlese zur Osteuropakunde zum Leipziger Universitätsjubiläum. Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 10.
- Sozialistica in den Bibliotheken der RLS Sachsen. Bibliographie.
- Alex Bär: Paradiesgarten und Heimsuchung. Malerei und Grafik. (Bildband)
- »Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln«. Clara Zetkin zum 150. Geburtstag. Hrsg. von Astrid Franke und Ilse Nagelschmidt. Diskurs. Heft 27.
- Manfred Schünemann: Quo vadis Ukraina? Diskurs Heft 28.
- Karl Mai: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Diskurs Heft 29.

- Neoliberalismus, regulierter Kapitalismus, Sozialismus. Probleme und Perspektiven linker Ökonomie und Politik. Diskurs Heft 30.
- Wer tanzt zuerst? Der globale Kapitalismus und die Linken. Mit Beiträgen von Peter Gärtner, Bernd Czorny, Bernd Rump und Ronald Weckesser. Diskurs. Heft 31.
- Militarismus und Antimilitarismus. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift. Hrsg. von Klaus Kinner.
- In Memoriam Helmut Seidel.
- Helmut Seidel: Philosophie der Praxis. Texte. Hrsq. Volker Caysa.
- Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Hrsg. Klaus Kinner. Heft 6.
- Walfried Hartinger: Wechselseitige Wahrnehmung. Heiner Müller und Christa Wolf in der deutschen Kritik - in Ost und West. Hrsg. Christel Hartinger und Roland Opitz.
- Horst Nalewski: Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals. Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs.
- Adelheid Latchinian: Mit Tschingis Aitmatow auf dem Jahrhundertweg. Drei neuere Arbeiten zu seinem Schaffen. Zum 80. Geburtstag.

Die nachfolgenden Titel der Reihe »Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus« setzen die seit 1999 beim Karl Dietz Verlag Berlin erscheinende »Rote Reihe« fort, die durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen gefördert wird. Mit den Bänden 3/VIII und 4/IX wird die Gesamtdarstellung »Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität« abgeschlossen.

- »Die Wache ist müde«. Neue Sichten auf die Russische Revolution 1917 und ihre Wirkungen. Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus Band. VI. Hrsq. von Klaus Kinner. Karl Dietz Verlag Berlin.

»Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus«

- Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution. Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band VII. Hrsq. von Klaus Kinner. Karl Dietz Verlag Berlin.
- Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 3: Im Krieg (1939 bis 1945). Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band VIII. Hrsq. von Klaus Kinner. Karl Dietz Verlag Berlin. (erscheint demnächst).
- Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 4: Neubeginn ohne die letzte Konsequenz (1945/46). Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band IX. Hrsg. von Klaus Kinner. Karl Dietz Verlag Berlin. (erscheint demnächst).

Partner auf internationaler Ebene

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Ausland

Die Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Ausland sind 2007/2008 beträchtlich gewachsen. Außerdem hat sie ihre regionale Präsenz wesentlich ausgeweitet. Allein die Zahl der Auslandsbüros wird sich bis 2009 von vier im Jahre 2006 - Johannesburg, Moskau, Sao Paulo und Warschau - perspektivisch auf zehn erhöhen. Brüssel, Hanoi (im Aufbau), Mexico City, Peking (im Aufbau), Ramallah und Tel Aviv (im Aufbau) wurden neu eröffnet bzw. werden hinzukommen. Zudem wurden weitere Regionalprogramme aufgenommen - zum Beispiel in Westafrika - bzw. sind geplant, wie etwa in Ostafrika, im Andenraum, in Südosteuropa und in Brüssel. Auch die Zahl der Partner ist gewachsen. Heute arbeitet die Stiftung mit etwa 200 Projektpartnern in ca. 50 Ländern zusammen.

Mit der Ausdehnung der Projektarbeit auf weitere Regionen sind die Anforderungen an Planung, Projektsteuerung und Qualitätssicherung gestiegen. Um dies zu bewältigen, wurden neue MitarbeiterInnen eingestellt. Heute nimmt die Stiftung einen besonderen – ihrem links-alternativen Anspruch angemessenen – Platz unter den deutschen politischen Stiftungen ein. So steht sie in ihrer Auslandsarbeit für Projekte, die:

- die Gleichstellung der Geschlechter und die Teilhabe bisher benachteiligter Bevölkerungsgruppen am politischen Prozess fördern;
- allen einen gleichwertigen Zugang zu Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Bildung, Gesundheit, Trinkwasser, Elektrizität etc. ermöglichen;
- durch die enge Kooperation mit ausländischen Partnern auch jene Netzwerke und Organisationen stärken, die Alternativen zu einer von Konzerninteressen getriebenen Globalisierung entwickeln und gestalten;
- ein friedvolles Zusammenleben fördern und das Geschichtsbewusstsein sowie die Bildung von ethnischen wie individuellen Identitäten im Kontext gegenseitiger Achtung und kollektiver Zusammenarbeit fördern.

In ihrem entwicklungspolitischen Engagement geht es der Rosa-Luxemburg-Stiftung darum, gemeinsam mit Partnern grundlegende gemeinsame Ziele anzustreben, nämlich:

- Zukunftsfähigkeit;
- Emanzipation und
- demokratische Partizipation.

Diese handlungsleitenden Prinzipien stellen jedoch nur den generellen Orientierungsrahmen für die Auslandsaktivitäten dar und werden den jeweiligen regionalen Gegebenheiten angepasst.

Afrika: Förderung der Zivilgesellschaft

Auf dem afrikanischen Kontinent arbeitet die Stiftung bereits seit dem Jahr 2000. Sie gründete 2002 das Regionalbüro südliches Afrika und seit Anfang 2008 ist sie auch in Westafrika, zunächst in den Ländern Mali, Nigeria und Senegal, aktiv, und zwar in den Bereichen Demokratie und Partizipation, öffentliche Güter, nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie Identität, Vergangenheit und Zukunft.

Diese Themen wurden ausgewählt, weil sie vor dem Hintergrund des Erbes von Kolonialismus, Apartheid und neokolonialen Bindungen besonders dringlich erscheinen. Dazu kommen spezifische Probleme, die neueren Ursprungs sind und nicht selten von einer neo-liberal inspirierten Deregulierungspolitik verursacht wurden. Sie führen dazu, dass der Zugang zu Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge – und damit zu einem selbstbestimmten Leben – zunehmend blockiert wird. Dies bezieht sich etwa auf öffentliche Güter wie Bildung, Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess, Sicherung der Ernährung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasser, Elektrizität etc. Die Stiftung konzentriert sich in Westafrika vor allem auf den ländlichen Raum, weil dort viele Probleme zusammentreffen.

Hinzu kommt, dass die Zivilgesellschaft in diesen Regionen kaum in der Lage ist, die (oft einzige) regierende Partei herauszufordern, die sich eher durch ihre Erfolge in der Vergangenheit (etwa dem Befreiungskampf) als in der Gegenwart legitimiert. Daher fördert die Rosa-Luxemburg-Stiftung zivilgesellschaftliche Organisationen, die durch ihr Engagement Elemente partizipativer Demokratie überhaupt erst ermöglichen.

Unter dem herrschenden weltwirtschaftlichen Regime leiden oft die Interessen der Bevölkerungsmehrheit, denn es ist häufig geprägt von Wirtschafts- und Entwicklungsprogrammen, die sich an den Interessen der Eliten orientieren. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt daher Maßnahmen, in denen alternative soziale und wirtschaftliche Entwicklungsmodelle diskutiert und teils umgesetzt werden. In diesem Prozess werden neben NROs, Wissenschaftlern und Intellektuellen auch die Interessenvertretungen von Arbeitnehmern, Bauern und Frauen einbezogen.

Nach der Unabhängigkeit erlebten viele Staaten des Kontinents einen Prozess des Wandels, der in der Praxis zu einem mehr oder weniger deutlichen Abrücken von den ehemaligen politischen Programmen der einstigen Befreiungsbewegungen führte. Gleichzeitig legitimieren diese ihren politischen Führungsanspruch bis heute nicht zuletzt mit ihren Verdiensten im Befreiungskampf. Die jüngere Generation hat selbst keine unmittelbare Beziehung zum Befreiungskampf bzw. kennt die Unterdrückung durch Kolonialherrschaft und Apartheid nicht mehr aus eigenem Erleben. Deshalb fällt es jungen Menschen schwer, eigene Identitäten auszubilden, weil ihre Lebenserfahrungen und die weiterhin gepflegten Rituale nicht übereinstimmen. Hier unterstützt die Stiftung Projekte, die sich bemühen, diese Defizite abzubauen.

Afrika wird auch in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit sein. Für 2009 ist der Aufbau weiterer Regionalbüros in West- und Ostafrika geplant.

Die Arbeit in Ost- und Südostasien konzentriert sich auf die Schwerpunktländer China und Vietnam. In beiden Ländern hat die Stiftung mit dem Aufbau von Büros begonnen. Im Zentrum der Zusammenarbeit mit Partnern stehen die Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten Gesellschaft, die Unterstützung für Ansätze nachhaltiger Entwicklung sowie die Diskussion von Frieden und Entwicklung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Mai 2008: »Die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mit dem kubanischen Zentrum für Europastudien einen Rahmenvertrag über eine Kooperation abgeschlossen. Das berichteten am Freitag in Berlin die Geschäftsführerin der Stiftung, Evelin Wittich, und der kubanische Botschafter in Deutschland, Gerado Pinalver.«

Ost- und Südostasien: Für eine sozial gerechte Gesellschaft Das Wirtschaftswachstum in China und Vietnam verändert beide Staaten und eröffnet großen Teilen der Bevölkerung neue Perspektiven, stellt sie aber gleichzeitig vor erhebliche Herausforderungen. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung geht mit einer wachsenden sozialen Ungleichheit einher. Die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Regionen, Stadt und Land und innerhalb der Städte wachsen drastisch, soziale Spannungen verstärken sich. Neue soziale Sicherungssysteme müssen entwickelt werden, um allen Bürgern Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Altersabsicherung, zu Bildung, Arbeit und Wohnraum zu gewähren. Der wirtschaftliche Erfolg wird oftmals mit ökologischer Zerstörung erkauft. Die Kommunistischen Parteien beider Länder behalten sich einen Anspruch auf die alleinige Führung der gesellschaftlichen Entwicklung vor. Zivilgesellschaftlichen Akteuren werden Freiräume vorrangig dann eingeräumt, wenn sie Aufgaben der sozialen und medizinischen Versorgung sowie der Bildung und Armutsbekämpfung übernehmen. Beide Länder suchen nach eigenständigen Lösungen für diese Probleme, wobei sie die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

China und Vietnam: Entwicklung nachhaltig gestalten Die Förderung nachhaltiger Entwicklung steht im Mittelpunkt der Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften und dem Zentrum für Umweltbildung und -kommunikation. In verschiedenen Regionen Vietnams wurden für regionale Fach- und Führungskräfte, LehrerInnen sowie VertreterInnen gesellschaftlicher Organisationen und der Medien Workshops und Trainingskurse über Umweltschutz, Bürgerbeteiligung, Umweltbildung und Umweltkommunikation organisiert. Darin ging es unter anderem um Umweltgesetzgebung, staatliche Vorgaben für Umweltbildung im Unterricht und Möglichkeiten zur Umsetzung.

Auf der gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Pekinger Institut für Weltsozialismus organisierten Konferenz »Soziale Gerechtigkeit heute« wurden internationale Erfahrungen in Bezug auf Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen, neue Bildungsmöglichkeiten, Fragen der Stadtentwicklung und zu Systemen der Altersvor- und Gesundheitsfürsorge ausgetauscht.

In Vietnam unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Universität Hue Bemühungen um eine sozial gerechte und inklusive regionale Entwicklung. Studien bieten die Grundlage für Empfehlungen an regionale Verwaltungen, wie bei Regionalplanung und Ressourcenlenkung die Lebenssituation von bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen, z.B. ethnischen Minderheiten, stärker berücksichtigt werden kann.

Auf dem Programm des Deutsch-Chinesischen Dialogforums zu Friedens- und Sicherheitspolitik, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2002 mit dem Chinesischen Zentrum für Fragen der Gegenwärtigen Welt veranstaltet, standen 2007 Fragen der Konfliktentwicklung im Nahen Osten.

Lateinamerika: Im Gespräch mit den neuen Linksregierungen Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit 2003 mit einem Regionalbüro in São Paulo vertreten. Es koordiniert die Arbeit in Brasilien, Argentinien, Chile und Uruquay. 2008 wurde ein Büro in Mexiko-Stadt eröffnet, das die langjährige Projektarbeit in Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Mexiko und Kuba vertiefen soll. 2009 wird die Stiftung ihre Arbeit in Lateinamerika auf den Andenraum ausweiten. Dazu wurde ein entsprechendes Regionalprogramm entwickelt.

Der Linksruck in Lateinamerika in den vergangenen Jahren weckte Hoffnungen. Von den Mitte-Linksregierungen von Präsident Luiz Inácio da Silva in Brasilien, Tabaré Vázquez in Uruguay und Michelle Bachelet in Chile erwarteten viele eine verbesserte Lebenssituation, eine gestärkte Demokratie sowie die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen aus den Zeiten der Militärdiktaturen.

Diese Hoffnungen haben sich nur sehr bedingt erfüllt. Zwar sollten einige Sozialprogramme die Situation der besonders armen Menschen verbessern, doch die Kluft zwischen Arm und Reich konnte dadurch nicht verringert werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutiert diese widersprüchliche Situation mit ihren Partnern. Insbesondere das Verhältnis zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen ist von großem Interesse.

Dabei spielt die Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsmodells der Region eine wesentliche Rolle. Untersucht werden soziale, ökologische, politische und kulturelle Folgen großer Infrastrukturprogramme, die vorrangig der Exportproduktion dienen. Zunehmend breiten sich Monokulturen aus, wie Soja, Mais, Eukalyptus und Zuckerrohr, zur Gewinnung von Biotreibstoffen. Dies führt auf dem Lande zu schwerwiegenden sozio-ökonomischen Veränderungen. Welche Alternativen gibt es zu diesem rohstofforientierten Exportmodell? Die Stiftung unterstützt Partner, die daran arbeiten – sei es mit Analysen oder durch die Arbeit mit Betroffenen. Wie zum Beispiel in den Kursen politischer Bildung und gewerkschaftlicher Organisierung von Frauen, die in der chilenischen Lachsindustrie arbeiten.

Seit 2008 ist die zunehmende Kriminalisierung von sozialen Protesten und sozialen Bewegungen zu einem wichtigen Arbeitsfeld der beiden Regionalbüros in Brasilien und Mexiko avanciert.

Schwerpunktgebiete der Stiftungsaktivitäten sind:

- Politische Bildung für Mitglieder sozialer Bewegungen, zum Beispiel auf kommunalpolitischer Ebene oder bei der Durchsetzung des »Rechts auf Stadt« für alle;
- Demokratisierung von Medien und Öffentlichkeit;
- Förderung der Analyse des Phänomens Migration in Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen:
- Beiträge zur Entwicklung von Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftskonzept, unter anderem durch die Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsmodells in der Region;
- Förderung von Initiativen zur Bearbeitung von aktuellen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere der Kriminalisierung von sozialen Protesten, und zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen aus den Zeiten der Militärdiktaturen (Uruguay, Guatemala, Argentinien);
- Diskussionsveranstaltungen und begleitende Forschungsarbeiten zum Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und (linken) Regierungsparteien.

Mehr Partizipation, alternative Medien

Ein übergreifendes Ziel der regionalen Arbeit ist die verbesserte Partizipation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. In Brasilien und Uruquay unterstützt die Stiftung vor allem Projekte in den Großstädten und setzt sich für »das Recht auf Stadt« ein. In Mexiko und Zentralamerika wird die Partizipation auf lokaler und kommunaler Ebene gefördert. In allen Ländern arbeitet die Stiftung mit Partnern, die grundlegende Rechte einfordern: Versorgung mit Wasser und Strom, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Förderung von selbstbestimmten Jugend- und Frauenprojekten. Neue Schwerpunkte sind Migration und alternative Kommunikation. Das Regionalbüro Mexiko förderte unter anderem Streaming-Workshops für Mitglieder von Basisradios sowie Maßnahmen zur alternativen und partizipativen Berichterstattung in Costa Rica anlässlich des Referendums über das zentralamerikanische Freihandelsabkommen CAFTA.

Östlicher Mittelmeerraum und Nordafrika: Suche nach friedlichen Lösungen

Im Mittelpunkt der seit der Jahrtausendwende stetig ausgeweiteten Aktivitäten der Stiftung im Nahen Osten, der Türkei und Nordafrika stehen:

- die Förderung von Demokratie und Menschenrechten,
- die Unterstützung von Akteuren des progressiven sozialen Wandels sowie
- die zivile Konfliktbearbeitung.

Schwerpunkt ist angesichts des immer noch zentralen israelisch-palästinensischen Konfliktes die Suche nach friedlichen Konfliktlösungsstrategien durch stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Um die Arbeit zu verstärken, wurden im vergangenen Jahr zwei weitere Auslandsbüros der Stiftung in der Region geplant. Das Büro in Ramallah wurde im Herbst 2008 eröffnet, das Büro in Tel Aviv wird Anfang 2009 folgen. Außerdem weitete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Tätigkeit auf andere Länder im östlichen Mittelmeerraum aus. In Gesprächen mit potenziellen Partnerorganisationen in Ägypten und Libanon wurden erste gemeinsame Aktivitäten für 2009 geplant.

Besonderer Wert wird künftig auf länderübergreifende Maßnahmen gelegt werden. Denn auch die Bevölkerung des Nahen Ostens und der Türkei spürt immer stärker die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung. Die zunehmende Privatisierung ehemals öffentlicher Güter und Dienstleistungen sowie der Anstieg von Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten haben in den vergangenen Jahren zu immer größeren Protesten geführt, die zum Teil gewaltsam niedergeschlagen wurden.

In der Region existieren eine Vielzahl von etablierten, aber auch im Zuge dieser Entwicklungen neu entstandenen Organisationen und Initiativen, die sich auf die Durchsetzung sozialer und ökonomischer Rechte konzentrieren, denen jedoch Ressourcen fehlen, um beispielsweise mehr Kontakt zu pflegen und so ihre Kräfte zu bündeln. Daher üben sie bisher nur begrenzt Einfluss auf politische Entscheidungen und sozial-ökonomische Entwicklungen in ihren Ländern aus. Die Stärkung und Vernetzung dieser Organisationen auf regionaler Ebene wird in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung sein.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist in Osteuropa mit Büros in Moskau und Warschau und darüber hinaus durch die Unterstützung einer Vielzahl von Einzelorganisationen aktiv. In Südosteuropa unterstützt sie momentan zwei Projekte in Bosnien und wird in Zukunft ihre Aktivitäten auf Serbien, Mazedonien und Bulgarien ausweiten. Im Mittelpunkt der Projektarbeit in der gesamten Region stehen:

- die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in den politischen Dialog und die Beteiligung am europäischen Integrationsprozess – insbesondere in der Region Mittelosteuropa;
- Projekte, die der regionalen Kooperation und damit auch der Konfliktprävention dienen insbesondere für die postsowjetischen Länder, die Ukraine und die Republik Moldau;
- Projekte, die durch interethnischen Dialog zum Aufbau eines stabilen Friedens in Südosteuropa beitragen.

Querschnittsaufgabe in allen Ländern ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und dabei insbesondere die Unterstützung von Projekten, die die politische Teilhabe von Frauen fördern.

In Polen gibt es bis heute kein Gesetz zur Frauengleichstellung. Daher organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Demokratischen Frauenunion und anderen linksorientierten Frauenvereinen eine Konferenz, um die Rechtssituation der Frauen zu diskutieren und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Die teilnehmenden Vertreter der Regierung und des Parlaments wurden von über 100 Vertreterinnen verschiedener linksorientierter Frauenorganisationen sowie hochrangigen PolitikerInnen der Linken und Demokraten (LiD), darunter der ehemaligen Ministerin und ersten Frauengleichstellungsbeauftragten, Izabela Jaruga-Nowacka, nachhaltig unter Handlungsdruck gesetzt. Inzwischen gibt es bereits erste konkrete Vorschläge zur Umsetzung politischer Maßnahmen, die auf der Konferenz erörtert worden waren.

Ein weiterer wichtiger Partner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Polen ist die Bergarbeitergewerkschaft ZZG, mit der bereits seit 2004 zusammengearbeitet wird. Mit 40.000 Mitgliedern gehört die ZZG zu den stärksten Gewerkschaftsstrukturen im polnischen Steinkohlebergbau. Zugleich ist sie eine wichtige Einzelgewerkschaft im Dachverband OPZZ. Ihr Vorsitzender Andrzej Chwiluk wurde im Juni 2008 zum Vizepräsidenten der Europäischen Föderation der Bergarbeiter-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) gewählt. Die aktuelle Energiepolitik der EU stellt mit ihren Emissionsgrenzen den Steinkohlebergbau in Polen in Frage, der über Lagerreserven für mindestens 200 Jahre verfügt und gegenwärtig mehr als die Hälfe der in der EU geförderten Kohle liefert. Deshalb hat die Stiftung in Kooperation mit ZZG und Gewerkschaftern aus Deutschland ein zweitägiges Seminar veranstaltet, um die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der EU-Energiepolitik aus Sicht der im Kohlerevier beschäftigten Menschen zu diskutieren.

Besonders in den baltischen Ländern ist ein gleichberechtigtes und achtungsvolles Miteinander der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen auch nach dem Beitritt zur EU weiterhin schwierig. Dort ist der hohe Standard, den die Europäische Union in Fragen der Gleichberechtigung von Minderheiten von allen Mitgliedsländern fordert, noch längst nicht umgesetzt.

Ost- und Südosteuropa: Mehr Rechte für Frauen

Baltikum: Die ethnische Frage Um Differenzen und Gemeinsamkeiten kritisch zu beleuchten, lud der Stiftungs-Partner Mihkel-Martna-Stiftung im April 2008 zu einem internationalen Seminar nach Tallinn ein. Es wurde gefordert, dass sich die Nationalitätenpolitik der estnischen Regierung auf stärkere Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität konzentrieren, den Anteil russischsprachiger Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen und das Vertrauen zwischen den Bürgern und Bürgerinnen unterschiedlicher Nationalität stärken solle.

Die Situation der postsowjetischen Länder ist unter anderem geprägt durch widersprüchliche Prozesse der Annäherung und Abgrenzung zwischen Nachbarländern. Dies birgt in der gesamten Region ein großes Konfliktpotenzial, das sich nicht nur im Ausbruch von bewaffneten Auseinandersetzungen im Kaukasus zeigt. Deshalb werden insbesondere Projekte, die die regionale Zusammenarbeit stärken, durch das RLS-Büro Moskau gefördert.

So lud die Stiftung im Dezember 2007 zu einem Workshop nach Moskau ein, der sich mit der regionalen Sicherheitsstruktur in Asien und der Rolle der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beschäftigte. Ein weiteres Projekt unterstützt die Kooperation von russischen und tschetschenischen Lehrenden. Derzeit wird eine Studie zu den Konflikten um Bergkarabach in Aserbaidschan, Ossetien und Abchasien in Georgien sowie Transnistrien in der Republik Moldau erstellt.

In der Republik Moldau unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die NRO Eco Tiras und ist damit als eine der wenigen politischen Stiftungen überhaupt in diesem Land aktiv. Eco Tiras engagiert sich für eine nachhaltige Entwicklung in der Region des Flusses Dniestr und unterstützt Kooperationen zwischen Bürgern, lokalen NROs sowie staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen. Wichtiger Bestandteil der Arbeit ist dabei immer die Kooperation mit Partnern aus der separatistischen Region Transnistrien. In der Ukraine wurden im Frühjahr 2008 auf einer auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten internationalen Konferenz Aspekte der europäischen Nachbarschaftspolitik diskutiert.

Für Konfliktprävention und ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen machen sich die beiden Partnerorganisationen PONS und Prijateljice in Bosnien stark. Durch eine Zusammenarbeit von Schulen der serbischen und bosnischen Entitäten sollen Vorurteile unter Jugendlichen abgebaut werden. Schülerklubs, Seminare und Schulbesuche an der ehemaligen Demarkationslinie sind nur einige ihrer Aktivitäten.

Europäische Union: neues Büro in Brüssel Das Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird im Dezember 2008 eröffnet. Dies wird neue Strategien der Kooperation im europäischen und internationalen Zusammenhang ermöglichen. Zusammen mit den anderen Auslandsbüros der Stiftung und deren Partnern wird das Brüsseler Büro die Rolle der EU im internationalen Entwicklungskontext problematisieren und die Zusammenarbeit zwischen europäischen und Akteuren aus Entwicklungsländern stärken. Alternative Positionen und Strategien der regionalen Integration, die die Partnerorganisationen in ihren jeweiligen Heimatregionen entwickeln, sollen in die europäische Diskussion eingebracht werden.

Das Büro in Brüssel wird zugleich einen Beitrag zur Europäisierung des politischen Dialogs zwischen Akteuren, die sich an den Zielen des demokratischen Sozialismus orientieren, leisten. Mit Konferenzen, Seminaren und Informationsveranstaltungen wird das Büro die Auseinandersetzung über die wirtschaftliche, soziale, demokratische und friedensstiftende Erneuerung der Europäischen Union stärken und Bildungsmaterialen erarbeiten.

Das Büro wird die Zusammenarbeit mit der europäischen Linken und ihrer Stiftung Transform, mit der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Betroffenenorganisationen und NROs weiter ausbauen und alternativen Entwicklungsstrategien in und außerhalb der EU eine Stimme geben.

MigrantInnen als Protagonisten einer anderen Integration

Projekte

Seminar vom 13. bis 15. April 2007, Sao Paulo

Im April 2007 organisierte das Büro der Rosa-Luxemburg Stiftung in Sao Paulo ein Seminar mit 60 VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen. Dabei wurde ihre Situation unter der Frage beleuchtet, inwieweit sie Gestaltungspotenziale für regionale und internationale Integrationsprozesse bieten. Neben TeilnehmerInnen aus der Projektregion südliches Amerika brachten auch VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen aus Bolivien, Costa Rica und Deutschland ihre Erfahrungen in die Diskussion ein. An diesem Seminar beteiligten sich auffällig viele Frauen. Im Verlauf des Seminars wurde einerseits die Lebensrealität der Migrantlnnen in Lateinamerika analysiert (Hauptprobleme und Gründe der Migration, sowie die juristische Situation und Hindernisse für eine tatsächliche Gleichstellung von MigrantInnen). Zum anderen untersuchten die TeilnehmerInnen die alternativen Integrationsprojekte in Lateinamerika unter dem Blickwinkel der Migration, um mögliche gemeinsame Aktionsstrategien gegenüber Regierungen und Integrationsblöcken zu identifizieren.

Die Debatten orientierten sich an verschiedenen Themen: Rechtsfragen der MigrantInnen ohne Dokumente, Arbeitsbedingungen und Lebenssituation im Alltag sowie neue Gesetzinitiativen und Migration in den alternativen Integrationsprojekten. Die Diskussion umfasste dabei auch methodologisch unterschiedliche Ebenen: die Vorstellung und Diskussion von konkreten Problemen, Alltagserfahrungen und Handlungsstrategien durch AktivistInnen und MigrantInnen wurde von stärker akademisch geprägten Studien über Auswirkungen der Migration, Gesetzgebung, Rolle der Rücküberweisungen für die Volkswirtschaften der Herkunftsländer der Migrantlnnen ergänzt. Damit konnte eine Verzahnung der zumeist stark lokal orientierten Arbeit der BasisaktivistInnen mit übergreifenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen befördert werden.



Vom Recht auf Wasser, auf Radios und Partizipation

Das Treffen der zentralamerikanischen und mexikanischen Partner der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 23. bis zum 26. Juni brachte tiefgehende Einblicke in deren Arbeit sowie die aktuelle politische Lage in Mexiko, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica.

Mittelamerikanisches Partnertreffen in Nicaraqua

Die kritische Situation in Nicaraqua wurde bei dem Treffen besonders greifbar. So fand direkt nach diesem am 27. Juni die größte Demonstration von sozialen Bewegungen seit Antritt der Regierung Ortegas unter dem Motto »Democracia sí, dictadura no« (Demokratie ja, Diktatur nein) statt. Einige tausend Menschen fanden sich morgens im Zentrum Manaquas zu einem friedlichen Protestzug zusammen. Sie äußerten ihre Sorgen gegenüber der Einschränkung von Bürgerrechten und des öffentlichen Raumes sowie der zunehmenden Machtkonzentration des Präsidentenpaares Daniel Ortega und Rosario Murillo. Der Demonstration vorausgegangen war die Eliminierung von vier kleineren Parteien.¹ Am 1. Juni hatte der oberste Wahlrat (Consejo Supremo Electoral de Nicaragua) diesen Parteien die juristische Grundlage entzogen, um an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Dagegen richtete sich unter anderem der Protest der Demonstration. Sowohl konservative als auch liberale Gruppen waren vertreten, die autonome Frauenbewegung MAM (Movimiento Autónomo de Mujeres) wie auch die linksgerichtete MRS, die der FSLN und Ortega kritisch gegenüberstehend und für eine Erneuerung des Sandinismus stehen.

Beim Treffen der Projektpartner der RLS aus Mittelamerika und Mexiko standen dementsprechend die Themen Demokratie und Partizipation ganz oben auf der Tagesordnung. Während der guatemaltekische Partner UNAMG (Unión Nacional de Mujeres Guatemaltecas) sich für die Integration indigener und marginalisierter Frauen in Entscheidungsinstanzen auf lokaler Ebene einsetzt, engagiert sich der mexikanische Partner CESEM (Centro de Estudios Municipalistas Heriberto Jara) für die kollektive Erarbeitung von Bürgeragenden. In Nicaragua hat sich die ADM (Asociación de Desarrollo Municipal) auf die Verhandlung und das Monitoring von Bürgerhaushalten hinspezialisiert. Das Treffen kam zu dem Ergebnis, dass die in den neunziger Jahren hart erkämpften Räume zur Diskussion und Partizipation zunehmend parteipolitischen und wirtschaftlichen Interessen weichen müssen. Nicaragua ist dafür ein Beispiel, aber auch in anderen Ländern erhöht sich der Druck auf soziale Bewegungen und es werden strategisch wichtige Regionen zunehmend militarisiert. Hinzu kommen die Folgen der Privatisierung öffentlicher Güter und die Zerstörung der natürlichen Ressourcen. Die mexikanischen und guatemaltekischen² Projektpartner setzen deshalb auf die Aufklärung der jeweils von den Großprojekten betroffenen Bevölkerung, um sie dabei zu unterstützen, sozial verträgliche Alternativen zu Staudammprojekten, Emissionshandel und Besiedlungsplänen zu entwickeln. Ein weiteres Ergebnis des Treffens ergab die zunehmende Monopolisierung der Medien - im letzten Jahrzehnt hat hier ein Sieg des Neoliberalismus über selbstbestimmte Bürgermedien stattgefunden. Beispielhaft für die

¹ Die Partido Conservador, der MRS (Movimiento Renovador Sandinista) sowie zwei Parteien der Atlantikküste.

² CASIFOP und HIC-AL und die FGT

Verteidigung wirtschaftlicher Interessen durch die Massenmedien war das Referendum über den Freihandelsvertrag zwischen Zentralamerika und den USA (CAFTA-LAC) im Oktober 2007 in Costa Rica. Voces Nuestras, neuester Projektpartner der RLS in der Region, hat daraus Konsequenzen gezogen und einen unabhängigen Informationsdienst geschaffen, der die ganze Region abdeckt. Auch andere Projektpartner arbeiten mit einem regionalen Ansatz oder nutzen die Möglichkeit, die das Netzwerk der RLS ihnen bietet. Konkrete Beispiele für diese Süd-Süd-Kooperation sind die Zusammenarbeit an einem Buchprojekt zum Thema Frauenmorde, gemeinsame Aktionen zur Privatisierung von Wasser, sowie der Austausch zur Bürgerpartizipation und ihren verschiedenen Mechanismen.

Die Zusammenarbeit der Partner gilt insbesondere auch der politischen Stärkung und Solidarisierung untereinander. So war der Zeitpunkt des diesjährigen Partnertreffens bewusst gewählt: Am 26. Juni fand in der Region Boaco, in der die ADM seit Jahren engagiert ist, ein Bürgerforum statt. Diese Aktivität war Teil einer von neun landesweit im Juni und Juli stattfindenden Foren, die die Stärkung der gesetzlich verankerten dezentralen Form der Bürgerbeteiligung zum Ziel hat.3 Etwa 200 TeilnehmerInnen aus allen 12 Kommunen der Provinz diskutierten zu dem Thema »Bürgerbeteiligung wie wir sie wollen« Erfahrungen und Probleme und erarbeiteten gemeinsam Vorschläge zur Verbesserung. Diese regionalen Treffen werden in ein nationales Forum münden, an dem VertreterInnen aus allen Kommunen des Landes teilnehmen werden. So wird die Bedeutung des Themas Bürgerbeteiligung verdeutlicht. Denn die Regierung Ortega hat neben der gesetzlich verankerten dezentralen Form der Bürgerbeteiligung eine Parallelstruktur geschaffen. Die neuen Räte der Bürgermacht (Consejo de Poder Ciudadano) wurden 2007 als Form der direkten Demokratie geschaffen und unterstehen der Präsidentengattin. Jedoch birgt diese neue Form der »Teilhabe« die Gefahr, die dezentral aufgebaute Bürgerbeteiligung zu schwächen und parteipolitisch zu spalten. Vor dem Hintergrund der im November stattfindenden Kommunalwahlen ist diese Form der direkten parteipolitischen Einflussnahme besonders problematisch und wird von großen Teilen der Zivilbevölkerung mit Sorge betrachtet.

³ Das Forum wurde von ADM in Zusammenarbeit mit mehreren zivilgesellschaftlichen Netzwerken, der CC (Coordinadora Civil), RNDDL (Red Nicaraquense por la Democracia y el Desarrollo Local) und FONG (Federación de Organismos No Gubernamentales de Nicaragua) organisiert.

Schwieriges Zusammenleben

Estland zeigt symptomatisch, welche Fragen ein multi-ethnisches Miteinander aufwerfen kann. Nach Tallinn hatten Anfang April 2008 die Mihkel-Martna-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem Seminar unter dem Titel »Multikulturelle Gesellschaften in der Europäischen Union« eingeladen. Zu den angereisten PolitikerInnen und VertreterInnen von Minderheitenorganisationen gehörte auch der sächsische Landtagsabgeordnete Heiko Kosel, der über Erfahrungen mit der in der Lausitz beheimateten sorbischen Minderheit in Deutschland berichtete.

In Estland spricht die Regierung von einer »multikulturellen Demokratie«. Mittlerweile sind nach der Erklärung der Unabhängigkeit des Landes zwar etliche Jahre vergangen, doch ein wirklicher Durchbruch auf dem Weg zu einem gleichberechtigten und achtungsvollen Miteinander der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen ist noch nicht in Sicht. Auch der Beitritt des Landes zur Europäischen Union vor vier Jahren brachte in diesem Punkt nur mäßige Fortschritte. Der hohe Standard, den die Europäische Union in Fragen der Gleichberechtigung ethnischer oder nationaler Minderheiten fordert, ist in Estland längst noch nicht erreicht.



An der Veranstaltung in Tallinn nahmen überwiegend russischsprachige Menschen teil, was ein Hinweis darauf ist, dass zunächst vor allem die Betroffenen Kritik an der Nationalitätenpolitik Estlands üben. Über die Tagung wurde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Estlands berichtet, allerdings nur in der russischsprachigen Hauptnachrichtensendung. Auf Estnisch erfuhr das Fernsehpublikum nichts davon.



Verfangen in der multikulturellen Demokratie

Unterstützung für Polens Frauenbewegung

Politik wird in Polen überwiegend von Männern gemacht: Unter 20 Prozent liegt der Anteil der Frauen im polnischen Parlament. Dies zeigt deutlich den vergleichsweise geringen Stellenwert von Frauen im öffentlichen Leben des Landes. Doch hätten die Frauen ihre Anstrengungen um mehr gesellschaftliches Engagement verstärkt, sagte Renate Berent-Mieszczanowicz, Vorsitzende der größten politischen Frauenorganisation Polens, der »Demokratischen Frauenunion« (DUK). Diese hatte Ende 2007 mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Abschlusskonferenz des »Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle« in Polen organisiert.

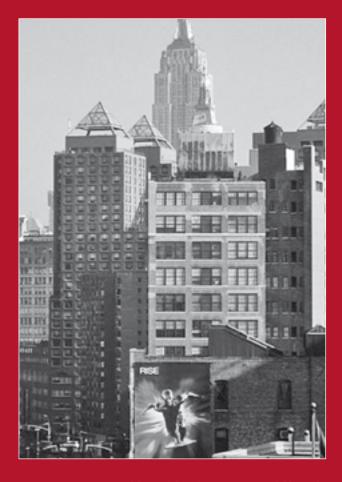
Die DUK-Vorsitzende sah noch große Herausforderungen, vor denen Polens Frauen auch in den nächsten Jahren stünden. Die deutsche Europaabgeordnete Gabi Zimmer (Fraktion GUE/NGL) betonte die europäische Dimension der Frage der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am demokratischen Prozess. Es gebe ermutigende Beispiele aus verschiedenen EU-Ländern. Es sei aber falsch, nur die 2004 oder 2007 der EU beigetretenen Länder zu kritisieren.

Maria Szyszkowska, eine bekannte linksgerichtete Politikerin Polens, betonte den engen Zusammenhang der Frauen- mit der Friedensfrage. In kriegerisch eingestellten Gesellschaften, so lehre die Geschichte der letzten Jahre und insbesondere des letzten Jahrhunderts, würden Frauen verstärkt an den Rand gedrängt.



RLS in New York präsent

Hoffnung für eine Veränderung auf internationaler Ebene sah Rick Wolff, einer der Organisatoren des »Left Forum« in New York, zu dem im März 2007 über 1.000 Menschen aus aller Welt gekommen waren, so auch wiederum Vertreterinnen und Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die herrschende Allianz bröckele, sagte Wolff, es gebe wenig Übereinstimmung, der Überdruss an der Bush Administration und am Irakkrieg wachse. Zeit für die Linke, so Wolff, Wirtschaftswissenschaftler an der University of Massachusetts, »sich ernsthaft die Machtfrage zu stellen« und zu fragen, wie die Linke beginnen könne, erfolgreich zu sein. Die Tagung stand unter dem Motto »Forging a Radical Political Future« (»Eine radikale politische Zukunft schmieden«). Gänzlich unironisch war das Programmheft mit Amboss, Hammer und Faust illustriert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung



war bereits zum siebten Mal bei dieser Tagung vertreten und bot Diskussionen zur Entwicklung in Europa, der Lage der Linken und über neue Analysen des Kapitalismus.

Obwohl einige Panels von der »Graukopflinken« beherrscht gewesen seien, wie Kritiker monierten, sorgten Intellektuelle wie David Harvey, Gilbert Achcar, Deepa Ferandes, Amy Goodman, Doug Henwood, Liza Featherstone und John Bellamy Foster für angeregte Debatten. Leider lassen sich diese bisher weder im Internet noch gedruckt nachlesen, denn die Ressourcen des Kongresses reichten nicht für eine Dokumentation. Die Kosten des Treffens wurden übrigens zu Dreivierteln durch Spenden und nur zu einem Viertel durch Teilnehmerbeiträge gedeckt.

Die Thematik der Bildung einer Neuen Linken stand im Mittelpunkt einer Reihe von Panels und Workshops. Die RLS wird solche strategischen Debatten in internationalen Workshops mit der USamerikanischen und kanadischen Linken in den Jahren 2008 und 2009 weiterführen.

Studien- und Promotionsförderung der RLS – **Gerechtigkeit statt Elite**

Das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung fördert wissenschaftlichen Nachwuchs

Studierende und Promovierende erhalten vom Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht nur finanzielle Unterstützung in einer Höhe, die mit dem BAföG vergleichbar ist, die Stiftung bietet ihnen auch eine ideelle Förderung. Gefördert werden Studierende und DoktorandInnen aus dem In- und Ausland, die sich durch hohe fachliche Qualifikationen sowie durch ein ausgeprägtes gesellschaftliches und politisches Engagement im Sinne der Stiftung auszeichnen. Um den Grundsätzen der Stiftung - Förderung sozialer Gerechtigkeit und Solidarität - zu entsprechen, werden Frauen, sozial Bedürftige und Menschen mit Behinderungen bei gleicher Eignung bevorzugt, um so der sozialen, politischen oder geschlechtlichen Benachteiligung entgegenzuwirken.

Die Nachfrage nach dieser Förderung übersteigt bei weitem die Zahl der Stipendien, die vergeben werden können. Der Zugang ist offen für Studierende und DoktorandInnen aller Studienrichtungen und jeder Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 525 StipendiatInnen gefördert, davon 360 Studierende und 111 DoktorandInnen aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie 48 Studierende und 6 DoktorandInnen aus insgesamt 28 Staaten aus Mitteln des Auswärtigen Amtes. Die ausländischen StipendiatInnen kamen v.a. aus den Palästinensischen Autonomiegebieten, der Türkei, aus Brasilien, China und Jordanien.

Die Verbesserung des internationalen Austauschs ist ein wichtiges Ziel der Förderung. Das Studienwerk unterstützt daher Auslandsaufenthalte der StipendiatInnen zu Studien- und Forschungszwecken sowie Praktika. 2007 wurde dies insgesamt 102 StipendiatInnen ermöglicht. Schwerpunkte der Auslandsaufenthalte sind USA/Kanada sowie Frankreich, Großbritannien, die Schweiz und Österreich.

Ideelle Förderung

Das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet den StipendiatInnen neben dem Stipendium ein umfangreiches Förderprogramm. Dadurch soll ihre wissenschaftliche Qualifikation verbessert, eine Auseinandersetzung mit relevanten gesellschaftlichen und politischen Themen angeregt und die Selbstorganisation gestärkt werden. Langfristig soll so eine Vernetzung im linken politischen Spektrum erreicht werden.

Einige Elemente der ideellen Förderung haben bereits den Ruf, echte Höhepunkte der Ausbildung darzustellen. So wurden auch 2007/2008 wieder ein internationaler Workshop, eine Ferienakademie und zahlreiche Schwerpunktveranstaltungen geboten.

Der internationale Workshop zum Thema »Privatisierung Öffentlicher Güter« führte eine Gruppe von StipendiatInnen in die Masuren/Polen, wo sie eine Woche lang die Auswirkungen der Privatisierung in Stromversorgung, Gesundheits- und Bildungssystem auf die unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie auf die Geschlechter studierten.

Die Ferienakademie 2008 fand in der Europäische Jugendbildungs- und Erholungsstätte Werbellinsee statt. Wie in den Jahren zuvor gehörte ein Mix aus Workshops, Exkursionen, Kultur und Freizeit dazu. Thematisch ging es um Freiheit, Antisemitismus, Stellung der Frau im Islam ebenso wie um die Privatisierung öffentlicher Güter, neue Arbeitsformen, Probleme der Dialektik und Methoden wissenschaftlichen Arbeitens. Die Workshops wurden insbesondere durch die stipendiatischen Arbeitskreise, aber auch von externen ReferentInnen und ehemaligen StipendiatInnen durchgeführt. Exkursionen führten in die vom NABU (Naturschutzbund Deutschland) betriebene »Blumberger Mühle«, die Gedenkstätte Sachsenhausen und das Kloster Chorin. Natürlich standen auch Kabarett, Lesung, Sport und Party auf dem Programm.

Eine Studienreise im Juni 2008 führte eine Gruppe von StipendiatInnen nach Brüssel. Mit Abgeordneten der Fraktion GUE/NGL wurde über den europäischen Vertrag, Migration, Sozial- und Beschäftigungspolitik, Armut und Lobbyismus debattiert, ein Treffen mit einer NGO, die sich für die Einhaltung von Menschenrechten für illegale Migrantlnnen einsetzt, sowie Gespräche mit Vertretern des europäischen Netzwerks »transform!« und der Europäischen Linkspartei folgten. Ergänzt wurde das Programm mit einem alternativen Stadtrundgang zu Migration und Gentrification, also der Umgestaltung armer Stadtviertel durch den Zuzug von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht.

Auf den Tagesworkshops ging es 2007/08 um Rechtsextremismus, soziale Sicherung und Nachhaltigkeit. Unter dem Titel »Rassismus und Rechtsextremismus: Einblicke und Kontroversen« wurde im Oktober 2007 in Köln über faschistische Pseudo-Kapitalismuskritik diskutiert, staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus am Beispiel der Migrationspolitik der EU dargestellt sowie Gegenstrategien entwickelt. Zum Thema »Soziale Grundsicherung – nationale und internationale Dimensionen« lud die Stiftung im November 2007 nach Hamburg ein. Um »Nachhaltigkeit versus Wachstum – ein Dialog zwischen Gesellschafts- und Naturwissenschaft« ging es im Juli 2008 in Bremen. Der Workshop befasste sich mit Energie- und Stoffbilanzen, nachhaltiger Entwicklung in der Landwirtschaft in

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Förderung bildet das Seminarprogramm, das der unmittelbaren Unterstützung des Förderziels (Studienabschluss oder Promotion) dient. Es besteht aus DoktorandInnenseminaren, Methodenworkshops, Seminaren zum Zeitmanagement und zu Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens. Erstmalig im Jahr 2008 bot die Stiftung ein Seminar zu "Beschäftigungsfähigkeit« an. Die Stipendiaten prüften dabei potenzielle Erwerbsfelder für ihre berufliche Zukunft. Bei den 2007 und 2008 durchgeführten DoktorandInnenseminaren stellten 30 DoktorandInnen ihre Arbeiten zur Diskussion. Die Vorträge wurden als Sammelband herausgegeben, wobei geförderte Promovierende die Herausgabe der Bände übernahmen.

Brasilien, Klimawandel und Wachstumsdebatten.

Einmal pro Semester wurden Methodenseminare angeboten, in denen Doktoranden individuell in Bezug auf ihr jeweiliges Forschungsvorhaben beraten werden. Die Seminare zu "Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens« richten sich insbesondere an Studierende der ersten Semester, um sie beim Verfassen von Referaten und Hausarbeiten zu unterstützen. Darüber hinaus bietet die Stiftung Studierenden und DoktorandInnen jeweils »Seminare zum Zeitmanagement« an, die auf reges Interesse stoßen.

Studienreise nach Brüssel

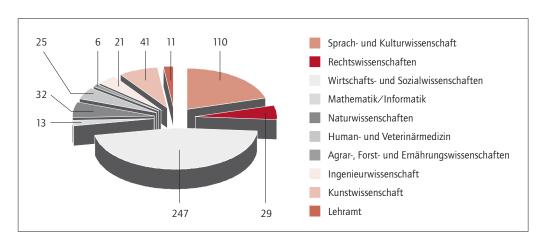
Stärkung des wissenschaftlichen Arbeitens Jeweils im April und Oktober finden die obligatorischen Einführungsseminare für die neu in die Förderung aufgenommenen StipendiatInnen statt. Hier stellt sich die Stiftung sowie die stipendiatische Selbstverwaltung vor. Erwartet wird die Teilnahme von StipendiatInnen an Regionaltreffen, die in der Regel einmal pro Semester stattfinden, um sich inhaltlich auszutauschen und zu vernetzen. Dabei können auch individuelle Probleme des Studiums oder der Förderung geklärt werden.

Die neue Mitte Berlins

Ergänzt werden diese Förderschwerpunkte durch Veranstaltungen zu aktuellen Themen und Führungen. Im November 2007 führte Thomas Flierl, der frühere Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin, durch die neue Mitte Berlins. Im Dezember besuchten StipendiatInnen den Deutschen Bundestag und sprachen mit Abgeordneten. Anlässlich des Luxemburg-Geburtstages im März lud die Stiftung Annelies Laschitza, Biografin Luxemburgs, zur Diskussion über die Freundschaft Luxemburgs mit Karl und Sophie Liebknecht ein.

Zur ideellen Förderung gehört auch die Arbeit mit Ehemaligen. Das jährlich stattfindende Ehemaligentreffen wurde 2008 erstmals von einer Gruppe Ehemaliger selbst organisiert, und zwar unter dem Titel «Netzwerk - Flickwerk«. Ehemalige StipendiatInnen stellten ihre aktuellen Arbeitsfelder vor und besprachen eine künftige stärkere Vernetzung. Zum Programm gehörten auch Führungen durch die Liebermann-Villa am Wannsee, ein Filmabend und eine Wanderung zum Haus der Wannsee-Konferenz. Die ideelle Förderung des Studienwerks wird ergänzt durch das Bildungsprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung, an dem die StipendiatInnen teilnehmen können, in dem sie sich aber auch als ReferentInnen und ModeratorInnen engagieren. Zunehmend beteiligen sich StipendiatInnen am Ausbildungsgang »Politikmanagement«, der über einen Zeitraum von anderthalb Jahren für Führungsaufgaben in Politik, Verwaltung, Verbänden und Vereinen gualifiziert.

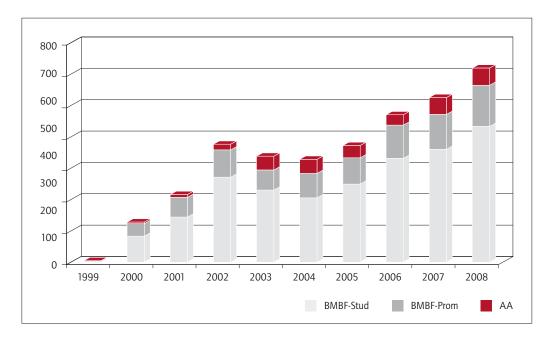
2007 nach Fächern gefördert



Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Förderung stellt die Arbeit in den selbst organisierten stipendiatischen Arbeitskreisen dar. Derzeit existieren folgende Arbeitskreise:

- Linke Bildung,
- Deaktivierung,
- Digitales Leben,
- Gender und Identitäten,
- Kunst- und Kulturpolitik,
- Rechtspolitik und Menschenrechte,
- Antisemitismus,
- Linke und Nation,
- Internationalismus.
- Venezuela und
- Qualitative Methoden.

Diese Arbeitskreise treffen sich mehrmals im Jahr, um neue Fragen aus ihren Wissensgebieten zu diskutieren, Tagungen und die Ferienakademie vorzubereiten. Die Ergebnisse der Arbeit werden u.a. auf der Ferienakademie präsentiert.



Entwicklung der StipendiatInnen

Warum sich StipendiatInnen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung fördern lassen:

Andrea Plöger, Doktorandin: »Große Offenheit«

»Ich komme aus Westdeutschland und manchmal fällt mir auf, dass einige im Westen – vor allem durch die neuen sozialen Bewegungen und die sogenannten 68er - in der ostdeutschen Linken mit einiger Verspätung ankommen. Trotzdem sehe ich eine große Offenheit bei der RLS und in ihrem Umfeld, die bei etablierten Stiftungen meiner Meinung nach so nicht mehr anzutreffen ist. Zudem war für mich auch die Nähe der Stiftung zur globalisierungskritischen Linken wichtig, denn darum geht es schließlich auch in meiner Doktorarbeit und daher kann ich hier auch die für mich relevanten (wissenschaftlichen) Impulse finden.«

Jörn Lämke: »Nicht elitär«

»Ich finde das so gar nicht elitäre Verhalten der ganzen Stiftung sehr angenehm; gerade, seit ich auf dem Auswahlwochenende der Studienstiftung des deutschen Volkes gewesen bin und gesehen hab, wie es da so abgeht und was für Leute da rumlaufen ... dieser für mich sehr angenehme Charakter der Rosa schlägt sich auch im Bildungsprogramm nieder, das oft Themen aufgreift, die neben der Spurliegen und viele Facetten beleuchtet, mit denen ich, glaube ich, so nie in Kontakt gekommen wäre.«

Mona Basharan (Name geändert),

Doktorandin: »Für den Frieden«

»Ich stamme aus einer Flüchtlingsfamilie und mein Interesse an allgemeinen politischen Fragen und Zusammenhängen wurde bereits während meiner Schulzeit geweckt. Auch die Wahl des Studienfaches Rechtswissenschaften war von diesem Interesse geprägt. Ein besonderes Augenmerk habe ich dabei auf Fragen der Menschenrechte und der Friedenssicherung gelegt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung macht mit ihrem Engagement für Frieden und Völkerverständigung deutlich, dass sie der Auseinandersetzung mit diesen Themen einen hohen Stellenwert einräumt.«



Werdegang eines Stipendiaten ...

Jan Korte (Jahrgang 1977): »Als ich 2002 zum Einführungsseminar der neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin eintraf, war dies eine überschaubare Runde. Der Wahlsieg der LINKEN 2005 lag noch in weiter Ferne und die Zukunft der Stiftung, ihrer Stipendiaten und der weiteren Entwicklung waren ungewiss. Heute, sechs Jahre später, war ich Gast auf dem Einführungsseminar der neuen Stipendiaten. Allein der nunmehr benötigte Raum macht die Veränderung deutlich: Das jetzige Einführungsseminar findet im riesigen Münzenbergsaal in den Räumen der Stiftung am Franz-Mehring-Platz statt. Es entwickelt sich ...

Das betrifft natürlich in erster Linie die Anzahl der StipendiatInnen, die MitarbeiterInnen und natürlich die Möglichkeit, unter den Stipendiaten eigene, inhaltliche Arbeit zu organisieren. Blicke ich also zurück, so hat sich an der Grundstruktur der Arbeit wenig geändert: Der eigenständige Zusammenschluss in inhaltlichen Arbeitskreisen, die weitgehend eigenständige Organisation und Schwerpunktsetzung der Ferienakademien und ein großes Mitspracherecht bei der inhaltlichen Zielstellung im Studienwerk waren damals und sind heute eine fortschrittliche Sache.

Dabei können die StipendiatInnen durchaus in kritischen Fragen linke Politik verändern, indem sie Debatten anschieben: Zum Beispiel diskutierte schon vor mehreren Jahren der Arbeitskreis »Linke und Nation« das Verhältnis der Linken in Deutschland zum Staat Israel. Heftig wurde über den Charakter von Volksbefreiungsbewegungen gesprochen und darum gerungen, wie eine fortschrittliche, geschichtsbewusste neue Linke aussehen könnte. Die Diskussionen waren kontrovers, aber sie haben auch für meine jetzige Arbeit wesentliche Anstöße gegeben. Auch die Ferienakademien waren Teil der selbstorganisierten Bildung, in der ungezwungen und frei von Partei- und Fraktionszwängen ins Blaue, diskutiert und gedacht werden konnte. Ich erinnere mich an umfangreiche Diskussionen mit Michael Brie und Conny Hildebrand über die Zukunft der PDS.

Zurückblickend kann ich sagen, dass man über das Studienwerk die einmalige Chance bekommt, mit vielen anderen linken Studenten in ausführliche Debatten und Streit zu treten - bundesweit und zunehmend auch mit Studenten aus anderen Ländern.«



... und einer Stipendiatin

Nora Schüttpelz (Jahrgang 1980): Studium der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin (1999–2004, Diplomarbeit zu: Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Bereich der Biologischen Waffen), parlamentarische Assistentin im Europäischen Parlament mit dem Schwerpunkt Internationale Handelspolitik im Handelsausschuss (für den Europaabgeordneten Helmuth Markov).



Projektförderung: Anhaltendes Wachstum

Im Rahmen der Projektförderung kooperiert die RLS mit externen Akteuren politischer Bildung. Dabei geht es um mehrere Zielstellungen: Einerseits werden über Projektförderungen Themenaspekte bearbeitet, zu denen die Stiftung selbst nicht hinreichend tätig werden kann. Förderungen komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung auch in regionaler und zielgruppenspezifischer Hinsicht. Andererseits wird so die Bildungsarbeit von anderen, zumeist kleineren Trägern unterstützt und stabilisiert. Im Ganzen trägt die Projektförderung dazu bei, das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Über die Projektförderung werden zudem einige umfänglichere Forschungsaktivitäten realisiert, deren Ergebnisse für die Aufgabenerfüllung der Stiftung unverzichtbar sind.

Die Zahl der Anträge überstieg auch 2007 die Möglichkeiten der Stiftung bei weitem. Es wurden 650 Anträge auf Projektförderung eingereicht, von denen 95 bewilligt wurden, und zwar mit einer Fördersumme von rund 208.000 Euro. Besonderes Interesse rief die Ausschreibung für Projekte zu den Themen »Migration – Interkulturalität – Antirassismus« hervor. Allein zu diesem Themenkreis wurden 201 Anträge eingereicht.

Die Projektförderung wächst stetig. Dies zeigt der Vergleich zum Vorjahr: 2006 wurden 69 Vorhaben mit insgesamt 105.000 Euro gefördert. Dieses Wachstum wird weiter anhalten, denn 2008 werden mit rund 240.000 Euro wiederum mehr Mittel für die Projektförderung eingesetzt.

Das Spektrum der geförderten Vorhaben ist breit, es reicht von Konferenzen, Workshops und Seminaren über wissenschaftliche Forschungsarbeiten, Studien und Publikationen bis hin zu Dokumentarfilmen, Büchern und DVDs.

Auswahl

Rolf Hecker: Arbeiten zur Neuherausgabe MEW

Förderung 2007: 24.000 Euro; Förderung 2008: 24.000 Euro

Die RLS ist Herausgeberin der Werkausgabe der Schriften von Marx und Engels (MEW), die im Karl Dietz Verlag Berlin erscheint. Gegenwärtig sind mehrere Einzelbände nicht lieferbar; darüber hinaus weichen wichtige Texte der MEW stark von den auf der Grundlage aktueller Forschungen herausgegebenen MEGA-Varianten ab. Deshalb sollen die MEW-Einzelbände im Karl Dietz Verlag Berlin Schritt für Schritt neu aufgelegt werden. Rolf Hecker leistet die dafür notwendigen wissenschaftlicheditorischen Arbeiten. 2007 bearbeitete er Band 41 (ehemals »Ergänzungsband 2« [Frühschriften von Friedrich Engels]). Der gesamte Text wurde mit den entsprechenden Prüf- und Korrekturprozeduren neu gesetzt, die Anmerkungen überarbeitet, Einführung und Personenregister neu erstellt. Der »neue« Band 41 ist im zweiten Halbjahr 2008 erschienen. 2008 beschäftigt sich Rolf Hecker mit Band 8 der MEW, der u.a. wichtige Texte wie »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« und die »Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln« enthält. Die Projektförderung zur Neuherausgabe der MEW-Bände wird fortgesetzt.

Bundeskoordination Internationalismus: BUKO-Kongresse 2007 und 2008 Förderung 2007: 5.000 Euro; Förderung 2008: 5.000 Euro

Die »Bundeskoordination Internationalismus« (BUKO) versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten, steht in engem Austausch mit anderen sozialen Bewegungen und ist Trägerin verschiedener Aktivitäten politischer Bildung, Kampagnen und Arbeitszusammenhänge. Der seit 1977 stattfindende Bundeskongress der BUKO ist regelmäßig eine gut besuchte Veranstaltung, die in linken Kreisen großes Interesse weckt. Nachdem bisherige Förderer aus der Finanzierung ausgestiegen sind, ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingesprungen. Der 30. BUKO fand unter dem Motto »Macht Netze gegen Machtnetze« Ostern 2007 in Leipzig statt. Etwa 600 Teilnehmende diskutierten über die Globalisierung und ihre Folgen und verständigten sich über Inhalte und Formen der G8-Kritik. Neben drei Großveranstaltungen gab es eine Vielzahl kleinerer Workshops, Vorträge und Diskussionen zu Themen wie Migration, globale Energiepolitik, Militarisierung und Krieg, Ökonomisierung von Bildung, soziale Ausgrenzung und zeitgemäße Widerstandsformen. Der BUKO-Kongress 2007 trug wesentlich zur Mobilisierung für die G8-Proteste bei. 2008 fand der BUKO 31 unter dem Motto »Dabei sein ist alles? Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse« in Dortmund statt. Es kamen rund 450 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet und debattierten in über 100 Arbeitsgruppen Fragen von Partizipation und Teilhabe, Diskriminierung und Ausschluss. Die BUKO-Kongresse dienen der Vernetzung und Selbstreflektion einer emanzipatorischen Linken.

Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts: Tagung »Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas« (22./23. Februar 2008)

Förderung: 5.000 Euro

Angelika Ebbinghaus (Hrsq.:) »Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr, VSA Verlag Hamburg 2008

Förderung: 1.500 Euro

Die Tagung in Bremen beschäftigte sich mit den Ereignissen des Jahres 1968 in den staatssozialistischen Ländern Osteuropas. Im Mittelpunkt standen die Reformprozesse des Prager Frühlings und ihre Niederschlagung mit der militärischen Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Pakts. Darüber hinaus wurden auch die Entwicklungen in Polen, Ungarn, Jugoslawien und der DDR analysiert. Die rund 60 Tagungsteilnehmenden diskutierten mit Experten und Fachwissenschaftlern die in mehreren Ländern versuchten Wirtschaftsreformen und gingen der Ausstrahlung der westlichen 68er-Bewegung auf Osteuropa nach. Die Tagung wird in dem im VSA-Verlag erscheinenden Band Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa« dokumentiert. Die Förderungen sind Teil der Aktivitäten der Stiftung zu den Hoffnungen und Umwälzungen vor nunmehr 40 Jahren.

Christoph Nitz: 5. Akademie für linke MedienmacherInnen (6. bis 9. März 2008) Förderung: 8.000 Euro

Die Medienakademie wurde 2008 erstmalig in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und im Haus der Stiftung und des »Neuen Deutschland« durchgeführt. Mehr als 300 Medieninteressierte aus dem Umfeld der LINKEN, von sozialen Bewegungen und alternativen (Medien-)Projekten besuchten politische Vorträge und Diskussionen sowie Workshops zu verschiedenen Fachthemen für »Starter«, »Fortgeschrittene« und »Experten«. Dabei ging es in mehr als 50 Einzelveranstaltungen um Printpublikationen, Webseitengestaltung und Onlineredaktion bis hin zu Video- und Podcastproduktionen.

Der Förderschwerpunkt »Migration – Interkulturalität – Antirassismus« veröffentlichte 2007 eine Ausschreibung. Von 201 eingereichten Anträgen wurden 15 bewilligt, die in den Jahren 2007 und 2008 mit insgesamt rund 19.000 Euro unterstützt wurden. Einige Beispiele:

- »Leben ohne Angst« Aufbau und Vernetzung der Gruppe »Jugendliche ohne Grenzen Sachsen« (JOG). Die Projektförderung trug dazu bei, die Bildungsarbeit dieser Gruppe jugendlicher Flüchtlinge zu ermöglichen. Höhepunkt war die 5. JOG-Konferenz unter dem Motto »Wir sind die Zukunft - Wir bleiben hier!« im September 2007 in Dresden.
- Dokumentarfilmprojekt der Kulturfabrik Hoyerswerda »alle anders alle gleich. Kann ich hier überhaupt glücklich werden?« Im Film berichten fünf Jugendliche aus der Ukraine, dem Irak und aus Thailand über ihr Leben in Hoyerswerda. Unter Anleitung eines professionellen Regisseurs haben sie die Menschen und Orte ihres neuen Umfelds aufgenommen und sich gefragt, ob diese sich im Umbruch befindliche Stadt ihre neue Heimat werden kann. Der Film stieß in Hoyerswerda auf beträchtliche Resonanz und wird auf Filmfestivals gezeigt.
- Veranstaltungsreihe für Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen und antirassistisch engagierte Menschen: Informationen zu den migrationsbezogenen Aktivitäten im Rahmen des G8-Protestes. Mit den von Aourfoh Watara organisierten Veranstaltungen in Parchim, Schwerin, Bad Doberan und Rostock wurden insbesondere Aktive aus Flüchtlingsheimen in Mecklenburg-Vorpommern angesprochen und ihre Vernetzung gestärkt.
- Mit den Studien »Tod in der Zelle Warum starb Oury Jalloh?« und »Wenn ihr das nicht aufklärt, war es Mord! – Bericht zur Erschießung Dominique Kouamadious durch einen Polizeibeamten« wurde über die Hintergründe dieser Todesfälle und die Aktivitäten zu ihrer Klärung informiert.
- Die Veröffentlichung des aus seiner Dissertation hervorgegangenen Buches von Tobias Pieper »Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik« beim Verlag Westfälisches Dampfboot wurde unterstützt.
- Das Projekt »Aus dem Schatten!« einer Gruppen von Studierenden an der Uni Tübingen um Christoph Marischka untersuchte die Stellung illegalisierter Migranten und Migrantinnen auf dem neoliberalen Arbeitsmarkt, fragte nach ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen und diskutierte die

Projekt



TeilnehmerInnen an der 5. Akademie für linke MedienmacherInnen



Einstellung der Öffentlichkeit, insbesondere der Gewerkschaften. Die Ergebnisse können auf der Webseite www.ausdemschatten.antira.info nachgelesen werden. Die Teilnehmenden des Projekts knüpften gute Kontakte zu Betroffenen und Unterstützungsgruppen, sie beteiligen sich an Veranstaltungen zum Thema.

- Auch Dank der Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte die Ausstellung »kein mensch ist illegal« 2007 an 16 Orten präsentiert werden. Die Plakate machen aufmerksam auf die Problematik illegalisierter Migranten und Migrantinnen.
- Mit der Unterstützung des Festivals »YazBerlin« im Juni 2007 wurde ein Beitrag zur stärkeren Vernetzung türkeistämmiger Lesben, Schwuler, Bi- und Transsexueller und Transgender geleistet.

Die Projektförderung unterstützte 2007 außerdem eine Reihe von Vorhaben, die sich mit Akteuren und Ergebnissen kapitalistischer Globalisierung und mit Aktivitäten von Protest und Widerstand beschäftigten:

- Broschüre »G8: Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand«; Förderverein Libertad! e.V.; 4.900 Euro
- Veranstaltungsreihe »Was geht mich G8 an?«; Stefan Nadolny; 3.000 Euro
- Tanzperformance G8-Protest der Gruppe Tomates Bravos; Daniel Töpper; 600 Euro
- junge globale07 Jugend- und SchülerInnen-Programm des Filmfestivals globale 07; Content -Verein zur Förderung alternativer Medien; 2.000 Euro
- »Soziale Bewegungen in Afrika« Sonderausgabe 5 der Zeitschrift sul serio; reflect! Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung e.V.; 500 Euro
- »go.stop.act Kreative Aktionswerkstatt für den G8-Protest«; Bewegungsakademie e.V.; 2.000 Euro.

Wie bereits in den Vorjahren wurden Projekten anderer Träger zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Antisemitismus unterstützt. 2007 und 2008 wurden u.a. folgende Vorhaben gefördert:

- »Jetzt re(i)chts in Sachsnitz! Ein Comic für Jugendliche und Heranwachsende«; AMAL Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.; 750 Euro
- Broschüre und DVD »Keine Nazis in unserer Stadt«; Arbeit und Leben Niedersachsen Nord; 500 Euro
- Schreibwerkstatt für junge AntifaschistInnen; Verein zur Förderung politischer Bildung und Information; 800 Euro
- Broschüre »Antikapitalismus von Rechts: Aktuelle Entwicklungen«; Iskra e. V.; 500 Euro
- »Zug der Erinnerung Haltestelle Berlin«; Zug der Erinnerung e. V.; 1.000 Euro
- Antifaschistische Jugendzeitung »Kein Bock auf Nazis« Brandenburg-Ausgabe; Apabiz Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.; 1.000 Euro
- Förderverein der Jugendgeschichtswerkstatt Spandau: Erarbeitung und Präsentation der Ausstellung »Abgefahren – Gedenken an die Progromnacht 1938 in Spandau«; 500 Euro.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bemüht sich stärker als zuvor darum, Kooperationen zu konkreten Vorhaben zwischen regionalen Akteuren und den Vereinen und Stiftungen auf Landesebene anzuregen und zu unterstützen. Für einzelne Projekte mit vor allem regionaler Bedeutung werden den Landesvereinen und -stiftungen Mittel der Projektförderung zusätzlich zur Verfügung gestellt. 2007 handelte es sich um rund 11.000 Euro. So wurde etwa die Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg mit dem Brecht-Weigel-Haus in Buckow gefördert, die gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen und der Gruppe »kittkritik« veranstaltete Konferenz »Deutschlandwunder« zur medialen Aufbereitung der NS-Zeit sowie die Beteiligung des Kurt-Eisner-Vereins an den Aktivitäten gegen das Treffen der Gebirgsjäger in Mittenwald.

Archiv und Bibliothek

Neues Findbuch

Im Mai 2008 publizierte das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) sein Findbuch Nr. 8 zum Bestand der langjährigen Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Christa Luft. Der Bestand umfasst Unterlagen zu den Fraktions- bzw. Gruppensitzungen der PDS im Bundestag und zur Arbeit des PDS-Fraktionsvorstandes, zu dem von ihr geleiteten Arbeitsbereich »Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz- und Umweltpolitik« der PDS-Gruppe in der 13. Wahlperiode des Bundestages, zu den Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages und zu den Sitzungen des Haushaltsausschusses des Bundestages aus den Jahren 1994 bis 2002. Diese Überlieferung wird komplettiert durch Sachakten zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, zur Haushalts- und Finanzpolitik, zur Treuhand und ihren Nachfolgeeinrichtungen, zur Lage und Entwicklung Ostdeutschlands und zur wirtschaftlichen und politischen Situation in Osteuropa sowie durch Korrespondenz, Reden, Artikel und Interviews.

Tag der Archive

Das ADS beteiligte sich Anfang März 2008 erstmals am bundesweiten Tag der Archive, der diesmal unter dem Motto »Heimat und Fremde« stand. Bei drei Führungen durch die Magazine und Arbeitsräume des ADS wurde auch eine Ausstellung kleiner Zeitungen von Orts- und Kreisorganisationen der PDS bzw. der LINKEN präsentiert, die – wie der »Heimatspiegel« aus dem Landkreis Dahme-Spreewald – in Aufmachung und Inhalt das Thema Heimat sowohl im politischen als auch im geographischen Sinne vermitteln.

Neuerwerbungen

Das ADS konnte 2008 unter anderem Unterlagen des Landesvorstandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern im Umfang von 23,5 lfm aus dem Archiv beim Landesvorstand der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern, Akten der Kulturinitiative '89 im Umfang von 26 lfm und Archivgut der früheren Bundestagsabgeordneten Rosel Neuhäuser im Umfang von 2,9 lfm übernehmen. Damit wuchs der Archivgutbestand des ADS auf derzeit rund 685 lfm.

Langzeitarchivierung digitaler Daten

Gegenwärtig existieren weder kostengünstige Medien, die die Gewähr bieten, dass die gespeicherten Daten noch in hundert oder zweihundert Jahren lesbar sind, noch ist die Frage der Erhaltung der erforderlichen Software und des technischen Equipments gelöst. Drei MitarbeiterInnen des ADS arbeiten daher in einer Arbeitsgruppe mit Mitarbeitern des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag an handhabbaren Übergangslösungen für das Problem der Langzeitarchivierung digitaler Daten.

Kooperation

Eine Mitarbeiterin des ADS nimmt an den Beratungen einer Arbeitsgruppe der Parteiarchive der politischen Stiftungen teil, die sich in Fortführung eines entsprechenden DFG-Projektes mit der Spiegelung von Internet-Auftritten politischer Großorganisationen befasst.

Rosa-Luxemburg-Gesprächskreise

Einhergehend mit den sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingen in der gegenwärtigen Zeit wachsen auch die inhaltlichen Anforderungen an die Rosa-Luxemburg-Stiftung als politische Bildungseinrichtung. Personell und strukturell besteht vor diesem Hintergrund jedoch die Gefahr, schnell an Grenzen zu stoßen. Um den vielfältigen thematischen und strategischen Aufgaben der modernen Zeit gerecht zu werden, ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung versucht, ehren- und hauptamtliche Potenziale zu bündeln. Eine besondere Form der Kooperation bilden die Gesprächskreise. Vornehmlich mit dem Ziel entstanden, Diskussionen emanzipatorischer Akteure im Hinblick auf Erfahrungen, Konzepte und Strategien zu unterstützen, erfüllen die Gesprächskreise die Aufgabe, einen gesellschaftlichen Raum zu schaffen, der es linken Aktivistinnen und Aktivisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und vielen anderen Interessierten ermöglicht, intensive Diskurse zu gesellschaftlichen Alternativen zu führen. Die Themenpalette reicht dabei von philosophischen Debatten zum menschlichen Sein über die Entwicklungen im deutschen und internationalen Parteiensystem bis hin zur konkreten Materie nachhaltigen Wirtschaftens. Die Arbeitweise der jeweiligen Gesprächskreise ist dabei sehr unterschiedlich und mitunter individuell ausgerichtet. Ebenso differenziert ist die Struktur bzw. die Zusammensetzung dieser Arbeitszusammenhänge. In der Regel übernehmen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter die inhaltliche Koordinierung eines Gesprächskreises. Grundsätzlich wird angestrebt, im gesamten Bundesgebiet präsent zu sein bzw. Mitglieder und Unterstützer zu gewinnen. 2008 sind positive Tendenzen erkennbar.

Die Vorstellungen zu den Arbeitsergebnissen der Gesprächskreise sind vielschichtig. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verbindet damit:

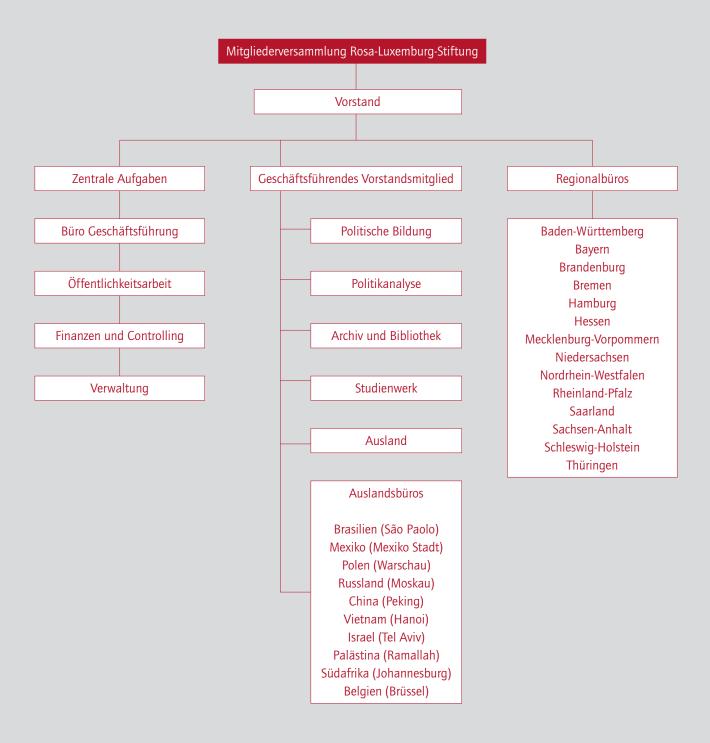
- a) die Beobachtung, Analyse und konzeptionelle Diskussion auf dem jeweiligen Themengebiet;
- b) Vorschläge für die langfristige und kurzfristige Veranstaltungsplanung und gegebenenfalls auch die Unterstützung der Durchführung von Veranstaltungen im entsprechenden Themenfeld;
- c) die Funktion als Kooperationspartner und Integrationsgremium für externe Partner aus dem Inund Ausland;
- d) Bündelung der Ergebnisse/des Outputs der inhaltlichen Diskussionen in Bildungsmaterialien;
- e) die inhaltliche Beratung der Fachbereiche der Stiftung.

Mitglied eines Gesprächskreises kann prinzipiell jeder werden, der daran interessiert ist, über ein bestimmtes Themengebiet unter Berücksichtigung der verschiedensten Facetten und Gesichtspunkte mit dem Ziel politischer Bildung intensiv zu diskutieren. Zuständig für die Koordinierung der Gesprächskreise ist das Büro der Geschäftsführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das als Schnittstelle und Ansprechpartner gleichermaßen fungiert. Dort werden alle Materialien der Gesprächskreise gesammelt, bei Bedarf die Gesamtterminplanung erstellt und der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung kontinuierlich über die Aktivitäten der Gesprächskreise informiert.

Gesprächskreise in der RLS Stand 1.11.2008

Gesprächskreis	Gesprächskreisverantwortliche/r
Parteien und soziale Bewegungen	Cornelia Hildebrandt
Netzwerk Privatisierung	Rainer Rilling
Prekarisierung	Mario Candeias
Wirtschaftspolitik	Sabine Reiner/Michael Popp
Frauen und Politik	Eva Schäfer/Evelin Wittich
Arbeit und Leben	Stefanie Holuba
Migration	Susanne Spindler
Politische Bildung	Dieter Schlönvoigt
Ländlicher Raum	Lutz Brangsch/Kurt Krambach
Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung	Evelin Wittich/Klaus Meier/ Sabine Nuss
Philosophie und Bildung/ Kollegium Wissenschaft der RLS	Wolfgang Girnus/ Reinhard Mocek/Klaus Meier
Kulturforum	Thomas Flierl/Michaela Klingberg
Medienpolitik	Lutz Brangsch
Friedens- und Sicherheitspolitik	Erhard Crome
Rechtsextremismus und soziale Fragen	Dagmar Rubisch
Geschichte	Bernd Hüttner
Geschichte für die Zukunft	Cornelia Domaschke
Expertenkommission DDR-Geschichte	Detlef Nakath/Michael Brie

Organigramm



Publikationen

Die Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung erscheinen beim Karl Dietz Verlag Berlin in den Reihen »Schriften«, »Texte« und »Manuskripte«. Die Reihe »Schriften« setzte Walter Beier mit dem 16. Band über Otto Bauer und den Austromarxismus fort.

Die Titel der in den Reihen »Texte« und »Manuskripte« erschienen Publikationen sind Ausdruck des vielfältigen Angebotes zu zentralen Themen linker politischer Bildung. Genannt seien hier nur Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina; Rainer Rilling (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von links; Stephan Kaufmann: Investoren als Invasoren. Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt.

Die policy papers in der Reihe »Standpunkte« wurden zu einem Bildungsmaterial mit großer Resonanz, zu ausgewählte Themen erscheinen sie auch in Deutsch, Englisch und Französisch.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Karl Dietz Verlag Berlin auf den Buchmessen 2007 und 2008 10. bis 14. Oktober 2007, Frankfurt/Main

Seit 2007 sind linke Projekte auf der Frankfurter Buchmesse erstmals mit einem gemeinsamen Messestand in Halle 3.1 dabei – mit Büchern und Zeitschriften, vor allem aber mit Veranstaltungen.

Vom 10. bis zum 14. Oktober rollten der Argument-Verlag, das »Blättchen«, der Karl Dietz Verlag Berlin, der »Freitag«, der Offizin Verlag, der Pahl-Rugenstein Verlag, die Zeitschrift »Sozialismus«, die Zeitschrift »UTOPIE kreativ« und der VSA-Verlag den roten Teppich aus – für ihre AutorInnen und für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Neue Deutschland. Als Akteure konnten gewonnen werden: Andrej H., Dario Azzellini, Peter Bremme, Else Laudan, Erik Neutsch, Katja Kipping, Marcus Hawel, Jörg Huffschmidt, Tom Strohschneider, Wolfgang Hübner, Michael Buckmiller, Rainer Rupp u.v.a.m.

13. bis 16. März 2008, Leipzig

Der Stand der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Karl Dietz Verlages befand sich auch im Frühjahr 2008 wieder in seinem traditionellen Umfeld zwischen linken Buch- und Zeitungsverlagen. Wie in den vergangenen Jahren auch wurden der VSA-Verlag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit ihren Programmen beherbergt. Neu waren Werbematerialien sowie einige Bücher des Argument-Verlages Hamburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen dabei.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Karl Dietz Verlag sind unterdessen ernst genommene und zum Teil auch begehrte Partner. Die veränderte Rolle der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Karl Dietz Verlages zeigte sich vor allem am erkennbar gestiegenen Interesse der Besucher, sowohl der Fachbesucher als auch der interessierten Leser: es dominierten diejenigen, die uns gezielt suchten. Eine große Rolle bei der Vorbereitung des Messebesuchs spielen dabei die websites der Stiftung und des Verlages.

Auf große Resonanz stießen erwartungsgemäß die beiden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Spitzentitel dieses Frühjahrs: »Der Geheimdienst der KPD« von Siegfried Grundmann und die Anna Seghers-Biografie von Sigrid Bock. Dies gilt ebenso für Band VI »Die Wache ist müde« aus der Reihe »Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus«.

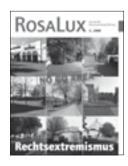
Von den neuen »Texte«-Bänden fanden vor allem bei jungen Besuchern die Bände »Wasser. Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes« und »Kritik mit Methode« Interesse – beides Bände, die Arbeitskreise von Nachwuchswissenschaftlern erarbeitet hatten; ein sehr ermutigendes Zeichen. Die Bände der »Manuskripte«-Reihe waren bei Lesern, die Informationen zu spezellen Themen suchten, begehrt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Karl Dietz Verlag beteiligten sich in diesem Jahr erstmals mit fünf Veranstaltungen an »Leipzig liest« (2007 waren es vier Veranstaltungen gewesen), drei auf dem Messegelände, zwei in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Die Veranstaltung zum "Texte«-Band "Wasser« mit Kim Weidenberg und Tanja Pflug fand am Samstagnachmittag auf dem Messegelände statt. Wir waren erfreut übe die sehr gute Resonanz: 38 Besucher, davon 36 junge Leute, suchten diese Veranstaltung, die die beiden Herausgeberinnen souverän meisterten, auf.

Wie immer auf der Leipziger Messe gab es große Nachfrage nach »UTOPIE kreativ«. Viele Besucher suchten gezielt einzelne Hefte, die sie sich zuvor auf der website ausgewählt hatten.







RosaLux 1_2008 1968: Deutungen und Folgen

Schwerpunktthemen

RosaLux 2_2008 Politikwechsel von links?

RosaLux 3_2008 Rechtsextremismus Die Hauszeitschrift RosaLux erscheint vierteljährlich

Neues Deutschland, 29. Juni 2007:

»Das Spektrum an sozialistischen, linken Zeitschriften in Deutschland ist breit, und es ist fantastisch, dass ihnen mit www.linksnet.de eine Internet-Plattform zur Verfügung steht. »UTOPIE kreativ« hat dort ihren festen Platz. Dass junge Autoren zunehmend das Profil der Hefte bestimmen, hängt mit dem glücklichen Umstand zusammen, dass vor einigen Jahren die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Herausgeberschaft übernahm und die Zeitschrift damit für die große Schar von Stipendiatinnen und Stipendiaten interessant wurde. Darin – natürlich – liegt Hoffnung.«

Reihe Schriften

Schriften 16 Walter Baier. Lisbeth N. Trallori, Derek Weber (Hrsg.) Otto Bauer und der Austromarxismus »Integraler Sozialismus« und die heutige Linke ISBN 978-3-320-02134-4 304 Seiten, 26 Abb. 19,90 Euro

Reihe Texte

Texte 41 Wasserkolloquium (Hrsg.)

Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes ISBN 978-3-320-02135-1 152 S., 14,90 Euro



Texte 42 Ulrike Freikamp, Matthias Leanza, Janne Mende, Stefan Müller, Peter Ullrich, Heinz-Jürgen Voß (Hrsg.) Kritik mit Methode? ISBN 978-3-320-02136-8 328 S., 19,90 Euro

Texte 43 Jörg Roesler Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren ISBN 978-3-320-02137-5 111 S., 9,90 Euro

Texte 44 Stefan Bollinger 1968 - die unverstandene Weichenstellung ISBN 978-3-320-02138-2 143 S., 14,90 Euro



Texte 45 Fausto Bertinotti Gespräche mit dem italienischen Reformkommunisten Herausgegeben und übersetzt von Germana Alberti v. Hofe Vorwort: Lothar Bisky ISBN 978-3-320-02139-9 118 S., 14,90 Euro

Texte 46 Horst Helas, Dagmar Rubisch, Reiner Zilkenat (Hrsg.) Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland ISBN 978-3-320-02142-9 175 S., 14,90 Euro

Texte 47 Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsq.) Lateinamerika, eine neue Ära? ISBN 978-3-320-02155-9 175 S., 14,90 Euro

Texte 48 Peter Ullrich Die Linke, Israel und Palästina ISBN 978-3-320-02156-6 327 S, 19,90 Euro



Texte 49 Rainer Rilling (Hrsg.) Eine Frage der Gewalt Antworten von links ISBN 978-320-02157-3 140 S., 9,90 Euro

Texte 50 Rainer Rilling Risse im Empire ISBN 978-3-320-02159-7 180 S., 14,90 Euro

Texte 51 Stephan Kaufmann Investoren als Invasoren Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt ISBN 978-3-320-02158-0 92 S., 6,90 Euro

Reihe Manuskripte

Manuskripte 72 Lars Dieckmann, Lena Ellenberger, Frank Nitzsche (Hrsg.) Erneuerung des Sozialstaates in Europa ISBN 978-3-320-02119-1 241 S., 9,90 Euro

Manuskripte 74 Martin Günther Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt ISBN 978-3-320-02133-7 57 S., 4,90 Euro

Manuskripte 75 Ulrich Brand Zwischen Schutz, Rechten und Kommerzialisierung ISBN 978-3-320-02144-3 (deutsch u. engl.), 9,90 Euro

Manuskripte 76 Ulla Plener (Hrsq.) Clara Zetkin in ihrer Zeit ISBN 978-3-320-02160-3, 246 S., 14,90 Euro



Manuskripte 73 Grit Jilek, Stefan Kalmring, Stefan Müller (Hrsg.) Von Honig und Hochschulen Dreizehn gesellschaftskritische Interventionen Zehntes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung ISBN 978-3-320-02125-2 256 S., 9,90 Euro



Manuskripte 77 Judith Dellheim, Günter Krause (Hrsg.) Für eine neue Alternative Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation ISBN 978-3-320-02161-0 272 S., 9,90 Euro

Reihe Standpunkte

Manuskripte 78 Torsten Bultmann (Hrsg.) Prekarisierung der Wissenschaft ISBN 978-3-320-02163-4 72 S., 6,90 Euro

Manuskripte 78 Reinhard Mocek (Hrsg.) Technologiepolitik und kritische Vernunft

Wie geht die Linke mit den neuen Technologien um? Diskussionsangebote des Gesprächskreises »Philosophie und Bildung« der Rosa-Luxemburg-Stiftung ISBN 978-3-320-02164-1 186 S., 9,90 Euro Hanno Balz »Sympathisanten« als politisches Feindbild (1/2008)

Ulrich Schachtschneider Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei (2/2008)

Horst Dietzel
Die neuen Parteiprogramme
von CDU und SPD – ein
Vergleich
(3/2008)

Alexander Fischer
Kinderarmut verhindern –
aber richtig!
(4/2008)

Wolfgang Grabowski Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die russisches Außenpolitik (7/2008)

Irene Runge Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende? (8/2008)

Gregor Gysi Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel (9/2008) Annette Groth
»Das globale Europa« –
Partnerschaft, die Armut
schafft?
(12/2008)

Annette Groth

Der neue Hunger
(13/2008)

Uli Schippels »Beinahe ostdeutsche Verhältnisse: So gute Ergebnisse wie in Schleswig-Holstein hat die Linkspartei im Westen noch nie erzielt« (14/2008)

Ronald Blaschke Bedingungsloses Grundeinkommen versus Grundsicherung (15/2008) Alexander Ulrich, Fabio De Masi Der Krieg in der Pipeline (18/2008)

Stefan Thimmel
Lateinamerika boomt
auch auf dem Papier
Die europäischen
Zellstoffmultis entdecken
den lateinamerikanischen
Kontinent
(20/2008)

Axel Krumrey
Rotes Brandenburg mit
»braunen« Flecken
(22/2008)



Manuskripte 80 Erhard Crome (Hrsg.) Internationale Politik im 21. Jahrhundert ISBN 078-3-320-02166-5 172 S., 9,90 Euro



Martin Fochler
Die CSU – das Modell
einer »regierenden Partei«
(5/2008)

Jan Korte »Kriegsverrat« – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus? (6/2008)



Gabi Zimmer Auch in Sachen Europäische Union gilt: Linke Politik sucht keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen (10/2008)

Christian Wipperfürth Russland – ein vernachlässigter Akteur im Afghanistankonflikt (11/2008)



Erhard Crome Kriegsächtung – aktuell und drängend (16/2008)

Werner Schneider Demografie, Produktivitätsfortschritt, Rentenentwicklung (17/2008)



Rainer Rilling Finanzmarktkrise – Ende des Neoliberalismus? Und die Linke? (23/2008)

Mario Candeias Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus (24/2008)

Kontakte

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Tel. 030 44310-221 Fax 030 44310-222 www.rosalux.de info@rosalux.de jeweils Name@rosalux.de

Vorsitzender des Vorstandes Heinz Vietze. MdL Stelly. Vorsitzender

Thomas Händel Stelly. Vorsitzende Claudia Gohde

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Dr. Evelin Wittich Tel. 030 44310-140

Büro der Geschäftsführung

Referent Geschäftsführung Leiter der AG Planung/ Länderrat/Koordinierung Stiftungsverbund Ost Dr. Wolfgang Bey

Tel. 030 44310-161

Referent Koordinierung Stiftungsverbund West/ Politik aktuell

Dr. Florian Weis Tel. 030 44310-164

Assistent Geschäftsführung/ Sachbearbeiter Axel Krumrey

Tel. 030 44310-468

Personalreferentin Dr. Annegret Rohwedder Tel. 030 44310-469

Sachbearbeiterin Viola Siebeck

Tel. 030 44310-139 Fax 030 44310-230

Öffentlichkeitsarbeit

Geschäftsbereichsleiterin Ramona Hering Tel. 030 44310-417

Fax 030 44310-122

Sekretariat/ Sachbearbeitung Karin Malingriaux

Tel. 030 44310-123 Fax 030 44310-122

Publikationen/Werbung

Dr Marion Schütrumpf-Kunze

Tel. 030 44310-127

Presse- und Medienarbeit Murat Cakir

Tel. 030 44310-130

Online-Redaktion/ Content-Management Peter Ostholt

Tel. 030 44310-169

Assistenz Online-Redaktion und Datenbanken Erwin Heil

Tel. 030 44310-169

Geschäftsbereich Finanzen

Geschäftsbereichsleiter Dr. Klaus Meier Tel. 030 44310-145 Fax 030 44310-230

Controlling West/ Projektmanagement Dr. Lutz Kirschner

Tel. 030 44310-146

Controlling/ Projektmanagement Meinhard Tietz

Tel. 030 44310-191

Sachbearbeiter Buchhaltung Klaus Luther

Tel. 030 44310-176

Sachbearbeiterin Buchhaltung Heidrun A. Landgraf Tel. 030 44310-175

Sachbearbeiterin Buchhaltung/Controlling

Kerstin Amling Tel. 030 44310-410

Sachbearbeiterin Buchhaltung

Yvonne Wagner Tel. 030 44310-409

Geschäftsbereich Verwaltung

Geschäftsbereichsleiterin Rosel Mittelstädt

Tel. 030 44310-125 Fax 030 44310-182

Veranstaltungsmanagement Angela Müller

Tel. 030 44310-126 Fax 030 44310-182

Beschaffung/ Kostenanalyse

Monika Mettler Tel. 030 44310-170

Raummanagement/ Poststelle Frank Röser

Tel. 030 44310-190 Fax 030 44310-182

Sachbearbeiterin Verwaltung Katrin Oefelein

Tel. 030 44310-411

IT-Management Olaf Barz

Tel. 030 44310-407

Bereich Ausland

Leiter des Bereichs Ausland

Dr. Helmuth Markov Tel. 030 44310-132

Fax 030 44310-180

Stellvertretender Leiter des Bereichs Ausland/

Jörg Schultz Tel. 030 44310-154 Fax 030-44310-180

Regionalreferat Afrika

Dr. Arndt Hopfmann Tel. 030 44310-444

Fax 030 44310-180 Sachbearbeiterin Subsaharisches Afrika

Carola Diallo Tel. 030 44310-445

Fax 030 44310-180

Regionalreferat Asien Marlies Linke

Tel. 030 44310-155 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiterin Ost- und Südostasien Sara Poma-Poma

Tel. 030 44310-0 Fax 030 44310-180

Projektmanagerin Südasien Sonja Blasig

Tel. 030 44310-449 Fax 030 44310-180

Regionalreferat Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika und Türkei

Ute Beuck Tel. 030 44310-441 Fax 030 44310-180 Sachbearbeiterin Naher und mittlerer Osten. Nordafrika und Türkei Constanze Kaplick

Tel. 030 44310-153 Fax 030 44310-180

Regionalreferat postsowjetische Länder, Ostmittel- und Südosteuropa

Ivo Georgiev

Tel. 030 44310-446 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiterin postsowjetische Länder, Ostmittel- und Südosteuropa

Dorit Riethmüller

Tel. 030 44310-439 Fax 030 44310-180

Regionalreferat Lateinamerika Dr. Karin Gabbert Tel. 030 44310-440 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiterin Mexiko, Mittelamerika und Karihik

Verona Wunderlich

Tel. 030 44310-152 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiterin Südamerika

Germana Alberti vom Hofe

Tel. 030 44310-447 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiterin Südamerika, Andenländer Kirsten Frangenberg-Glaner Tel. 030 44310-442

Sekretariat und Sachbearbeitung Überregionale Projekte Renate Tiltsch Tel. 030 44310-178 Fax 030 44310-180

Planung, Monitoring, Evaluation

Liliane Danso Tel. 030 44310-431

Controlling Ausland Torsten Trotzki

Tel. 030 44310-443 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiter Controlling/Buchhaltung **Erhard Bothur**

Tel. 030 44310-177 Fax 030 44310-180

Sachbearbeiterin/ Reisestelle

Roswitha Kriesel Tel. 030 44310-171 Fax 030 44310-180

Bereich Politische Bildung

Leiter des Bereichs politische Bildung Dr. Lutz Brangsch Tel. 030 44310-120 Fax 030 44310-222

Stellvertretender Bereichsleiter/ Politikmanagement Dr. Dieter Schlönvoigt

Tel. 030 44310-147

Sekretariat/ Politikmanagement-Kurse Sabine Beneke-Meier Tel. 030 44310-221 Fax 030 44310-222

Zeitgeschichte Dr. Cornelia Domaschke Tel. 030 44310-151

Politikmanagement Dr. Ruth Frey Tel. 030 44310-141

Rechtsextremismus N.N.

Tel. 030 44310-183

Jugendbildungswerk Ronald Höhner

Tel. 030 44310-149 Politische Ökonomie/ Nachhaltigkeit

Dr. Sabine Nuss Tel. 030 44310-448

Projektbearbeitung/ Rechtsextremismus Dagmar Rubisch Tel. 030 44310-158

Geschlechterverhältnisse Dr. Eva Schäfer Tel. 030 44310-133

Internationale Politik Silke Veth

Tel. 030 44310-163

Kommunalpolitik Katharina Weise

Tel. 030 44310-470 Sachbearbeiterin

Kommunalpolitik/Nachhaltigkeit/Wirtschaft Ann-Kathrin Lebuhn Tel. 030 44310-475

Bereich Politikanalyse

Leiter des Bereichs Politikanalyse Prof. Dr. Michael Brie Programmatik des demokratischen Sozialismus Tel. 030 44310-167

Fax 030 44310-184

Stelly, Bereichsleiter Kapitalismusanalyse/ Internationale Beziehungen Dr. Rainer Rilling Tel. 030 44310-129

Sekretariat Ellen Glaser

Tel. 030 44310-160 Fax 030 44310-184

Sachbearbeitung Uta Tackenberg Tel. 030 44310-168

Fax 030 44310-184

Kapitalismusanalyse, Gesellschaftsentwicklung und Prekarisierung Dr. Mario Candeias

Tel. 030 44310-179

Sicherheitspolitik, Europa, Sozialforumsprozesse Dr. Erhard Crome

Parteien und soziale Bewegungen Cornelia Hildebrandt

Tel. 030 44310-165

Tel. 030 44310-168 Zukunftskommission Vorsitzender:

Prof. Dr. Dieter Klein Tel. 030 44310-135

Studienwerk

Leiterin des Studienwerks Dr. Katrin Schäfgen Tel. 030 44310-128 Fax 030 44310-188

Stelly. Leiterin/Referentin Dr. Hella Hertzfeldt Tel. 030 44310-134 Wissenschaftliche

Mitarbeiterin Dr. Sandra Thieme Tel. 030 44310-136 Sachbearbeiterin Silke van Issem

Tel. 030 44310-137 Fax 030 44310-188

Sachbearbeiterin

Daniela Landgraf Tel. 030 44310-137

Fax 030 44310-188 Sachbearbeiterin

Gudrun Lotozki Tel. 030 44310-138 Fax 030 44310-188

Sachbearbeiter Edin Selmanagic Tel. 030 44310-138

Fax 030 44310-188 Ehemaligenarbeit

Moritz Blanke Tel. 030 44310-136

Sachbearbeiterin Diana Richter Tel. 030 44310-223 Fax 030 44310-188

Archiv und Bibliothek

Leiter des Bereiches Archiv und Bibliothek Dr. Jochen Weichold Tel. 030 44310-121 Fax 030 44310-222

Stelly. Leiterin/Archivarin Christine Gohsmann Tel. 030 44310-131

Archiv

Katharina Köpping Tel. 030 44310-424 Jan Runkwitz

Tel. 030 44310-423 Udo Wolter Tel. 030 44310-422

Bibliothek Uwe Michel

Tel. 030 44310-166

Stiftungsverbund

Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg e.V. Vorsitzender des Vorstands: Erhard Korn

RLS Regionalbüro Baden-Württemberg Regionalmitarbeiter: Alexander Schlager schlager@rosalux.de Mobil 0176 21623991 post@rlf-bw.de www.rlf-bw.de

Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V. Vorsitzender des Vorstands:

RLS Regionalbüro Bayern Regionalmitarbeiter:

Andreas Thomsen

Prof. Dr. Klaus Weber

thomsen@rosalux.de Westendstr. 19 80339 München Tel./Fax 089 51996353 kev@kurt-eisner-verein.de

www.bayern.rosalux.de

»Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.

Vorsitzender des Vorstands: Prof. Dr. Klaus Steinitz Geschäftsführerin: **Birait Pomorin**

Kopenhagener Str. 76 10437 Berlin Tel. 030 47538724 Fax 030 47378775 info@helle-panke.de www.helle-panke.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

Vorsitzender des Vorstands: Prof. Dr. Siegfried Prokop Geschäftsführer: Dr. Detlef Nakath

Dortustraße 53 14467 Potsdam Tel. 0331 8170432 Fax 0331 8170433 LuxemBBG@t-online.de www.bbg-rls.de

Rosa-Luxemburg-Initiative Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e V Vorsitzender des Vorstands:

Norbert Schepers RLS Regionalbüro Bremen

Regionalmitarbeiter: Bernd Hüttner huettner@rosalux.de

Breitenweg 25 28195 Bremen Tel. 0421 3909620 Fax 0421 3909621

info@rosa-luxemburg.com www.rosa-luxemburg.com Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V. Vorsitzender des Vorstands:

Winfried Schebesch **RLS Regionalbüro**

Hamburg Tel. 040 28003705 Regionalmitarbeiter: Meinhard Meuche-Mäker meuchemaeker@rosalux.de

Zimmerpforte 8 20099 Hamburg Tel. 040 29882435 info@ rls-hamburg.de www.rls-hamburg.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen: Forum für Bildung und

Analyse e.V. Vorsitzender des Vorstands:

Dieter Storck RLS Regionalbüro

Frankfurt Regionalmitarbeiter: Jörg Prelle prelle@rosalux.de

Niddastr. 64 60329 Frankfurt am Main Tel. 069 27135977 Fax 069 27135978 info@rlf-hessen.de www.rlf-hessen.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern

Forum für politische und interkulturelle Bildung e.V. Vorsitzender des Vorstands:

Prof. Dr. Werner Pade

RLS Regionalbüro Mecklenburg-Vorpommern

Regionalmitarbeiter: Dr. Michael Herms herms@rosalux.de Anja Gerst qerst@rosalux.de

Augustenstr. 78 18055 Rostock Tel. 0381 4900450 Fax 0381 4900451 mv@rosalux.de

www.mv.rosalux.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V. Vorsitzender des Vorstands: Dr. Ulrich Wolf

RLS Regionalbüro Niedersachsen

Regionalmitarbeiterin: Bärbel Reißmann reissmann@rosalux.de

Große Düwelstr. 28 30171 Hannover Tel. 0511 2790934 Fax 0511 2790948 kontakt@rls-nds.de www.rls-nds.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e. V.

Vorsitzender des Vorstands: Peeter Raane

RLS Regionalbüro Nordrhein-Westfalen

Regionalmitarbeiter/innen: Rainer Nickel

nickel@rosalux.de Dr. Susanne Spindler spindler@rosalux.de

Siegstr. 15 47051 Duisburg Tel. 0203 3177392 Fax 0203 3177393 post@rls-nrw.de www.rls-nrw.de

RLS Regionalbüro Rheinland-Pfalz

Nackstr. 4 55118 Mainz Tel. 06131 6274703 Fax 06131 6274727 Regionalmitarbeiter: Jörg Lobach lobach@rosalux.de

Jenny Marx Gesellschaft für politische Bildung e.V.

Vorsitzender des Vorstands: Harald Jansen info@jenny-marx-

gesellschaft.de www.jenny-marxgesellschaft.de

Peter Imandt Gesellschaft Verein für politische Bildung und Kultur e.V. Vorsitzender des Vorstands: Michael Quetting

RLS Regionalbüro Saarbrücken Regionalmitarbeiter:

Patric Bies

bies@rosalux.de Futterstraße 17–19 66111 Saarbrücken Tel. 0681 5953892 Fax 0681 5953893 imandt@web.de www.peter-imandt.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Vorsitzende des Vorstands: Dr. Monika Runge Geschäftsführer: Prof. Dr. Klaus Kinner

Harkortstr. 10 04107 Leipzig Tel. 0341 9608531 Fax 0341 2125877 RosaLuxemburg-Stiftung. Sachsen@t-online.de www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

Vorsitzende des Vorstands: Dr. Angelika Klein Geschäftsführer: Dirk Rumpf

Regionalbüro Sachsen-Anhalt

Regionalmitarbeiter/innen: Gabi Henschke henschke@rosalux.de Arndt Hopfmann hopfmann@rosalux.de Ebendorfer Str. 3

39108 Magdeburg

info@rosaluxsa.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Schleswig Holstein:

werkstatt utopie & gedächtnis e. V. Vorsitzender des Vorstands: Henning Nielsen

RLS-Regionalbüro Schleswig-Holstein

Regionalmitarbeiter: Uli Schippels schippels@rosalux.de

Exerzierplatz 34 24103 Kiel Tel. 0431 2607043 Fax 0431 2607054 info@werkstatt-utopie.de www.sh.rosalux.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

Vorsitzender des Vorstands: Steffen Kachel Geschäftsführerin: Dr. Vera Haney

Käthe-Kollwitz-Str. 6 07743 Jena Tel. 03641 449432 Fax 03641 426553 vorstand@rosa-luxemburgstiftung-thueringen.de

RLS Regionalbüro Thüringen

Regionalmitarbeiter:
Bernd Löffler
loeffler@rosalux.de
Pilse 29
99084 Erfurt
Tel. 0361 5504115

VertrauensdozentInnen

Dr. Werner Abel TU Chemnitz Politikwissenschaft

Prof. em.

Dr. Georg Auernheimer

Universität Köln Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Kurt Bader

Universität Lüneburg Psychologie

Prof. Dr. Klaus Bastian

HTWK Leipzig Informatik

Prof. Dr. Helga Baum

HU Berlin Mathematik

PD Dr

Johannes Maria Becker

Universität Marburg Politikwissenschaft

Dr. Elisabeth Berner

Universität Potsdam Germanistik

Dr. Brigitte Biehl

Aberystwyth University, Wales

Theaterwissenschaft

Prof. Dr. Heinz Bierbaum

HTW Saarbrücken Wirtschaftswissenschaft

Dr. Margrid Bircken

Universität Potsdam Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Ralf Blendowske

Hochschule Darmstadt Physik

Dr. Dr. hc. Michael Böhme

HU Berlin Osteuropastudien

Prof. Dr. Georg Bollenbeck

Universität Siegen Deutsch

Prof. em. Dr. Dieter Boris

Marburg Soziologie

Prof. Dr. Ulrich Brand

Universität Wien Politikwissenschaft

Prof. Dr. Christine Brückner

Weimar

Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Hauke Brunkhorst

Universität Flensburg Soziologie

Prof. Dr. Michael Buckmiller

Universität Hannover Politische Wissenschaft

Prof. Dr. Gazi Caglar

FH Hildesheim Politikwissenschaft

Prof. Dr. Volker Caysa Universität Lodz, Polen

Philosophie

Prof Dr

Dankwart Danckwerts Universität Duisburg Sozialwisschenschaft

PD Dr. Alex Demirovic

Universität Frankfurt/M. Sozialwissenschaft

Dr. Ina Dietzsch

University Durham, GB Kulturwissenschaft

Dr. Jens Dobler

TU Berlin Geschichte

Prof. Dr. Norbert Finzsch

Universität Köln Geschichte

Prof. Dr. Andreas Fisahn

Universität Bielefeld Rechtswissenschaft

Prof. em. Dr. Peter Fleissner

Ingenieurwissenschaften

Dr. Eckart Frey

Universität Magdeburg Geschichte, alte

Prof. Dr. Wolfgang Geier

Universität Klagenfurt Kulturwissenschaft

Prof. Dr.-Inq.

J. Mario Geißler

FH Mittweida Informatik

Prof. Dr. Hans-Gert Gräbe

Universität Leipzig Mathematik und Informatik

Prof. Dr. Andreas Griewank

HU Berlin Mathematik

Prof. Dr. Ruth Großmaß

ASFH Berlin Ethik

Prof. Dr. Michael Hartmann

TU Darmstadt Soziologie

Dr. Gerda Heck

Universität Köln Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Arne Heise

Universität Hamburg Wirtschafts- und Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Jürgen Helmchen

Universität Münster Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Fritz Helmedag

TU Chemnitz Wirtschaftswissenschaft

Dr. Andreas Heyer

Braunschweig Politikwissenschaft Prof. Dr. Uwe Hirschfeld

EHS Dresden Politikwissenschaft

Prof. Dr.

Rainer W. Hoffmann

GAU Göttingen Sozialwissenschaft

Prof. Dr.

Wolfgang Hofkirchner

Universität Salzburg Techniksoziologie

Prof. em. Dr. Jörg Huffschmid

Universität Bremen Wirtschafts- und Sozial-

wissenschaft

Prof. Dr. Wolfgang Jantzen

Universität Bremen Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Holger Jeske

Universität Stuttgart Molekularbiologie

Dr. Dirk Jörke

Universität Greifswald Politikwissenschaft

Prof. Dr. Werner Jung

Universität Duisburg Sprachwissenschaft

Dr. Olaf Kaltmeier

Universität Bielefeld Sozialwissenschaft

Prof. Dr. habil.

Peter Kaufmann

FH Anhalt Mathematik und Statistik

Prof. em. Dr. Günter Kehrer

Uni Tübingen Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Mario Keßler Universität Potsdam Geschichte

Prof. Dr. Klaus Kinner Leipzig

Geschichtswissenschaft

Prof. em. Dr. Klaus Peter Kisker FU Berlin

Wirtschaftswissenschaft/ Ökonomie

Prof. Dr. Clemens Knobloch

Universität Siegen Sprachwissenschaft

Prof. Dr. Peter Kosta Universität Potsdam Sprachwissenschaft

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause FH Nordhausen

Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf Universität Marburg Gender Studies

PD Dr. Friederike Kuster

Universität Siegen Philosophie

Prof. Dr. Raminta Lampsatis **HSMT** Hamburg

Musikwissenschaft

Prof. Dr. Stephan Lessenich

FSU Jena Soziologie

Prof. em. Dr. Manfred Liebel

FU Berlin Soziologie

Prof. Dr. Volker Lüderitz

FH Magdeburg-Stendal Wasserwirtschaft

Prof. Dr. Wolfgang Maiers FH Magdeburg Psychologie

Prof. Dr. Morus Markard

FU Berlin Psychologie

Prof. em.

Dr. Harald Mattfeldt Hamburg

Wirtschaftswissenschaft

Dr. Irina Modrow

Rerlin

Geschichtswissenschaft

Prof. em. Dr. Jens Naumann Universität Münster

Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft

Prof. Dr. John P. Neelsen

Uni Tübingen Sozialwissenschaft

Prof. Dr.

Frank Nonnenmacher Universität Frankfurt/M.

Politikwissenschaften, Politische Bildung

Dr. Salvador Oberhaus

HHU Düsseldorf Geschichte

Prof. Dr. Sabine Pankofer

KSFH München Sozialwissenschaft

Prof. em. Dr. Lothar Peter Universität Bremen Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Martin Pinquart Universität Marburg

Psychologie

Prof. Dr.-Ing. Bernd Reichelt

HTWK Leipzig Ingenieurwissenschaft

Dr. Axel Rüdiger Universität Halle Politikwissenschaft Prof. em. Dr. Werner Ruf Kassel

Sozialwissenschaft

Dr. Wolfram Schaffar

Universität Hildesheim Politikwissenschaft

Prof. Renatus Schenkel FH Magdeburg-Stendal

Journalistik

Prof. Dr. Ulrike Schleier

FH Oldenburg Mathematik

Dr. Stefan Schmalz

Universität Kassel Sozialwissenschaft

Dr. Frank Schubert

Universität Potsdam Medienwissenschaft

Dipl. phil.

Klaus-Dieter Schubert Universität Halle Verkehrswesen

Prof. Dr. phil. Peter Schütt

FH Mittweida Erziehungswissenschaft

Dr. Christian Seipel

Universität Hildesheim Soziologie

Dr. Joachim Spangenberg Universität Versailles Nachhaltigkeitsforschung

Dr. Susanne Spindler Köln

Soziologie

Dr. Peter Strutynski Universität Kassel Politikwissenschaft

Prof. em. Dr. Fritz Tack Universität Rostock Agrartechnologie

Prof. Dr. Christiane Tammer

Universität Halle Mathematik

Dr. Roman Trötschel

Universität Trier Psvchologie

PD Dr. Christa Uhliq

HU Berlin Pädagogik

Dr. jur. habil. Willi Vock

HTW Dresden Rechtswissenschaft

Dr. Rainer Volkmann

Universität Hamburg Wirtschaftswissenschaft/

Ökonomie

Prof. Dr. Klaus Weber

Hochschule München

Psychologie

Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach

Berlin

Politikwissenschaft, Gender Studies

Prof. Dr.

Michael Weingarten

Universität Stuttgart, Universität Marburg Philosophie

PD Dr. Wolfgang Weiß

Universität Magdeburg Demographie

Prof. Dr. Hanns Wienold Universität Münster

Sozialwissenschaft

Dr. Dietmar Wittich Berlin Soziologie

Stiftungshaushalt

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahe stehende politische Stiftung. Sie wird wie die anderen parteinahen Stiftungen im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Innern (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Es obliegt der parlamentarischen Entscheidung, nach welchen Kriterien politische Stiftungen Zuwendungen erhalten. In der politischen Praxis wurde als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung eine wiederholte Vertretung, dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke, der der politischen Stiftung nahestehenden Partei im Deutschen Bundestag fixiert.

Mit dem Wiedereinzug der nahe stehenden Partei Linksfraktion.PDS (jetzt DIE LINKE) in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag im Jahre 2005 erfolgt eine schrittweise Erhöhung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichbehandlung mit den Stiftungen der anderen Parteien.

In der 1998 verabschiedeten »Gemeinsame(n) Erklärung« gingen die parteinahen Stiftungen die Selbstverpflichtung ein, die Öffentlichkeit und Verlässlichkeit der Mittelvergabe und -verwendung zu garantieren. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich dieser Erklärung angeschlossen.

Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (so genannte Globalmittel), dem BMZ und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

Mit Hilfe der Mittel aus dem BMZ und dem Auswärtigen Amt unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Die Bundestagsverwaltung schließlich stellt Gelder für die Bearbeitung der Akten ehemaliger Bundestagsabgeordneter und für internationale Parlamentspraktika zur Verfügung. Neben diesen Bundesmitteln können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des RLS-Stiftungsverbundes werden diese Beträge durch die ostdeutschen Landesstiftungen und der RLS Bremen genutzt.

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteil werden lassen.

Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind.

Politische Stiftungen sind verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfen zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2007 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des Bundesministeriums des Inneren sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllinqverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

Vermögensrechnung zum 31.12.2007

Aktiva	31.12.2007 in €	31.12.2006 in €
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
EDV-Software	19.495,00	15.034,00
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	186.562,00	165.649,00
Summe Anlagevermögen	206.057,00	180.683,00
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I Forderung aus Selbstbewirtschaftung gegen BMI	300.000,00	363.532,43
II Sonstige Vermögensgegenstände	12.398,53	8.687,71
II Sonstige Forderungen	23.642,91	21.183,47
Summe Forderungen	336.041,44	393.403,61
C Liquide Mittel		
Kasse	2.807,05	5.003,63
Sparkasse 23230282	31.021,54	22.918,68
Sparkasse 12508209	0,00	32.319,29
Sparkasse 13025970	216.903,19	362.628,38
Sparkasse 13029665	31.303,45	738.264,92
Sparkasse 13029851	57.159,95	57.221,97
Sparkasse 13034260	157.374,04	606.265,79
Sparkasse 13031104	57.147,56	52.776,48
Bundesbank	3,59	0,00
Summe liquide Mittel	553.720,37	1.877.399,14
D Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Summe	1.095.818,81	2.451,485,75

Passiva	31.12.2007 in €	31.12.2006 in €
A Reinvermögen		
I Stand Vorjahr	414.244,87	423.748,94
II Überschuss/Fehlbetrag	-72.492,07	354.028,36
Reinvermögen	341.752,80	777.777,30
B Sonderposten aus Zuwendungen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände	19.495,00	15.034,00
II Sachanlagen	179.718,00	162.455,00
Summe Sonderposten	199.213,00	177.489,00
C Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	41.991,71	36.790,48
D Verbindlichkeiten		
I Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	264.085,83	685.679,78
II Sonstige Verbindlichkeiten	2.483,90	15.561,14
III Bundesmittel	8.297,61	86.113,05
Summe Verbindlichkeiten	274.867,34	787.353,97
E Passive Rechnungsabgrenzung	237.993,96	672.075,00
Summe	1.095,818,81	2.451.485,75

Jahresabschluss zum 31.12.2007 Einnahmen-/ Ausgabenrechnung

	2007 in €	2006 in €
Einnahmen	17.323.034,26	13.925.850,88
1. Zuwendungen des Bundes	17.257.877,31	13.869.626,16
2. Spenden/Mitgliedsbeiträge	10.118,56	5.929,88
3. sonstige Einnahmen	55.038,39	50.294,84
Ausgaben	17.395.526,33	13.571.822,52
Aufwendungen aus den satzungsmäßigen Tätigkeiten	12.045.806,23	9.435.609,033
dar. Tagungen und Seminare	407.859,54	316.125,28
dar. Veröffentlichungen	378.905,48	269.083,08
dar. Forschungsprojekte	148.843,49	88.442,05
dar. Weiterleitung von Globalmitteln	654.064,04	615.473,01
dar. Förderung von StudentInnen und Graduierten	2.936.293,68	2.568.623,88
dar. internationale Zusammenarbeit	7.174.417,24	5.273.894,69
dar. Sonstiges	345.422,76	303.958,04
Personalausgaben	3.947.142,00	3.105.158,39
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.308.408,44	934.879,10
dar. Geschäftsbedarf	213.866,99	195.168,69
dar. Sonstiges (einschließlich Miete, Reisekosten, Reparatur- und Wartungskosten u. ä.)	1.094.541,45	739.710,41
Investitionen	94.169,66	96.185,00

Bestätigungsvermerk

Der Jahresabschluss wurde durch den Wirtschaftsprüfer Dr. Wolfram Klüber, Berlin, zum 14.8.2008 bestätigt.

Personalentwicklung

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr	zum 31.12.2007	zum 31.12.2006
MitarbeiterInnen	87	75
MitarbeiterInnen in den Auslandsbüros	9	5

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Landesregierungen oder der Bundes- und Landesvorstände besetzt waren:

- Vorstand der Stiftung: ein MdL Brandenburg, ein MdA Berlin, ein MdB, ansonsten keine weiteren Mitglieder in einer der o. a. Führungspositionen;
- Geschäftsführung und Bereichsleitungen der Stiftung: keine/r in einer der o.a. Führungspositionen;
- Der Vorsitzende, der Bundesgeschäftsführer und der Schatzmeister der Partei DIE Linke sind in Übereinstimmung mit den Vorgaben des entsprechenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1996 nicht Mitglieder des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zuwendungen des Bundes

Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden im Jahr 2007 folgende Zuwendungen aus Mitteln des Bundes in Anspruch genommen:

Erläuterungen

	2007 in €	2006 in €
Zuwendung des Bundesministeriums des Innern	4.192.000,00	3.845.000,00
Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3.141.783,88	2.795.482,47
Zuwendung der Verwaltung des Deutschen Bundestages für Archiv	243.247,00	183.737,00
Zuwendung der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	28.840	997,22
Zuwendung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Projekte)	8.517.000,00	6.348.000,00
Zuwendung des Auswärtigen Amtes für Projekte	474.474,00	294.843,00
Zuwendung des Auswärtigen Amtes für Stipendien	297.000,00	183.976,00

In den Zuwendungen waren folgende Verwaltungskostenpauschalen bzw. -zuschüsse enthalten:

	2007 in €	2006 in €
Bundesministerium für Bildung und Forschung	455.502,96	334.822,45
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1.202.700,00	888.720,00
Auswärtiges Amt (Projekte)	66.426,36	41.269,76
Auswärtiges Amt (Stipendien)	41.369,96	25.847,90
Verwaltung des Deutschen Bundestages (internationale Parlamenststipendiaten)	1.181,13	0,00

Sonstige Einnahmen

TeilnehmerInnenbeiträge, Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen sowie Einnahmen aus Kooperationsvereinbarungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen mit Dritten wurden im Rahmen der politischen Bildungsarbeit wieder eingesetzt.

Aufwendungen aus satzungsgemäßer Tätigkeit

Förderung von StudentInnen und Graduierten

Die Förderung erfolgte aus den Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus Zuwendungen des Auswärtigen Amtes.

Internationale Zusammenarbeit

Die internationale Zusammenarbeit umfasst

- die Durchführung von Projekten im Ausland aus Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Auswärtigen Amtes;
- die Betreuung von ausländischen StipendiatInnen des Deutschen Bundestages aus Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages.

Weiterleitung von Globalmitteln

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat 2007 an folgende KooperationspartnerInnen Globalmittel weitergeleitet:

- Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg e.V., Stuttgart
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V., München
- »Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V., Potsdam
- Rosa-Luxemburg-Initiative. Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e.V., Bremen
- Rosa-Luxemburg-Stiftung. Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V., Hamburg
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Forum für Bildung und Analyse e.V., Frankfurt am Main
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V., Hannover
- Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V., Duisburg
- Peter Imandt Gesellschaft. Verein für politische Bildung und Kultur e.V., Saarbrücken
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Jena

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2008 zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

Einnahmen	in €
Zuwendung des Bundesministeriums des Innern	5.396.000,00
Selbstbewirtschaftungsmittel aus 2007	537.994,00
Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4.029.274,00
Zuwendung der Verwaltung des Deutschen Bundestages für Archiv	243.247,00
Zuwendung der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	33.894,00
Zuwendung des Bundesministeriums wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11.055.000,00
Zuwendung des Auswärtigen Amtes für Projekte	705.134,00
Zuwendung des Auswärtigen Amtes für Stipendien	403.800,00

Ausgaben	in €
Personalkosten	4.430.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.316.000,00
dar. Investitionen	185.600,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	16.448.000,00
dar. Bildungsprogramm	2.589.000,00
dar. Stipendien	3.854.800,00
dar. Projekte internationaler Zusammenarbeit	10.020.000,00

Treuhandstiftungen

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung betreute im Jahr 2007 vier unselbstständige Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von 1.042.352,90 EUR. Die Erträge von insgesamt über 21.500,00 EUR wurden angespart und werden im Jahr 2008 z. T. der Projektarbeit zugeführt. Die Arbeit konzentrierte sich im Jahr 2007 insbesondere auf die Errichtung der Stiftungen, die Erlangung der notwendigen Genehmigungen für die Gemeinnützigkeit und die Einrichtung der Geschäftsbetriebe. Es wurde das jeweilige Stiftungskapital aufgebaut und z.T. abgeschlossen.

Treuhandstiftungen sind rechtlich unselbstständige Stiftungen unter eigenem Namen, die von ihren Stiftern gleichen oder ähnlichen Zwecken wie die der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewidmet sind und von dieser treuhänderisch verwaltet werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung nimmt alle Belange der Verwaltung dieser Stiftungen bis hin zur Kommunikation mit dem Finanzamt war und vertritt die Stiftung in allen Rechtsgeschäften. Begleitet werden die Treuhandstiftungen durch Vorstände, die i.d. R. eine Geschäftsführungsfunktion ausführen und bei der Umsetzung der Satzungsziele unterstützen.

Harald-Breuer-Stiftung

Stiftungszweck: Die Stiftung hat den Zweck, die politische Bildung, die Wissenschaft und die Forschung sowie die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu fördern. Stiftungszweck ist weiterhin, zur Entfaltung freien Denkens und solidarischen Handelns der Menschen beizutragen und zwar in humanistischem, demokratischem und internationalistischem Geiste. Die Stiftung ist national und insbesondere international wirksam.

Vorstand: Evelin Wittich, Arndt Hopfmann, Bosiljka Schedlich Freistellungsbescheid des Finanzamtes liegt vor.

Michael-Schumann-Stiftung

Stiftungszweck: Zwecke der Stiftung sind die Förderung von politischer Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit. Die Stiftung soll damit einen Beitrag leisten zur Entfaltung freien Denkens und solidarischen Handelns in humanistischem, demokratischem und internationalistischem Geist.

Vorstand: Evelin Wittich, Dieter Klein, Lutz Brangsch Freistellungsbescheid des Finanzamtes liegt vor.

Erik-Neutsch-Stiftung

Stiftungszweck: Die Stiftung leistet einen Beitrag zur Entfaltung freien Denkens und solidarischen Handelns in humanistischem, demokratischem und internationalistischem Geist unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von Literatur und Kunst. Sie fördert die politische Bildung, Wissenschaft und

Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung verwaltete Treuhandstiftungen Forschung, Kunst und Kultur sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit. Dazu gehören die Bewahrung und der Umgang mit dem Werk des Stifters Erik Neutsch.

Vorstand: Evelin Wittich, Erik Neutsch, Klaus Höpcke

Hermann-Henselmann-Stiftung

Stiftungszweck: Zweck der Stiftung ist die Förderung von politischer Bildung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiete progressiver Architektur unter dem Gesichtspunkt der sozialen Stadt.

Insbesondere leistet sie einen Beitrag zur

- Herausbildung von Positionen zur Entwicklung von Städten und Ballungsräumen, des Stadtumbaus und der sozialen Stadt unter sich dramatisch verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Einbringung in den gesellschaftlichen Diskurs;
- Aufarbeitung und Pflege von Traditionen progressiver Architektur und Architekten und ihrer Wirkungen auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Vorstellungen einer sozialen Stadt;
- Förderung studentischen und wissenschaftlichen Nachwuchses und seines Wirkens an der Schnittstelle zwischen Bauen und Gesellschaft und
- Pflege und Aufarbeitung des Nachlasses von Hermann Henselmann sowie deren Vermittlung. Vorstand: Thomas Flierl, Andreas Henselmann, Lutz Brangsch

Max-Lingner-Stiftung

Im Jahr 2007 hat die verstorbene Kunstwissenschaftlerin Gertrud Heider, die sich jahrzehntelang um die Vermittlung und Erschließung des Werkes von Max Lingner (1888-1959) verdient gemacht hat, ihren Nachlass der Rosa-Luxemburg-Stiftung vererbt. Ihr Vermächtnis war die Gründung einer unselbständigen Stiftung und deren Verwaltung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im April 2008 erfolgte die Errichtung der Treuhandstiftung »Max-Lingner-Stiftung«.

Stiftungszweck: Zweck der Stiftung ist

- die Förderung von politischer Bildung sowie von Kunst und Kultur, die Pflege und Bewahrung des hinterlassenen Werkes des Malers und Pressezeichners Max Lingner (1888–1959);
- die Erforschung der Werke von Künstlern des 20. Jahrhunderts, die von Unterdrückung und Verfolgung, Emigration, Krieg und Lagerhaft betroffen waren, sowie deren Bewahrung vor dem Vergessen durch Ausstellungen und Publikationen;
- die Förderung und Unterstützung kunstwissenschaftlicher Forschung und Publikationen zur europäischen Kunst und von Künstlerbiographien des 20. Jahrhunderts, speziell des antifaschistischen Widerstandes und des Exils sowie des kulturellen Aufbruchs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Vorstand: Thomas Flierl (Vorsitzender), Eleonore Sent, Stefan Hahne

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützen

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung benötigt für die Vielzahl ihrer Aktivitäten finanzielle Mittel über die staatlichen Zuwendungen hinaus. Mit einer Fördermitgliedschaft unterstützen Sie unsere Tätigkeit, sei es als Einzelperson oder als institutionelles Fördermitglied. Die Stiftung ist gemeinnützig, Förderbeiträge und Spenden sind von der Steuer absetzbar. Natürlich freuen wir uns auch über projektbezogene Einzelspenden.

Fördermitgliedschaft

Als Fördermitglied erhalten Sie von uns:

- monatliches Bildungsprogramm Berlin/Brandenburg
- vierteljährlich unser Journal »RosaLux«
- den jeweiligen Jahresbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Veranstaltungshinweise und -einladungen
- Projektinformationen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Rosa-Luxemburg-Stiftung Büro der Geschäftsführung Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin Tel. 030 44310-468

Sie können die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die einzige große demokratisch-sozialistische Stiftung in der Bundesrepublik, durch ihre Spende unterstützen und dafür eine Spendenbescheinigung für die Vorlage bei dem Finanzamt erhalten.

Spendenaufruf

Impressum

Herausgeberin und V.i.S.d.P.: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Redaktion: Ramona Hering

Gestaltung Umschlag: Dieter Feseke, umbra dor

Satz & Layout Inhalt: Heike Schmelter

Herstellung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2008

www.rosalux.de

